

AFGHANISTAN: Kirche nennt Bundeswehreinsatz hinnehmbar

MOSAMBIK: Geschäfte in der Grauzone

ÄGYPTEN: Bescheidene Internet-Revolutionäre

Welt-sichten

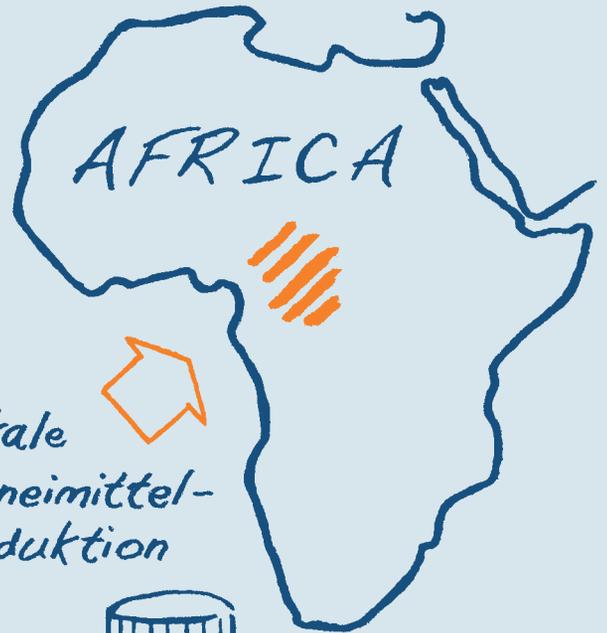
MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT



WELTHANDEL
Auf dem Rücken
der Armen

UNSER PROGRAMM FÜR DIE ZUKUNFT:

Wir finanzieren Investitionen privater Unternehmen.
Um nachhaltige Entwicklung zu fördern.



Lokale
Arzneimittel-
produktion



*Investitionsvorhaben
in Zentralafrika*

Finanzbedarf: 15 Mio. Euro

Investitionen der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern fördert die DEG seit fast 50 Jahren. Um Entwicklung zu gestalten, braucht es mehr als Kapital: Die DEG berät Unternehmen und setzt sich gezielt für den Klimaschutz und für Umwelt- und Sozialstandards ein. Besuchen Sie uns: www.deginvest.de. Oder rufen Sie uns an: 0221 4986-1803.

Wir unternehmen Entwicklung.





Bernd Ludermann

Chefredakteur

Liebe Leserinnen und Leser,

um Tunesien auf dem Weg zur Demokratie zu unterstützen, sollte Europa seine Märkte für zusätzliche Produkte aus Nordafrika öffnen. Diesen Vorschlag hat jüngst der deutsche Außenminister Guido Westerwelle gemacht. Nebenbei stellt er damit Bemerkenswertes zur Handelspolitik fest: Zölle und andere Handelsschranken in reichen Ländern beeinflussen die Entwicklungschancen der armen. Zumindest für Tunesien macht er sich die Forderung zu eigen, unsere Handelspolitik solle Entwicklung im Süden erleichtern statt behindern. Und für ihn scheint Europa das nicht ausreichend zu tun.

Tatsächlich fördert die Handelspolitik der Industrieländer keineswegs die Entwicklung. Das zeigen schon die Verhandlungen über globale Handelsregeln im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Die laufende Gesprächsrunde wurde 2001 als „Entwicklungsrunde“ eingeleitet, nachdem viele Entwicklungsländer in der Runde davor Forderungen im Interesse eines Kompromisses zurückgestellt hatten. Doch die Gespräche sind seit Jahren festgefahren – unter anderem, weil die Industrieländer Zugeständnisse beim Agrarhandel verweigern und stattdessen strengere Patentregeln, mehr Schutz für

Auslandsinvestoren und einen leichteren Zugang zu öffentlichen Aufträgen im Süden durchsetzen wollen.

Freihandel zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand ist oft zum Nachteil der schwächeren.

Da sie damit in der WTO kaum vorankommen, verfolgen sie ihre Freihandelsziele mit Hilfe bilateraler und regionaler Abkommen. Diese beruhen in der Regel

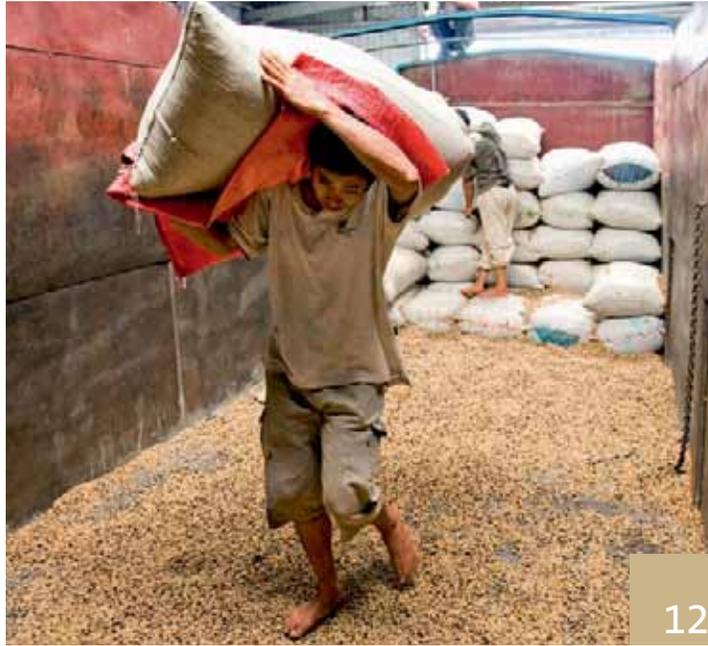
darauf, dass beide Seiten Zölle und andere Handelshemmnisse abbauen. Doch Freihandel zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand ist oft zum Nachteil der schwächeren. Und er ist selbst unter günstigen Umständen noch keine Entwicklungsstrategie. Das müssen die Mexikaner, deren Regierung 1994 mit den USA und Kanada eine Freihandelszone geschaffen hat, schmerzhaft erfahren.

Tunesien und andere Entwicklungsländer sollten die Gefahren bedenken, wenn Europa ihnen scheinbar großzügig Freihandel anbietet. Erfolgreiche Beispiele von nachholender Entwicklung zeigen, dass es meist klüger ist, wenn Regierungen gezielt einzelne Sektoren fördern und den Binnenmarkt selektiv und schrittweise öffnen. Die Handelspolitik Europas und der USA läuft jedoch darauf hinaus, die Möglichkeiten dazu einzuengen. Dass Guido Westerwelles Vorschlag daran etwas ändert, ist leider kaum zu erwarten.

Bernd Ludermann

Märkte zu öffnen und Zölle zu senken ist kein Königsweg, um die Entwicklungschancen armer Länder zu verbessern. Freihandel zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand ist oft zum Nachteil der schwächeren. Das sollte auch Vietnam bedenken, das 2015 dem Freihandelsabkommen zwischen China und den ASEAN-Staaten beitreten will – auf dem Titelbild verlädt ein Arbeiter in Hanoi einen Sack Kaffeebohnen für den Export. Vorbilder für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zeigen, dass es klüger ist, gezielt einzelne Wirtschaftsbereiche zu fördern und den Binnenmarkt selektiv und schrittweise zu öffnen.

TITELBILD: BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES



12



Kein Wohlstand durch Freihandel: Fabrikarbeiterinnen in Mexiko.

21

STANDPUNKTE

- 6 Die Seite Sechs**
- 7 Leitartikel:** Wir Heuchler. Für Demokratie in der arabischen Welt hat sich der Westen bislang wenig interessiert
Tillmann Elliesen
- 8 Interview:** „Die Bundeswehr darf in Afghanistan keinen Scherbenhaufen hinterlassen“
Gespräch mit dem Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Nikolaus Schneider
- 10 Kommentar:** Bei der Veröffentlichung von Fehlern im Internet ist Vorsicht geboten
Gesine Kauffmann
- 10 Kommentar:** Der Internationale Währungsfonds hat vor der Finanzkrise die Gefahren verkannt
Bernd Ludermann
- 11 Herausgeberkolumne:** Gesetze im Süden erschweren die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen
Claudia Warning

WELTHANDEL

- 12 Freihandel hilft den Armen wenig**
Handelsabkommen missachten die Anliegen der Entwicklungsländer
Detlef Kotte
- 18 Zwiebelkrieg und Tomatenblockade**
Am indisch-pakistanischen Grenzübergang Wagah wird selbst der Handel mit Gemüse zum Politikum
Agnes Tandler
- 21 Mit Freihandel in den Ruin**
Das Beispiel Mexiko zeigt, dass Marktöffnung noch keine Entwicklungsstrategie ist
Timothy A. Wise und Kevin P. Gallagher
- 25 Türöffner für Europas Exporte**
Die Handelspolitik der EU erschwert Entwicklung und Armutsbekämpfung im Süden
Armin Paasch
- 28 Warum ein Brüsseler Sportclub doch keine Hemden aus Afrika einführt**
Heimo Claasen

Ein Teil der Auflage enthält Beilagen der Buchgemeinschaft „Büchergilde“, des Informationszentrums 3. Welt (iz3w), der Zeitschrift „Internationale Politik“ und der „tageszeitung“ sowie eine Bestellkarte von **WELT-SICHTEN**.



Junge Aktivisten haben mit Hilfe des Internets die Massenproteste in Ägypten in Gang gebracht. Ob sie nun als eine eigene politische Kraft auftreten, ist jedoch offen.

30



Mosambiks Regierung versucht, die Einkünfte der Elite in den Aufbau einer einheimischen Industrie umzulenken. Doch dazu muss sie Auflagen der Geber umgehen.

34

WELT-BLICHE

- 30 Ägypten: Bescheidene Revolutionäre**
Die Internet-Aktivisten wollen keine Helden sein
Bijan Kafi
- 32 Ägypten: Kein zweiter Iran zu befürchten**
Zum besseren Verständnis hilft ein Blick auf Indonesien
Thomas Carothers
- 34 Mosambik: Geschäfte in der Grauzone**
Beim Aufbau des Landes kämpft die Regierung an zwei Fronten
Joseph Hanlon
- 39 Äthiopien: Hochfliegende Pläne**
Bis 2025 will der Staat in Ostafrika ein Land mit mittlerem Einkommen sein
Helmut Falkenstörfer
- 43 Nepal: Gefangen in der Hindu-Tradition**
Frauen, die in der Ehe aufbegehren, verbüßen lange Haftstrafen – mit ihren Kindern
Klemens Ludwig

SÜD-SICHTEN

- 46 Die Angst vor den Ratten ist immer da**
Wie eine Familie in einem Armenviertel von São Paulo den Alltag meistert
Susann Kreuzmann

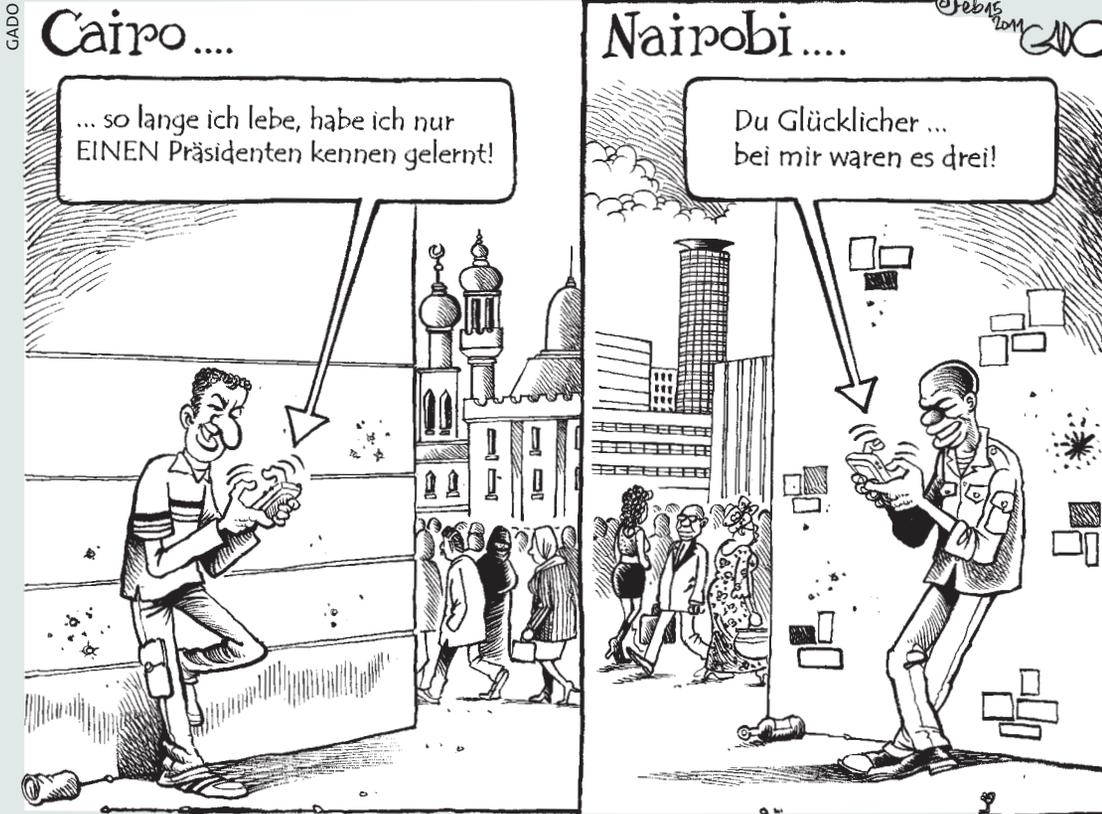
JOURNAL

- 48 Privatwirtschaft: Die Weltbank-Tochter IFC erneuert ihre Sozial- und Umweltstandards**
- 49 Studie: Immer mehr Menschen in Südasien leiden unter Wohlstandskrankheiten**
- 51 Berlin: Globaler Aidsfonds verwundert über Zahlungsstopp**
- 52 Brüssel: Kein Geld für Schutz vor dem Klimawandel**
- 54 Schweiz: Verfahren gegen den Textilhersteller Triumph in Asien eingestellt**
- 55 Österreich: Die Entwicklungspolitik richtet den Blick nach Osten**
- 57 Kirche und Ökumene: Die Kirchen im Sudan müssen ihre Rolle neu finden**
- 58 Global Lokal: Wie Großstädte zum Klimaschutz beitragen können**
- 59 Personalia**

SERVICE

- 60 Rezensionen**
- 64 Termine**
- 66 Impressum**

 Kommentieren Sie die Artikel im Internet: www.welt-sichten.org



*„Ich war es, der in Haiti
die Demokratie
eingeführt hat. Ich war
der erste.“*

Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier,
der ehemalige Diktator Haitis, im
Februar 2011 kurz vor seiner Rückkehr
aus dem französischen Exil.

Wer war's?

Zur Entstehung der Nationalökonomie als Wissenschaft und besonders zur Freihandelstheorie hat er entscheidend beigetragen. Geboren wurde er in London, als die Industrielle Revolution England umzuwälzen begann. Sein Vater, ein reicher jüdischer Bankier, ließ schon den 14-Jährigen an der Börse handeln. Der Sohn wurde enterbt, als er eine Christin heiratete und zu deren Glauben übertrat. Mit geborgtem Geld machte er dann an der Börse rasch ein Vermögen, so dass er sich ganz der Wissenschaft widmen konnte. 1809 wurde er ins britische Unterhaus gewählt. Dort stritt er für die Abschaffung der Einfuhrzölle auf Getreide – auch gegen seinen Kollegen Thomas Robert Malthus, den Erfinder der These, Hungersnöte seien eine unvermeidliche Folge des Bevölkerungswachstums. Den Interessen großer Agrarbetriebe

am Zollschutz setzte unser Freihändler die Theorie entgegen, bei niedrigerem Getreidepreis bräuchten die Arbeiter weniger Geld für ihren Lebensunterhalt, so dass die Löhne zwangsläufig niedriger und die Profite für das Kapital höher seien. Wenig später legte er sein Hauptwerk vor, auf das unter anderem die Arbeitswertlehre von Karl Marx zurückgeht. Im Zentrum steht der Versuch, wissenschaftlich zu begründen, wie das Einkommen sich auf Löhne, Kapitalprofite und Grundrenten verteilen muss. Die Vorteile des freien Handels erklärt er mit einem Modell, dessen Fortentwicklung bis heute Teil der Wirtschaftstheorie ist. Die Abschaffung der britischen Getreidezölle hat er indes nicht mehr erlebt. Wer war's?

Auflösung aus Heft 2: Gesucht war die mexikanische Malerin Frida Kahlo. ■

Reife Leistung

Staatsmänner und Diplomaten haben es schwer. Schließlich gibt es fast 200 Staaten auf der Erde und dazu unzählige internationale Organisationen. Da kann man schon mal durcheinander kommen. So begrüßte Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi einmal auf einer Pressekonferenz freundlich den Premierminister der Slowakei, wo doch neben ihm der Regierungschef von Slowenien stand. Und George W. Bush bedankte sich dereinst artig für die Einladung zum OPEC-Gipfel – auf einer Veranstaltung der APEC, die mit Öl eher wenig zu tun hat.

Mag sein, Berlusconi war in Gedanken schon beim Abendvergnügen und Bush der Jüngere hatte zu tief ins Glas gelinst. Der indische Außenminister Somanahalli Malliah Krishna hingegen war stocknüchtern, als er unlängst vor dem UN-Sicherheitsrat eine mit Spannung erwartete Rede hielt. Er sei tief zufrieden, dass Portugal wieder in dem wichtigen UN-Gremium vertreten sei, begann Krishna – und klang dann auch weiter so, als käme er von der Iberischen Halbinsel und nicht vom indischen Subkontinent. Der Mann ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen – bis ihn nach drei Minuten ein Mitarbeiter unterbrach und dezent darauf hinwies, das er das Manuskript vertauscht habe und gerade die Rede seines Amtskollegen aus Lissabon verlese.

Die indischen Zeitungen reagierten entsetzt, die Opposition nannte den Auftritt beschämend. Warum so humorlos? Reden bei den Vereinten Nationen gelten oft als gähnend langweilig. Indiens Außenminister hat gezeigt, wie es anders geht. Warum nicht bei der nächsten UN-Generalversammlung alle anstehenden Vorträge gut mischen und die versammelten Staats- und Regierungschefs ziehen lassen? Das würde bestimmt ordentlich Pep in das ehrwürdige Haus am Hudson River bringen. ■

Wir Heuchler

Für Demokratie in der arabischen Welt hat sich der Westen bislang wenig interessiert

Von Tillmann Elliesen

Als in Kairo der Tahrir-Platz noch voller Menschen, Hosni Mubarak noch im Amt und in Ägypten alles offen war, ging es in einer deutschen Talkshow um die Frage, ob am Nil eine islamische Theokratie drohe. Aktham Suliman vom Sender Al-Dschasira vertrat die Ansicht, das gehe den Westen eigentlich gar nichts an. Es habe im ägyptischen Fernsehen ja auch keine Diskussionen gegeben, als Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde.

Die Reaktion ist verständlich angesichts der dreißigjährigen Komplizenschaft westlicher Länder mit dem ägyptischen Diktator. Aber der Vergleich hinkt: In Berlin sind Regierungswechsel Routine, in Kairo nicht. Parallelen gibt es eher zur Revolution in Ostdeutschland 1989. Damals haben die Nachbarn Deutschlands sowie die USA und die Sowjetunion sich durchaus eingemischt in den Lauf der Dinge, weil ihre politischen Interessen berührt waren.

Zur Wahlfälschung in Ägypten Ende 2010 haben die Politiker und gesellschaftlichen Stimmen hierzulande noch geschwiegen.

So stark wie die Staaten heute wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich miteinander verflochten sind, haben viele Entscheidungen von Regierungen und zuweilen sogar ihr Charakter Folgen weit über das Land hinaus. Einmischung ist deshalb legitim. Es fragt sich nur, mit welchen Zielen und welchen Mitteln. Seit den „Freitagen der Siege“ in Tunis und in Kairo ist klar, dass Washington, Paris, London und Berlin in ihrer Politik gegenüber der arabischen Welt die Völker dort nicht mehr ignorieren können, so wie sie es bisher getan haben.

Nachdem die Jasmin-Revolutionäre in Tunesien Präsident Ben Ali verjagt hatten, erklärte sein französischer Amtskollege Nicolas Sarkozy, man habe die Lage falsch eingeschätzt. Das ist freilich nur die halbe Wahrheit: Es war ja kein Geheimnis, dass Ben Ali und Mubarak ihre Völker in Unfreiheit gehalten und ihre Gegner brutal unterdrückt haben. Und dass sie den Menschen keine wirtschaftliche Perspektive geboten haben. Wer wissen wollte, welcher Druck sich da aufbaut, konnte es wissen. Zum Beispiel aus den UN-Entwicklungsberichten zur arabischen Welt aus den Jahren 2002 bis 2009. Darin haben Autoren aus der Region in fünf dicken Bänden ausführlich Mängel und Rückschritte in Politik, Wirtschaft und Gesell-

schaft in ihren Heimatländern analysiert – und die Unzufriedenheit der Bürger dokumentiert.

Die bisherige Politik der USA habe die arabische Welt weder stabiler noch demokratischer gemacht, erklärte US-Außenministerin Condoleezza Rice vor sechs Jahren. Hatte Präsident George W. Bush vielleicht doch Recht mit seiner neokonservativen Agenda für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens? Nein. Zum einen hat das Beispiel Irak gezeigt, wie irrsinnig die Idee ist, ein Volk von außen in die Demokratie bomben zu wollen. Zum anderen ging es Bush nie wirklich um die Befreiung der arabischen Bürger. Das zeigt der Konflikt um den UN-Entwicklungsbericht des Jahres 2005, der sich mit der Notwendigkeit politischer Reformen in der Region befasste. Washington wollte die Veröffentlichung verhindern, weil die Autoren nicht nur die Regierungen ihrer Länder, sondern auch den Irakkrieg und die israelische Besatzungspolitik kritisierten. Der Vorgang steht für die Heuchelei der USA und des Westens insgesamt: Demokratie und Selbstbestimmung ja – aber nur, so lange es uns nicht weh tut.

Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Los der Menschen von Algerien bis Jemen zeichnet aber nicht nur die westliche Politik aus, sondern die westlichen Gesellschaften insgesamt. „Der Westen“ – das sind ja nicht nur die Regierungen in den Hauptstädten. Von der auf Kosten der Ägypter erkaufte Stabilität, etwa einem sicheren Suezkanal oder günstigen Ölpreisen, haben wir alle profitiert. Und Sympathiebekundungen für die arabischen Demokratiebewegungen hatten bis Anfang dieses Jahres Seltenheitswert.

Es ist deshalb nicht weniger heuchlerisch, dass etwa die Linke im Bundestag seit Ausbruch der Unruhen fast täglich triumphierend das Scheitern westlicher Politik verkündet – so als habe sie es schon immer gewusst und gesagt. Sie hat aber zu den gefälschten Parlamentswahlen in Ägypten Ende 2010 noch ebenso geschwiegen wie die meisten anderen Politiker und gesellschaftlichen Stimmen hierzulande.

Eine islamische Theokratie droht am Nil nicht. Die Ägypter wollen sie nicht – zum Glück für uns. Der Westen aber muss aus vergangenen Fehlern lernen. Er sollte die Bürger und Bürgerinnen der arabischen Länder darin unterstützen, die politischen Systeme zu schaffen, die sie wünschen. Zuweilen wird das den Umgang mit ihnen unbequemer machen. Aber langfristig wird es unseren Interessen besser dienen als die bisherige Politik. ■



Tillmann Elliesen
ist Redakteur bei **welt-sichten**.

„Die Bundeswehr darf keinen Scherbenhaufen hinterlassen“

Der Ratsvorsitzende der EKD, Nikolaus Schneider, beurteilt den Einsatz in Afghanistan als „hinnehmbar“

Gespräch mit Nikolaus Schneider

„Nichts ist gut in Afghanistan.“ Mit dieser Äußerung hat Margot Käßmann vor gut einem Jahr eine heftige Debatte über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan entfacht. Ihr Nachfolger im Amt des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, hat im Januar gesagt, die Debatte sei inzwischen „kundiger“ geworden. Im Februar war Präses Schneider einige Tage am Hindukusch, um sich selbst ein Bild zu machen. Im Interview erläutert er, welche Schlüsse er gezogen hat.

Hat Ihr Besuch in Afghanistan ihre Bewertung des Krieges dort verändert?

Ja. Zum einen habe ich wahrgenommen, dass der Einsatz der Bundeswehr schon dabei hilft, den Raum zu sichern, in dem zivile Organisationen, ob staatlich oder nichtstaatlich, arbeiten können. Das scheint im Moment doch noch nötig zu sein. Andererseits sind für echte, nachhaltige Sicherheit auf Dauer die Zustimmung und das Vertrauen der Menschen entscheidend. Darin sind sich zivile Regierungsagenturen wie die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und zivile nichtstaatliche Organisationen, mit denen wir in Afghanistan gesprochen haben, mit der Bundeswehr einig. Außerdem habe ich wahrgenommen, dass im Norden

Ich stehe zu dem Satz „Krieg soll um Gottes Willen nicht sein“. Gleichwohl ist das Böse eine Realität, und es gibt Situationen, in denen man der Gewalt nur mit Gewalt widerstehen kann und durch Unterlassen genauso schuldig wird wie durch Handeln. Ob das in Afghanistan der Fall ist oder auch ein anderes Vorgehen möglich wäre, das traue ich mir nach drei Tagen im Land nicht zu, mit Gewissheit zu beurteilen. Hier ist in gewisser Weise eine ethische Grauzone. Deshalb rechtfertige ich den Einsatz nicht, komme aber zu der Formulierung „hinnehmbar“.

Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 nennt Kriterien dafür, was einen Kriegseinsatz ethisch hinnehmbar macht. Zum Beispiel muss das Ziel klar formuliert und der Einsatz darauf ausgerichtet sein. Trifft das auf den Afghanistan-Einsatz zu?

Die Ziele haben sich deutlich geändert. Am Anfang ging es darum, Terroristen und Taliban zu vertreiben, und die USA haben gesagt, Staatsaufbau sei nicht ihre Aufgabe. Das hat sich als komplett falsch herausgestellt. Jetzt ist zum ersten Mal ein klares Ziel beschrieben, nämlich dass sich in überschaubarer Zeit eine tragfähige Zivilgesellschaft entwickelt, die nachhaltig Bestand hat, damit der Einsatz der Bundeswehr dort beendet werden kann. Ob das realistisch ist, wird sich bald herausstellen.

Das jüngste Mandat für den Bundeswehreinsatz kann man zugespitzt so verstehen, dass es das

wichtigste Ziel der Bundesregierung ist, heil wieder aus dem Land zu kommen. Macht so ein Ziel den Krieg hinnehmbar?

Natürlich nicht. Aber Ihre Zuspitzung ist eine Überspitzung. Alle in der Regierung sagen auch, ein Rückzug muss in verantwortlicher Weise erfolgen. Die Bundeswehr darf keinen Scherbenhaufen hinterlassen, sondern soll so gut wie möglich die Voraussetzungen schaffen, dass sich eine zivile Gesellschaft entwickelt. Das geschieht ja auch.

Manche afghanische Stimmen bezweifeln das, und manche Hilfsorganisationen wollen mit dem Militär nichts zu tun haben, weil es ihre Sicherheit nicht erhöhe.

Manche NGOs, etwa die Christoffel-Blindenmission, arbeiten seit vierzig Jahren in Afghanistan. Offenbar geht das – auch ohne militärischen Schutz durch westliche Truppen. Es kommt wohl auch auf die Art der Projekte an. Wer Augenheilkunde betreibt, erfreut sich bei der Bevölkerung natürlich großer Beliebtheit – das leuchtet ein. Dagegen können auch die Taliban schwer etwas einwenden und lassen deswegen die Christoffel-Blindenmission. Aber der Aufbau einer Zivilgesellschaft benötigt mehr als Augenheilkunde, und es ist unser Eindruck, dass die NGOs in Afghanistan den Bundeswehreinsatz unterschiedlich beurteilen. Eins ist allen klar: Die Bundeswehr ist kein ziviles Aufbauteam. Die Aufgaben zwischen zivilen Organisationen und der Bundeswehr müssen deutlich getrennt werden.

„Jetzt ist zum ersten Mal ein klares Ziel beschrieben: dass sich in überschaubarer Zeit eine tragfähige Zivilgesellschaft entwickelt.“

Afghanistans erstaunlich viel ziviler Wiederaufbau stattfindet, zumindest im Gebiet Masar-e-Sharif. Drittens habe ich aber auch den Eindruck gewonnen, dass dies in einer recht labilen Situation, also auf „dünnem Eis“ stattfindet. Schwere Rückschläge oder ein Scheitern des Ganzen sind leider auch noch eine reale Möglichkeit.

Nach dem Besuch wollten Sie den Einsatz nicht rechtfertigen, halten ihn aber für ethisch hinnehmbar. Was ist da der Unterschied?

Nikolaus Schneider ist Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und seit November 2010 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).



„Es gibt Situationen, in denen man der Gewalt nur mit Gewalt widerstehen kann und durch Unterlassen genauso schuldig wird wie durch Handeln.“

Der ISAF-Einsatz in Afghanistan hat aber die Sicherheitslage nicht verbessert.

Zuletzt scheint die Sicherheitslage wieder besser geworden zu sein. Aber wir müssen nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass sie über einen längeren Zeitraum seit 2006 schlechter geworden ist. Hier wird man am Ende des Jahres sehr genau bilanzieren müssen – das wissen auch unsere Politiker.

Was spricht gegen einen sofortigen Abzug der Bundeswehr?

Der ist nicht zu verantworten. Zwar habe ich die Entscheidung, Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, von Anfang an für falsch gehalten, aber jetzt sind wir da, und daraus erwächst neue Verantwortung. Das Ziel muss jetzt sein, dass die zivile Hilfe im Vordergrund steht.

Kann man den Bundeswehreinsatz vom Nato-Einsatz trennen, in dem

die USA den Ton angeben? Die Eskalation des Krieges gegen die Taliban im Süden des Landes ist laut dem Friedensbeauftragten der EKD, Renke Brahm, mit den Prüfkriterien der Denkschrift schwer vereinbar.

Die internationale Stabilisierungstruppe ISAF und die Anti-Terror-Operationen der USA sind zwei verschiedene Dinge, auch wenn die Unterscheidung in der Praxis vielleicht nicht immer deutlich ist und auch nicht immer gelingt. Doch die Bundeswehr tritt sehr zurückhaltend auf. Die Verantwortlichen wissen: Wir sind nicht dann erfolgreich, wenn wir möglichst viele Taliban besiegen, sondern wenn wir dabei helfen, den Aufbau einer Zivilgesellschaft in Afghanistan zu ermöglichen. Die Bundeswehr hat das im Gegensatz zu den USA immer schon stärker so gesehen. Ich halte das für das erfolgversprechendere Konzept.

Ist der Fall Afghanistan ein Anlass für die EKD, die Prüfkriterien für Militäreinsätze in ihrer Denkschrift zu überdenken?

Wir müssen in der Tat durchbuchstabieren, wieweit sich die Denkschrift in der Anwendung bewährt. Wir prüfen in der EKD, was Afghanistan für unsere friedensethische Position bedeutet. Ein Beispiel: Das Militär sagt, seine neue Strategie sei erfolgversprechender als die alte. Sie enthält aber offensive Elemente. Das ist friedensethisch ein Problem für uns, denn die Friedensethik beruht auf dem Gedanken der Verteidigung und nicht des Angriffs.

Müsste die Kirche zu diesen offensiven Elementen nicht klar „Stopp“ sagen, statt sie in ihre Friedensethik einzubauen und sich so von der Politik vor sich her treiben zu lassen?

Die Politik treibt uns nicht vor sich her, sondern wir beobachten alles sehr genau und müssen das in Beziehung setzen zu dem, was wir vor dem Evangelium und unserem Gewissen verantworten können. Es geht darum, dass die Wirklichkeit sich der Vorgabe „Krieg soll um Gottes Willen nicht sein“ annähern muss – unter den Bedingungen dieser „noch nicht erlösten Welt“, wie es schon in der Barmer Theologischen Erklärung heißt.

Gegen den Ansatz gibt es Vorbehalte im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), wo für die Friedenskonvokation in Jamaika im Mai eine Erklärung zum gerechten Frieden erarbeitet wird.

Ich bin froh, dass es Christinnen und Christen gibt, die friedensethische Positionen deutlich formulieren. Aber Kirchen müssen auch zur politischen Urteilsbildung beitragen. Die Friedensdenkschrift der EKD ist näher am Umsetzungsprozess, während nach meiner Wahrnehmung der ÖRK näher bei den Grundsätzen ist. Ich habe hohe Achtung vor dieser Position, weil sie mit ihren Grundsätzen ein Stachel für uns ist, den wir brauchen. Aber es gibt auch Formen ethischer Positionsbildung, bei denen es vor allem darum geht, dass man selbst im theoretischen Raum Recht behält. Und die helfen praktisch nicht immer weiter.

Das Gespräch führten **Tillmann Elliesen** und **Bernd Ludermann**.

...und jetzt: Strategie
➔ Rückwärtsgänge!!

GERHARD MESTER



Lob des Scheiterns?

Bei der Veröffentlichung von Fehlern im Internet ist Vorsicht geboten

Eine kanadische nichtstaatliche Organisation berichtet im Internet über fehlgeschlagene Projekte und ruft andere Hilfsorganisationen auf, diesem Beispiel zu folgen. Zwar wird man vor allem aus Fehlern klug. Doch diese Praxis könnte auch denen in die Hände spielen, die Entwicklungshilfe pauschal als nutzlos verdammen.

„Tue Gutes und rede darüber“ – nach dieser Maxime verfahren die meisten Hilfsorganisationen. Und das ist berechtigt: Um die Umwelt zu schützen oder Menschen in Not zu helfen, braucht man Geld. Der Staat, die Kirchen und private Spenderinnen und Spender geben nur, wenn sie einen Bedarf erkennen. Und sie möchten – ebenfalls zu Recht – später wissen, was mit ihrem Geld erreicht worden ist. Sind sie vom Ergebnis überzeugt, geben sie in der Regel noch mehr. Das setzt die Hilfsorganisationen unter Druck, möglichst nur über Erfolge zu berichten, zumal die Konkurrenz um Spenden und öffentliche Mittel immer schärfer wird.

Eine kanadische Entwicklungsorganisation beschreitet genau den umgekehrten Weg: Sie berichtet

öffentlich über Fehlschläge in ihren Projekten. „Wenn wir unsere Fehler verstecken, sind wir dazu verurteilt, sie zu wiederholen und zu verhindern, dass etwas Neues entsteht“, lautet die Begründung. In gedruckter Form legen die „Ingenieure ohne Grenzen“ (Engineers Without Borders, EWB) schon seit 2008 Rechenschaft über gescheiterte Projekte ab. Mitte Januar haben sie dazu nun auch eine Internet-Seite gestartet. Dort schildern sie unruhliche Beispiele aus ihrem Arbeitsalltag und was sie daraus gelernt haben. Außerdem rufen sie andere Organisationen auf, ihrem Beispiel zu folgen (www.admittingfailure.com). Die Resonanz ist bislang allerdings bescheiden.

Dafür wird in zahlreichen Blogs heiß diskutiert: Die Initiative er-

hält viel Lob und Anerkennung. Der Grundgedanke ist ja auch schlüssig. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass man vor allem aus Fehlern klug wird. Geber und Spender könnten Organisationen wertschätzen lernen, die offen und ehrlich zu Fehlschlägen stehen, und so ein realistischeres Bild der Arbeit vor Ort erhalten. Dass alles perfekt läuft, glaubt ohnehin niemand. Unerwünschte Nebeneffekte sind aber nicht auszuschließen: Die Internetseite könnte ungewollt jenen in die Hände spielen, die Entwicklungshilfe pauschal als nutzlos verdammen. Und ganz so einfach ist es eben auch nicht. Denn die Meinungen, wann ein Projekt gescheitert ist, gehen manchmal weit auseinander – vor allem bei Vorhaben, deren Ergebnisse sich nicht in Zahlen messen lassen. (gka)

Als Schiedsrichter nicht geeignet

Der Internationale Währungsfonds hat vor der Finanzkrise die Gefahren verkannt

Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll Staaten, deren Finanz- und Wirtschaftspolitik die Stabilität der Weltwirtschaft gefährdet, mit Sanktionen belegen können. Das fordert ein hochrangiges Expertengremium, dem unter anderem der frühere Chef der US-Zentralbank Paul Volcker, die Vizechefin der chinesischen Zentralbank Hu Xiaolian sowie mit Horst Köhler und Michel Camdessus zwei frühere IWF-Direktoren angehören. Doch in der Rolle als unabhängiger Hüter der Vernunft ist der Fonds eine Fehlbesetzung.

Der IWF soll unter anderem für angemessene Wechselkurse sorgen, fordern die Experten. Mehr politische Steuerung und globale Abstimmung sind hier zweifellos nötig. Dass gerade der IWF Staaten zur Raison bringen soll, ist aber eine kühne Idee. Nicht nur waren die Rezepte, die er Entwicklungsländern lange verordnet hat, höchst zweifelhaft. Sein eigenes Evaluationsbüro (IEO) hat soeben dokumentiert, wie wenig vernünftig sein Wirken vor der jüngsten Weltfinanzkrise war.

So hat der Fonds bis 2007 Risiken, die dann die Weltfinanzkrise auslösten, übersehen oder heruntergespielt. Die Spekulationsblase bei Hypothekenkrediten in den USA zum Beispiel beurteilte er noch als begrenztes Problem, als die ersten Kredite schon faul waren. Manche Gründe für dieses Versagen lagen

im IWF. Die Abteilungen arbeiteten nebeneinander her, der Zusammenhang zwischen Welthandel und Finanzsystem war kaum im Blick, die Abschottung gegen Expertise von außen begünstigte das Einheitsdenken. Im Fonds herrschte die Überzeugung, dass Finanzmärkte sich selbst stabilisieren und von den Industrieländern keine globale Krise ausgehen kann, findet das IEO.

Hinzu kam Druck von außen: IWF-Experten übten Selbstzensur im Umgang mit mächtigen Staaten. Indirekt bestätigt der Bericht den starken Einfluss der USA. So konzentrierte der IWF seine Analysen auf Handelsungleichgewichte und Wechselkursprobleme, just als die USA China wegen dessen Währungspolitik anprangerten. Eine Prüfung des Finanzsektors in den USA unterblieb, die

wollte Washington nicht. Der Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, hat den Bericht begrüßt und auf laufende Reformen im Haus verwiesen. Doch seine rund 1200 Ökonomen werden in Zukunft kaum dem herrschenden Konsens entgegenarbeiten. Auch politisch unabhängig kann der IWF nicht werden. Wenn mächtige Länder ihm tatsächlich die Befugnis gäben, Sanktionen zu verhängen, würden sie sogar mehr Einfluss verlangen – es könnte dann ja auch sie treffen. Es ist sinnvoll, wenn der IWF in Verhandlungen unter großen Industrieländern eigenständiger die Lösung globaler Probleme anmahnt. Seine Macht, kleine Länder zu sanktionieren, ist aber heute schon zu groß. Und man sollte sich künftig hüten, seine Expertise für unabhängige Wissenschaft zu halten. (bl)

Schwere Zeiten für die Zivilgesellschaft

Gesetze im Süden erschweren die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen

Zunehmend beklagen sich zivilgesellschaftliche Kräfte vor allem in Entwicklungsländern über staatliche Restriktionen, die ihre Arbeit behindern. Auch Partner des EED sind davon betroffen. Das Motiv der Regierungen, die wachsende Zahl nichtstaatlicher Organisationen zu regulieren, ist dabei häufig nur vorgeschoben.

Von Claudia Warning

Gerade ist das Weltsozialforum zu Ende gegangen. Dort trifft sich seit nunmehr zehn Jahren die weltweite Szene der nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), diskutiert und verabredet sich zur Zusammenarbeit. Zivilgesellschaftliche Kräfte sind als Entwicklungsakteure nicht mehr wegzudenken. Neben den Kirchen

Häufig gilt: Je kritischer eine NGO, desto schwieriger ist ihre Lage, je unpolitischer ihre Arbeit, desto einfacher.

und zahlreichen anderen etablierten Organisationen wächst die Zahl neuer NGOs in vielen Ländern stetig. Für nichtstaatliche Geber wie den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) ist es mitunter nicht einfach, die förderungswürdigen unter ihnen herauszufiltern. Da wundert es nicht, wenn Regierungen des Südens mit eigenen Gesetzen steuernd eingreifen wollen.

Sorge muss allerdings bereiten, dass immer mehr Regierungen nicht nur die Rahmenbedingungen für NGOs setzen, sondern aktiv ihre Arbeit behindern. Ob Aserbaidschan, Indien, Kambodscha, Eritrea oder Simbabwe – die Liste ließe sich weiter fortführen. Die Einschränkungen reichen von bürokratischen Hindernissen, etwa Hürden bei der Registrierung oder der Pflicht, Finanzströme offenzulegen, bis hin zu direkten Eingriffen in die Arbeit wie

Verboten, sich mit bestimmten Themen zu befassen, staatlicher Überwachung und kriminellen Übergriffen.

NGO-Gesetze sind in einer wachsenden Zahl von Ländern in Planung oder werden bereits angewendet. Organisationen, die aus dem Ausland finanziert werden, sind besonders häufig betroffen. Ein bekanntes Beispiel ist das äthiopische NGO-Gesetz, das seit 2009 in Kraft ist und zivilgesellschaftliches Engagement in bestimmten Bereichen wie Lobby/Advocacy oder Bürgerrechtskunde untersagt. In Eritrea sind die staatlichen Vorgaben derart rigide, dass kritische Organisationen kaum mehr tätig sein können und eine unabhängige, sinnvolle Entwicklungsarbeit derzeit unmöglich erscheint. Aber auch jenseits von Gesetzen ist die Zivilgesellschaft in zahlreichen Ländern Opfer staatlicher Willkür und wird kriminalisiert, bedroht und verfolgt.

Die Staaten rechtfertigen die Interventionen häufig damit, dass mehr Transparenz und eine bessere Koordination der Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure nötig seien. Die Maßnahmen, mit denen sie das erreichen wollen, bereiten jedoch Sorge. Den betroffenen Organisationen bleibt oft nichts anderes übrig, als ihre Aktivitäten anzupassen und sich zu arrangieren. Dabei gilt stets: Je kritischer eine NGO, desto schwieriger ist ihre Lage, je unpolitischer ihre Arbeit, desto einfacher. Be-

sonders betroffen sind Organisationen, die zu Menschenrechten arbeiten. Das mussten jüngst auch regierungskritische Organisationen in Israel erfahren, wo ebenfalls ein NGO-Gesetz in Vorbereitung ist.

Für die christlichen Hilfswerke in Europa stellt sich die Frage, wie sie mit dieser Situation angemessen umgehen. Eine Antwort ist nur im jeweiligen Kontext möglich. Abhängig von der speziellen Lage kann dies sogar bedeuten, sich zeitweilig aus der Förderung einzelner Länder zurückzuziehen und sich auf die Lobby-Arbeit im Norden zu konzentrieren.

Am Ziel, die Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, ändert sich aber nichts. Dabei gilt es, neben der Lage im Land auch die eigene Rolle als Geberorganisation sowie die Politik im Norden selbstkritisch zu reflektieren. Mehr Eigenverantwortlichkeit der Partnerländer, gegenseitige Rechenschaftspflicht von Gebern und Empfängern sowie eine stärkere Einbeziehung von gesellschaftlichen und politischen Kräften außerhalb der Regierung sind auch Ziele der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ (2005) und der „Accra Agenda for Action“ (2008). Sie können aber nur erreicht werden, wenn der Trend zur Behinderung zivilgesellschaftlicher Arbeit gestoppt wird.

Die Potenziale der kirchlichen Entwicklungsorganisationen müssen dabei stärker ausgeschöpft werden. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hat deshalb eine Fachgruppe zu diesem Thema eingerichtet. Es müssen Wege gefunden werden, die zunehmenden Eingriffe zu unterbinden. Die Zivilgesellschaft weltweit muss eigenständig bleiben und gestärkt werden. ■



Claudia Warning

ist Vorstandsmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).

Freihandel hilft

Handelsabkommen
missachten die
Anliegen der Ent-
wicklungsländer

Die Welthandelsregeln haben in den vergangenen Jahren geholfen, einen Handelskrieg wie in den 1930er Jahren zu vermeiden. Doch Märkte zu öffnen und Zölle zu senken ist kein Königsweg, die Entwicklungschancen armer Länder zu verbessern. Dort müssen Regierungen ihre Industrie gezielt fördern und die Marktöffnung steuern. Freihandelsabkommen schränken ihren Spielraum dafür stark ein, ohne die Weltwirtschaft auf Dauer zu stabilisieren – eine Reform der Weltwährungs- und -finanzordnung ist da wichtiger.



den Armen wenig

Von Detlef Kotte

Das System der multilateral vereinbarten Handelsregeln ist ein wichtiger Eckpfeiler der Weltwirtschaft. Darin haben sich die 153 Mitgliedstaaten der Welt Handelsorganisation (WTO) zum Beispiel verpflichtet, keinem Mitglied willkürlich einen besseren oder schlechteren Marktzugang zu geben als anderen und Obergrenzen für die Höhe der Zölle einzuhalten. Das System, das auch ein geordnetes Verfahren bei Verstößen vorsieht, trägt zur Stabilität des internationalen Wirtschaftsumfeldes bei und macht für stark im Außenhandel engagierte Unternehmen die Entscheidungen besser planbar.

Aber das multilaterale Handelssystem scheint in einer Krise zu sein. Ein Hinweis darauf ist, dass die sogenannte Doha-Verhandlungsrunde über die Weiterentwicklung der Handelsregeln nicht vorankommt. Sie wurde 2001 mit dem Ziel in Gang gesetzt, den besonderen Problemen und handelspolitischen Anliegen der Entwicklungsländer besser Rechnung zu tragen. Die Verhandlungsrunde sollte ursprünglich Ende 2004 abgeschlossen werden. Bis heute besteht aber wenig Anlass zu der Erwartung, dass über die strittigen Punkte bald Einigkeit erzielt wird.

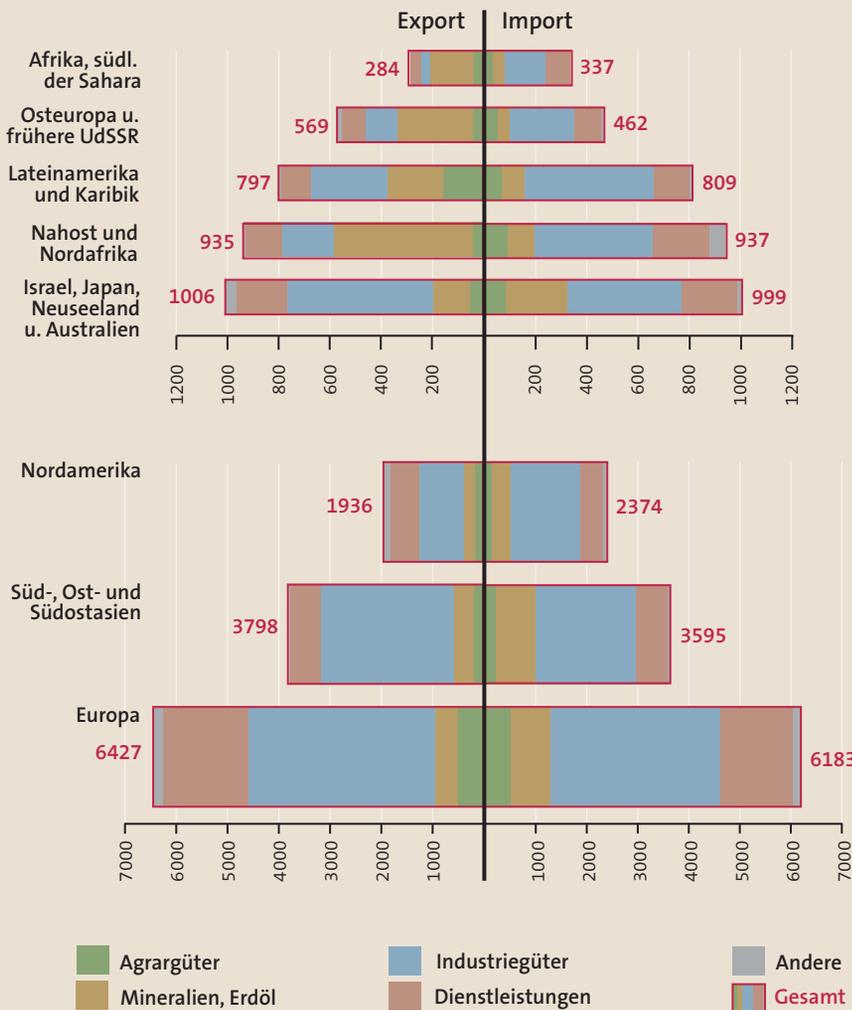
Ein Hauptgrund dafür sind unterschiedliche handelspolitische Interessen, die in der Struktur des Welthandels begründet sind. Vereinfacht gesagt exportieren Entwicklungsländer hauptsächlich Rohstoffe und technisch einfache, arbeitsintensive Konsumgüter wie Textilien, Sportartikel oder Spielzeug.

Der Hafen der australischen Stadt Melbourne. 2010 wurde hier ein Volumen von 2,348 Millionen 20-Fuß-Containern umgeschlagen.

JAMES LAURITZ/GETTY IMAGES



Welthandel nach Regionen und Warengruppen in Mrd. US-Dollar, einschließlich Außenhandel in den Regionen, 2009



Quelle: UNCTAD International merchandise trade und International Trade in Services Database (<http://unctadstat.unctad.org>)

© WELT-SICHTEN

Die Industrieländer führen dagegen technologisch anspruchsvolle Konsumwaren sowie Kapitalgüter aus – etwa Autos, Pharmaprodukte, Flugzeuge oder Industriemaschinen. Die meisten Industrieländer sind auf Rohstoffimporte aus Entwicklungsländern angewiesen, und diese müssen, um ihr Produktionspotential zu entwickeln, Kapitalgüter importieren.

Im Bereich des Handels mit Dienstleistungen sind bereits seit dem Jahr 2000 Verhandlungen über eine Liberalisierung im Gange. Anders als beim Güterhandel geht es hier nicht in erster Linie um Zollabbau, sondern um eine Ausgestaltung der nationalen Gesetze und Regulierungen des Dienstleistungssektors, die ausländischen Anbietern entgegenkommt. Dieser Sektor ist weltweit der am schnellste wach-

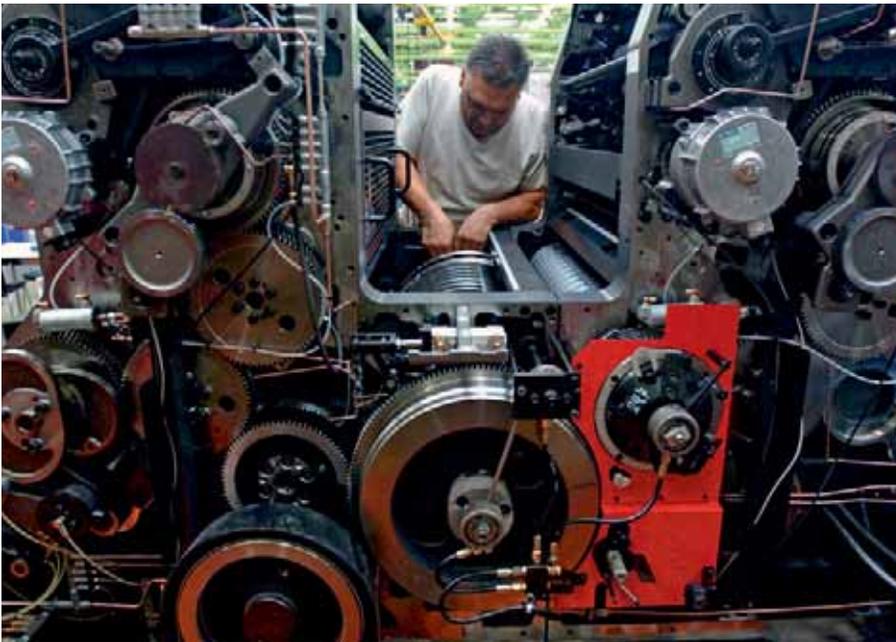
sende Bereich der Wirtschaft. Mit Ausnahme des Tourismus spielen Dienstleistungsexporte – etwa im Finanz-, Bildungs-, Gesundheits- oder Kommunikationswesen – für die meisten Entwicklungsländer aber praktisch keine Rolle. Sie sind hier eher in einer defensiven Position gegenüber großen Anbietern aus den Industrieländern, mit denen sie in der Regel nicht konkurrieren können.

Alle Länder sind daran interessiert, dass die anderen ihre Märkte für nicht-landwirtschaftliche Produkte weiter öffnen. Die Industrieländer versuchen aber zugleich, einheimische Wirtschaftszweige, in denen die Entwicklungsländer zu geringeren Kosten produzieren, so weit wie möglich zu schützen. Und die Entwicklungsländer, deren Landwirtschaft nicht mit der hoch subventionierten Agrarproduktion im Norden konkurrieren kann, pochen darauf, dass die Industrieländer den Agrarprotektionismus schnell abbauen.

Für Entwicklungsländer ist es besonders wichtig, die Produkte ihrer verarbeitenden Industrie leichter auf Märkten im Norden absetzen zu können. Denn ohne beschleunigte Industrialisierung ist es praktisch unmöglich, die einheimische Wertschöpfung zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut zu verringern. Deshalb zögern die meisten Entwicklungsländer, ihre eigenen Märkte noch weiter für Industriegüterimporte aus den Industrieländern zu öffnen, als sie es im Rahmen der WTO oder aufgrund von Auflagen des Weltwährungs fonds und der Weltbank im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen ohnehin getan haben.

In der Tat kann eine Handelsöffnung die Entwicklungschancen ärmerer Länder kaum verbessern. Die Handelsliberalisierung seit Mitte der 1980er Jahre hat den meisten Entwicklungsländern, wenn überhaupt, nur geringe Entwicklungsimpulse gebracht. Zwar nahm ihr Außenhandel deutlich schneller zu als zuvor, aber das regte im Wesentlichen nur in einigen Schwellenländern in Ost- und Südostasien das Wachstum und die Entwicklung an. In den ärmeren Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas war das Wirtschaftswachstum nach der Marköffnung erheblich geringer als in früheren Jahrzehnten. Dass es nach 2003 höher war, lag nicht an der Handelsliberalisierung, sondern am starken Wachstum der weltwirtschaftlichen Nachfrage, die von den USA und China angetrieben wurde.

Die erfolgreichen Schwellenländer haben nicht einfach auf die Entfaltung von Marktkräften, den Abbau von Handelsschranken und einen Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen gesetzt. Vielmehr haben sie wichtige Exportindustrien mit spezifischen staatlichen Vorleistungen und Subventionen gefördert. Viele Produktionszweige, die noch im Entstehen waren, wurden vor übermächtiger Weltmarktkonkurrenz geschützt. Der Außenhandel wurde schrittweise und in solchen Sektoren geöffnet, in



Kakaoplantage in der Elfenbeinküste (oben). Arme Entwicklungsländer führen vorwiegend Rohstoffe aus.

ISSOUF SANAGO/AFP/GETTY IMAGES

Hochwertige Industriegüter zu exportieren, bringt aber viel mehr Wertschöpfung: Druckmaschinen-Hersteller in Deutschland.

BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES

denen die einheimischen Produzenten internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht hatten. Dadurch haben sich, unterstützt von niedrigen Zinsen, Industriesektoren entwickelt, die sowohl Importe ersetzen als auch höhere Exporte erzielen können.

Eine schnelle Industrialisierung in den ärmeren Entwicklungsländern ist kaum möglich, wenn sie nicht ähnliche industrie- und handelspolitische Maßnahmen ergreifen können. Dazu gehört, dass sie mit gezielten Handelseinschränkungen ihre schlechtere Ausgangsposition im globalen Wettbewerb ausgleichen und mit Schutz und Förderung für bestimmte Sektoren ihren Entwicklungsrückstand aufholen können. Überdies hängt der mögliche Beitrag des

Außenhandels zur Entwicklung auch davon ab, inwieweit verhindert werden kann, dass Devisenerlöse für Importe von Konsumgütern ausgegeben werden.

Das geltende Handelsregime schränkt aber die Möglichkeiten für handels- und industriepolitische Maßnahmen stark ein. Nicht nur dürfen junge Industrien immer weniger mit Zöllen vor der oft übermächtigen Konkurrenz aus höher entwickelten Ländern geschützt werden. Die Industrieländer sind auch bestrebt, den Einsatz anderer wirtschaftspolitischer Instrumente, die sich auf den Außenhandel auswirken, zu beschränken – zum Beispiel alle Formen der Exportförderung oder die Bevorzugung einheimischer Firmen im öffentlichen Beschaffungswesen.

Um ihrem Anspruch als Entwicklungsrunde gerecht zu werden, müsste die Doha-Runde die internationalen Handelsregeln so weiterentwickeln, dass sie der Ungleichheit im Entwicklungsstand der Verhandlungspartner Rechnung tragen. Dies könnte mit größerer Flexibilität für die Entwicklungsländer bei der Öffnung ihrer eigenen Märkte, mit Schutzklauseln für vorübergehende Schritte zum Beispiel bei einem schnellen Anstieg der Importe und mit weitreichenden Bestimmungen über die Vorzugsbehandlung für verschiedene Gruppen von Entwicklungsländern (special and differential treatment) erreicht werden.

Der entwicklungspolitische Spielraum wird aber noch weiter reduziert durch den Trend, angesichts des Stockens der Doha-Runde die Handelsliberalisierung bilateral oder regional voranzutreiben. In den 46 Jahren zwischen dem Abschluss des ersten Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) im Jahre 1948 und der Gründung der WTO im Jahr 1994 wurden insgesamt 123 bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen geschlossen, in den 16 Jahren seit 1994 bereits über 300. Dabei besteht ein großer Unterschied zwischen Abkommen, die Entwicklungsländer untereinander schließen, und solchen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Im ersten Fall sind die Unterschiede im Entwicklungsstand, der Wirtschaftsstruktur, den Produktionsmöglichkeiten und der Wettbewerbsfähigkeit erheblich geringer als im letzteren.

Regionale Freihandelsabkommen zwischen Entwicklungsländern – etwa in Südamerika (Mercosur), Ost- und Südostasien (AFTA) oder in verschiedenen Teilen Afrikas – können einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Besonders gilt das, wenn die Marktöffnung Teil einer umfangreicheren Zusammenarbeit ist, zu der zum Beispiel grenzüberschreitende Infrastrukturvorhaben, gemeinsame Institutionen für Forschung oder geld- und währungspolitische Zusammenarbeit gehören. Handelsabkommen zwischen hoch industrialisierten Ländern und Entwicklungsländern – zum Beispiel die Part-

Die Weltwährungsordnung belastet den Handel

Für den internationalen Handel gibt es multilaterale Regeln – wenn auch verbesserungsbedürftige. Ein entsprechender Rahmen für die internationalen Finanzbeziehungen fehlt dagegen. Wie zahlreiche Finanzkrisen zeigen, geht dies nicht nur auf Kosten der Stabilität auf den Finanzmärkten selbst. Dass Währungen häufig falsch bewertet und Wechselkurse instabil sind, führt auch zu Verzerrungen im internationalen Handel und Fehlentwicklungen in den Volkswirtschaften.

Der Wechselkurs ist eine Schlüsselvariable für die Höhe der Exporte und Importe einer Volkswirtschaft. Ist eine Währung überbewertet, dann verbilligt das die Importe und verteuert die Exporte, führt also tendenziell zu einem Handelsdefizit, und umgekehrt. Instabile Wechselkurse bedeuten zusätzliche Unsicherheit für Produzenten und Investoren.

Fehlentwicklungen der Wechselkurse können im Wesentlichen zwei Ursachen haben: Manipulation seitens der Zentralbank oder spekulative Kapitalbewegungen. Zentralbanken können den Wechselkurs mit Interventionen am Devisenmarkt beeinflussen, zum Beispiel fremde Währungen kaufen und dadurch ihren Preis treiben helfen. Viele Regierungen aufstrebender Länder sind dazu übergegangen, mittels Wechselkurspolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Un-

ternehmen zu erhöhen. Das erscheint gerechtfertigt, solange das Ziel ist, eine Währungsaufwertung infolge unerwünschter Kapitalzuflüsse zu verhindern oder mit einer leichten Unterbewertung die Vorteile der Industrie in fortgeschritteneren Volkswirtschaften auszugleichen. Wenn es aber auf eine starke Unterbewertung über einen längeren Zeitraum hinausläuft, führt es zu Handelsvorteilen, die den Prinzipien des multilateralen Handelssystems entgegenstehen.

Auch spekulative Kapitalbewegungen können zu Wechselkursänderungen führen. Sie werden meist von Zinsunterschieden zwischen zwei Währungen ausgelöst: Man nimmt in einer Währung mit relativ niedrigen Zinsen Kredit auf und legt das Geld in einer Währung mit relativ hohen Zinsen an. Als Folge dieses sogenannten carry trade steigt der Wechselkurs des Landes mit hohen Zinsen. Daraus ergibt sich ein zusätzlicher Spekulationsanreiz, nämlich die Erwartung, dass der Wechselkurs weiter steigt. Sie bestätigt sich dann häufig selbst. Solche Kapitalzuflüsse verschlechtern oft dramatisch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dem betroffenen Land. Wenn die Blase schließlich platzt und weitere Kapitalzuflüsse ausbleiben, fällt der Wechselkurs fast ins Bodenlose und die betroffene Volkswirtschaft versinkt in einer Rezession. Fast alle Finanz- und Zahlungsbilanzkrisen der vergangenen drei Jahrzehnte sind nach diesem Muster verlaufen.

nerschaftsabkommen der Europäischen Union mit armen Ländern oder Abkommen der USA mit Staaten in Südamerika und Asien (vgl. die Beiträge von Wise und Paasch in diesem Heft) – sind wesentlich problematischer. Die Verhandlungsmacht des Entwicklungslandes ist viel geringer als die des entwickelten Partners. Für das meist kleinere, in jedem Falle aber ärmere Entwicklungsland steht wesentlich mehr auf dem Spiel, nämlich der Zugang zu einem viel größeren Absatzmarkt als dem heimischen. Weiter wird in solchen Abkommen normalerweise vereinbart, die Handelsbarrieren auf ein gleiches Niveau zu senken. Das bedeutet in der Regel, dass das Entwicklungsland relativ größere Zugeständnisse machen muss als das Industrieland, dessen Zölle meist schon vorher niedriger sind.

Freihandelsverträge mit einzelnen Industriestaaten beschneiden den wirtschaftspolitischen Spielraum armer Länder besonders stark.

In bilateralen und regionalen Verhandlungen verfolgen die Regierungen der Industrieländer Liberalisierungsziele, die in den WTO-Verhandlungen am gemeinsamen Widerstand der Entwicklungsländer scheitern. Die entsprechenden Abkommen beschneiden meist den wirtschaftspolitischen Spielraum der Entwicklungsländer noch wesentlich stärker als die WTO-Regeln. Sie beinhalten zum Beispiel eine weit-

reichende Öffnung des Finanzwesens und des staatlichen Beschaffungswesens für ausländische Anbieter, strengeren Patentschutz, mehr Schutz für Investoren aus dem Ausland oder auch Arbeits- oder Umweltstandards.

Arme Länder schließen solche bilateralen Abkommen hauptsächlich, um für ihre Produzenten einen günstigeren Zugang zum Markt des Industrielandes auszuhandeln als solche aus anderen Ländern ihn erhalten. Die Vorteile für ein einzelnes Entwicklungsland sind jedoch umso geringer, je mehr bilaterale Verträge der gleichen Art das Industrieland schließt. Mithin ist der Nutzen eines solchen Abkommens höchst unsicher, während der Verlust an wirtschaftspolitischem Spielraum sicher ist.

Das Problem, dass multilaterale Regeln den nationalen wirtschaftspolitischen Spielraum einengen, stellt sich auch im Zusammenhang mit Reformen im Finanzsektor, die das Risiko neuer Finanzkrisen eindämmen sollen: Das Allgemeine Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (GATS) schränkt die Möglichkeiten zur Regulierung der Finanzmärkte ein. Es zielt auf die Öffnung nationaler Märkte für ausländische Dienstleistungsanbieter, zum Beispiel Banken und Versicherungen, und setzt Standards für die Regulierung des Finanzsektors in den Mitgliedsländern. Staaten, die als Zusatz zum GATS eine „Ver Vereinbarung über Verpflichtungen bezüglich Finanzdienstleistungen“ unterzeichnet haben, können einmal unternommene Deregulierungsschritte nicht

Chinas Finanzminister Xie Xuren (links) mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Timothy Geithner beim G-20-Gipfel 2009. Die USA werfen China vor, seine Währung künstlich abzuwerten.

BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES



Von Spekulation bedingte Verzerrungen im internationalen Handel können wesentlich schwerer wiegen als von Zöllen oder anderen Handelshemmnissen verursachte. Die Devisenspekulation kann mittels Besteuerung oder mit nationalen Kapitalverkehrskontrollen wesentlich erschwert werden. Konsequenter wäre jedoch eine Reform des internationalen Währungssystems: Man müsste multilaterale Regeln vereinbaren, denen zufolge die Wechselkurse zunächst nach dem Verhältnis ihrer inländischen Kaufkraft bestimmt und im Weiteren entsprechend der Preis- und Lohnkostenentwicklung oder der Zinsentwicklung angepasst werden. Dann gäbe es kaum noch Anreize für Wechselkurspekulation, denn Zinsunterschiede würden durch Anpassungen der Wechselkurse ausgeglichen. So müsste die Währung eines Landes abgewertet werden, wenn dort die Zinsen stärker steigen als anderswo. Das System würde berechenbarer und das Risiko großer Handelsdefizite erheblich kleiner.

Detlef Kotte

mehr rückgängig machen. Das betrifft fast alle OECD-Länder einschließlich der USA und des Vereinigten Königreichs, wo die Finanzmarktliberalisierung am weitesten vorangeschritten ist, aber auch eine Reihe von Entwicklungsländern.

Um die Stabilität des Weltwirtschaftssystems zu gewährleisten, braucht man aber auch neue multilaterale Regeln für die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen. So haben sowohl in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 als auch in der Euro-Krise seit 2010 große Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen eine zentrale Rolle gespielt. Dieses Problem kann man nicht mit Hilfe der Handelspolitik – etwa mit Zöllen und Einfuhrquoten – lösen. Es kann verschiedene Gründe haben, wenn ein Land sehr viel mehr oder sehr viel weniger ausführt als einführt. Zum Beispiel können steigende Rohstoffpreise vorübergehend zu Überschüssen in den Exportländern und Defiziten in den Importländern dieser Rohstoffe führen. Unterschiede in den Wachstumsraten verschiedener Länder sind ein weiterer Grund: In der Regel verschlechtert sich die Handelsbilanz in Ländern mit schnellem Wachstum, weil die steigende Nachfrage dort zu mehr Importen führt, und sie verbessert sich in langsamer wachsenden Ländern. In solchen Fällen ist ein Ungleichgewicht nicht per se bedrohlich.

Handelsüberschüsse oder -defizite sind jedoch dann bedrohlich, wenn sie über längere Zeit anhalten und mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der

Wirtschaft im Defizitland einhergehen. Denn dann sinkt die Chance, dass diese durch sinkende Importe oder steigende Exporte das Defizit in Zukunft wieder abbauen. In dieser Lage waren zuletzt zum Beispiel die USA, Großbritannien, Spanien oder Griechenland. Besonders im Fall der USA kommt hinzu, dass sowohl das schnellere Wirtschaftswachstum als auch das Handelsbilanzdefizit Ergebnisse eines mit Schulden finanzierten Konsumbooms waren, der von leichtsinniger Kreditvergabe und spekulativen Blasen auf dem Immobilien- und Aktienmarkt ermöglicht wurde.

Andauernde Handelsungleichgewichte führen dazu, dass Defizitländer sich immer höher im Ausland verschulden und immer mehr von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig werden. Diese Zuflüsse können plötzlich versiegen, wenn die Finanzmärkte angesichts der immer weiter steigenden Auslandsverschuldung plötzlich das Vertrauen in die defizitären Volkswirtschaften verlieren. Eine dadurch ausgelöste Finanzkrise und Rezession greift unvermeidlich auf andere Länder über, einschließlich der Kapital exportierenden Länder mit Handelsüberschüssen. Genau das ist auch in der jüngsten Krise seit 2008 geschehen.

In einer solchen Krise können sich die Regierungen der Defizitländer veranlasst sehen (oder mangels ausreichender Währungsreserven gezwungen sein), eine starke Abwertung ihrer Währung zuzulassen. Das erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft schlagartig, weil Importe teurer und ihre eigenen Produkte im Ausland billiger werden: Für dieselbe Summe in fremder Währung kann man mehr einheimisches Geld erhalten und damit auch mehr einheimische Güter kaufen. Es besteht jedoch das Riskiko, dass eine solche Abwertung schnell Gegenmaßnahmen bei den Handelspartnern hervorruft – also einen Abwertungswettbewerb einleiten oder protektionistische Schritte provozieren kann, die dann den Bestand des Handelssystems insgesamt in Frage stellen.

Mit Handelspolitik kann man da jedoch nichts ausrichten. Kurzfristig können die Ungleichgewichte am ehesten dadurch abgebaut werden, dass der Rückgang der Nachfrage in den krisengeschüttelten Defizitländern ausgeglichen wird durch ein stärkeres Wachstum der Binnennachfrage in den Überschussländern, gestützt von einer expansiven Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. Auf die Dauer ist, um systembedrohende globale Ungleichgewichte zu vermeiden, allerdings eine Reform der internationalen Währungs- und Finanzordnung erforderlich (siehe Kasten).

Das multilaterale Handelssystem hat sich in der jüngsten Weltwirtschaftskrise trotz seiner Mängel insofern bewährt, als es dazu beigetragen hat, einen Handelskrieg wie in der Krise der 1930er Jahre zu vermeiden. Handelsregeln allein genügen aber nicht, um die Weltwirtschaft zu stabilisieren. ■



Detlef Kotte

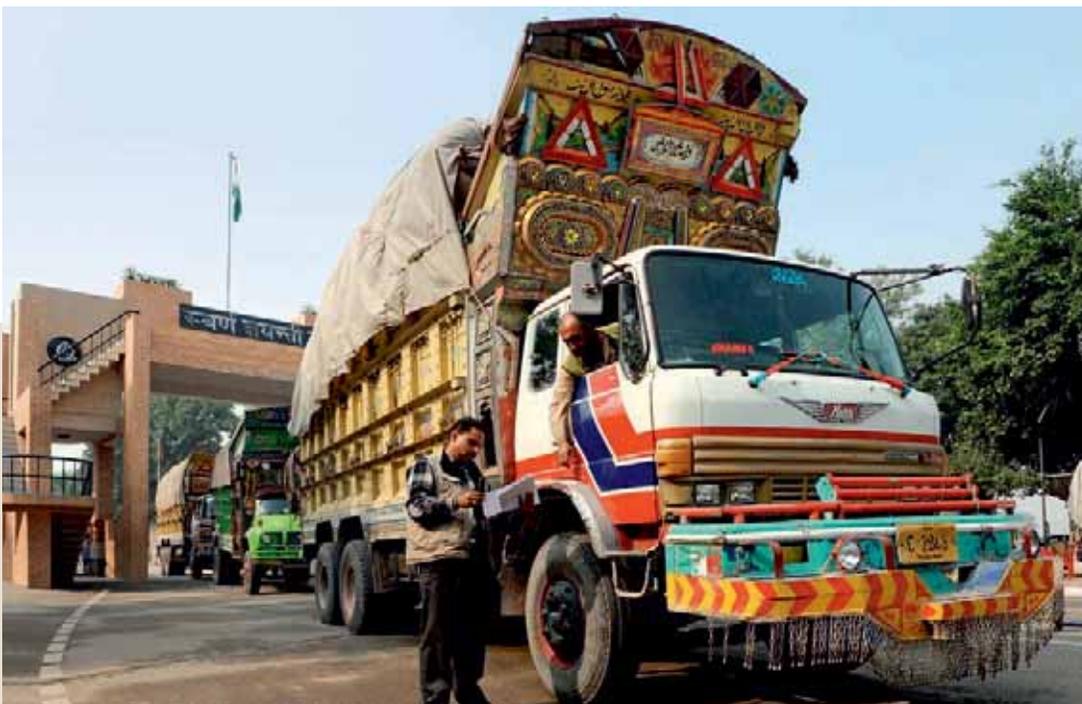
ist Wirtschaftswissenschaftler und Leiter der Abteilung „Macroeconomic and Development Policies“ im Sekretariat der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf.

Zwiebelkrieg und Tomatenblockade

Am Grenzübergang von Wagah wird selbst der Handel mit Gemüse zum Politikum

Eine 3300 Kilometer lange Grenze trennt die beiden Erzfeinde Indien und Pakistan. Darüber führen nur zwei passierbare Straßen; eine davon verläuft über den Grenzübergang Wagah. Hier werden jeden Tag Tonnen von Obst und Gemüse getauscht – Ware gegen Ware. Denn indische und pakistanische Banken arbeiten nicht zusammen. Geldwechsel ist illegal.

Von Agnes Tandler



Ein indischer Zöllner kontrolliert an der Grenze von Wagah einen LKW aus Pakistan, der Trockenfrüchte geladen hat.

NARINDER NANU/AFP/GETTY IMAGES

Die Grenze öffnet kurz nach zehn. Da stauen sich die bunten Laster schon kilometerweit auf der stauigen Landstraße außerhalb der nordindischen Stadt Amritsar. Manche Fahrer warten seit Stunden, denn an der Wagah-Grenze, die die Erzfeinde Indien und Pakistan voneinander trennt, geht nichts wirklich schnell. Auch auf der pakistanischen Seite des Übergangs erwacht langsam das Leben. Phantasievoll bemalte Trucks aus fernen Orten wie Quetta in Belutschistan rund 700 Kilometer westlich von hier oder aus Peshawar kurz vor der afghanischen Grenze warten mit ihrer Fracht.

Der Grenzübergang von Wagah liegt etwa 30 Kilometer von Amritsar und knapp 25 Kilometer vom ostpakistanischen Lahore entfernt. Er ist eine von nur zwei passierbaren Straßen zwischen den beiden Ländern. Der zweite Übergang über die Aman Setu-Brücke in Kaschmir ist weit weniger frequentiert. Beide Nationen haben in den über 63 Jahren ihrer Unabhängigkeit bereits drei Kriege gegeneinander geführt. Der Grenzverkehr über die „Berliner Mauer von Asien“ ist so etwas wie der Gradmesser für das Verhältnis der beiden zerstrittenen Atomkräfte.

Das Misstrauen auf beiden Seiten ist groß und bedingt besondere Abläufe. Hunderte von Lastenträgern sind jeden Tag diesseits und jenseits der Grenze zur Stelle, um Waren per Hand auf- und abzuladen. Denn die LKWs aus Pakistan und aus Indien dürfen den Grenzstreifen nicht überqueren. Pakistanische Arbeiter mit dunkelblauem Kittelkleid und Hose und indische Kulis mit orangen Turbanen tragen die Kisten auf ihren Köpfen zwischen den Lastern hin und her. Das bunte Treiben auf dem etwa hundert Meter langen Grenzstreifen wird gut überwacht. Zuviel persönlichen Austausch zwischen

den indischen und pakistanischen Helfern soll es nicht geben.

Der indisch-pakistanische Handel hat wirtschaftlich gesehen keine große Bedeutung. Trotz der Größe der beiden Länder beläuft sich das Handelsvolumen (Export und Import zusammengerechnet) nur auf etwa zwei Milliarden US-Dollar im Jahr. Der Warenverkehr mit Pakistan macht weniger als 0,5 Prozent des gesamten indischen Handels aus, und Indiens Anteil am gesamten pakistanischen Handelsauf-

nen Bankenverkehr gibt – Geld kann nur illegal gewechselt werden –, müssen die Güter getauscht werden. Auch Steuern werden, da es kein Abkommen dazu gibt, nicht erhoben. „Es ist kein wirklich internationaler Handel“, räumt ein hoher Beamter im Wirtschaftsministerium in Neu-Delhi ein. Beide Länder fürchten, dass eine Formalisierung des Handels einer de facto-Anerkennung der Grenze gleichkommen könnte. Denn immer noch streiten Indien und Pakistan über den Grenzverlauf im Kaschmir-Tal und im Rann von Katch, einem weitgehend unbewohnten Salzwasser-Sumpfbereich am Arabischen Meer.

Weil die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan kompliziert und schwierig sind, wird alles zum Politikum – selbst harmloses Gemüse. Im Moment wird der so genannte Zwiebel-Tomaten-Krieg stellvertretend für einen militärischen Schlagabtausch an der Wagah-Grenze ausgetragen. Zwiebel und Tomaten sind unentbehrlich in der indisch-pakistanischen Küche. Ob in fetttriefenden Zwiebelpfannkuchen oder scharfer Tomatensuppe sowie in den beliebten Currys: Die beiden Zutaten sind nicht wegzudenken vom Speiseplan auf dem Subkontinent. Und wie es das Schicksal will, sind in Indien derzeit die Zwiebeln rar, während in Pakistan die Tomate Mangelware ist.

Ein ungewöhnlich heftiger Monsun-Regen ließ in Indien im vergangenen Jahr die Zwiebel-Ernte mager ausfallen. Der Preis für die pikante Knolle stieg auf den Märkten in Neu-Delhi auf 60 bis 70 indische Rupien (rund 1,20 Euro) pro Kilo – eine saftige Teuerung verglichen mit den gewohnten 15 bis 20 Rupien. Dann kam im Dezember 2010 ausgerechnet der Erzfeind Pakistan zur Hilfe: In einem ungewöhnlichen Schritt erklärte sich das Nachbarland bereit, für Nachschub zu sorgen. Die indische Zeitung „The Hindu“ feierte die ersten 13 Laster, beladen mit 5 bis 15 Tonnen Zwiebeln aus Pakistan. Diese Form der „Zwiebeldiplomatie“ kam überra-

schend, denn politisch herrschte zwischen den beiden Erzfeinden gerade eine Eiszeit.

Bis zu 500 Tonnen der Knollenfrucht passierten im Dezember täglich die Grenze zwischen Lahore und Amritsar. Doch Anfang Januar schritt die pakistanische Regierung ein und erließ einen Exportstopp für Zwiebeln nach Indien auf dem Landweg. Die offizielle Begründung für das Ausfuhrverbot lautete: „Wenn wir dies nicht getan hätten, wäre der Preis für Zwiebeln in Pakistan über die 100 Rupien-Marke geklettert.“ Einen Tag später kam der Vergeltungsschlag von der indischen Seite: Mehr als 50 Händler in Amritsar erklärten, sie würden ab sofort weder Tomaten noch Chilischoten über die Grenze schicken. Als Resultat des Gemüsekrieges blieben 150 Laster mit ihrer roten oder scharfen Fracht an der Grenze hängen.

Die Kaufleute auf beiden Seiten pflegen gute Beziehungen

Ähnlich wie die pakistanische Seite die Gefahr einer Zwiebelkrise anführte, war die offizielle indische Lesart, dass in Indien die Tomaten knapp würden, wenn der Export nach Pakistan nicht gestoppt würde. Händler gaben hingegen hinter vorgehaltener Hand zu, dass der Tomaten-Zwiebel-Krieg lächerlich und schlecht für beide Seiten sei. Der Gemüsehandel zwischen Indien und Pakistan nützte allen Beteiligten. Die Tomaten-Blockade folge einer „Auge um Auge, Zahn um Zahn“-Mentalität, klagten indische Händler in Amritsar. Und sie machten klar, dass sich der kalte Gemüse-Krieg nicht gegen die Kollegen auf der anderen Seite, sondern gegen das Vorgehen der pakistanischen Regierung richte. Denn die Kaufleute auf beiden Seiten der Grenze pflegen gute Beziehungen.

Die Händler in Lahore erlitten wegen des Zwiebel-Exportstopps hohe Verluste, erklärt der Präsident des indischen Einzelhandels-Exporteurverbandes, Anil Mehra. Die pakistanischen Händler beschuldigten ihre Regierung, sie zu



kommen liegt bei etwa einem Prozent. Vor der Unabhängigkeit der beiden Länder 1947 waren die beiden Regionen wirtschaftlich noch sehr eng verflochten, und der Warenaustausch zwischen dem heutigen Indien und Pakistan lag bei etwa 70 Prozent ihres Handels.

Heute ist der Handel zwischen den beiden Ländern stark reglementiert und streng gesehen ein reiner Tauschhandel. Die rund tausend Güter, die überhaupt gehandelt werden dürfen, sind extra gelistet. Vor allem Gemüse, Trockenfrüchte, Safran und Tamarinden überqueren die Grenze. Da es zwischen den beiden Ländern kei-

benachteiligen, fügt er hinzu. Denn Pakistan führe weiter Zwiebeln von der Hafenstadt Karatschi über den Seeweg nach Sri Lanka, Malaysia, Indonesien und in die Vereinigten Arabischen Emirate aus. Vor der Tomaten-Blockade kamen jeden Tag fast hundert Laster mit dem Gemüse an die Wagah-Grenze. Nun seien es nur noch um die 25, sagt ein indischer Zollbeamter.

könnte, wenn Indien bei seinem Exportverbot bleibt.

Verbote aller Art mögen zwar den offiziellen Warenaustausch zwischen Pakistan und Indien einschränken. Davon unberührt blüht der informelle Handel zwischen den Nachbarländern, der laut Experten weit bedeutsamer ist als der Wert der Waren, die täglich über die Wagah-Grenze kommen.

einmal zu Botschaftern des guten Willens. „Wir sagen den indischen Kollegen, was wir brauchen, und sie sagen uns, was sie möchten“, erzählt ein pakistanischer Beamter, der nicht genannt werden will, beim Tee. Sporttaschen gefüllt mit „Black Dog“, einem in Indien sehr beliebten Whisky, der angeblich aus Schottland stammt, sollen hier nach Feierabend die Grenze passieren. Laut Gesetz dürfen in Pakis-



Mitte 2010 gab es auf dem Markt im pakistanischen Islamabad noch reichlich Tomaten (links). Inzwischen sind sie Mangelware – genau wie in Indien die Zwiebeln: Markt in Hyderabad Anfang 2011 (rechts).

DITA ALANGKARA/AP/NOAH SEELAM/AFP/GETTY IMAGES

Der Gemüsestreit könnte sich weiter verschärfen: Das ginge besonders zu Lasten von Pakistan, denn für das islamische Land ist Indien eine der Hauptexportquellen für die Pflanzenkost. Tomaten, grüne Chilischoten, Sojabohnen, Paprika, Kartoffeln und Ingwer werden hauptsächlich von Indien nach Pakistan verkauft. Indien hingegen geht es vor allem um die Zwiebeln. Berichten zufolge sind die Preise für Tomaten auf den pakistanischen Basaren schon von zwischen 25 und 30 (25 Eurocent) auf 80 bis 100 Rupien (80 Eurocent) pro Kilo gestiegen. Und es gibt Befürchtungen, dass sich dieser Preis noch verdoppeln

Schätzungen über die Größenordnung des informellen Handels liegen zwischen 0,5 und 3 Milliarden US-Dollar. Genau weiß es keiner. Abgewickelt wird er zum Teil über Drittstaaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Waren gehen dann per Schiff von Karatschi nach Dubai und von dort aus nach Indien. Doch auch Schmugglern bietet die rund 3300 Kilometer lange Grenze zwischen Indien und Pakistan ein großes Betätigungsfeld.

Auch an der Wagah-Grenze werden unter der Hand Geschäfte gemacht. Entgegen der herrschenden Doktrin werden die Grenzer schon

tan nur Christen und Hindus Alkohol trinken. Doch weil auch manche Muslime Wein, Bier und hochprozentige Spirituosen schätzen, ist Alkoholschmuggel in Pakistan ein lukratives Geschäft.

Gewinnträchtig ist auch der illegale Transport von Raubkopien der neuesten Bollywood-Blockbuster: Indische Filme dürfen in Pakistan weder gezeigt noch verkauft werden, dennoch sind sie weit verbreitet und erfreuen sich großer Beliebtheit. In die umgekehrte Richtung – von Pakistan nach Indien – sollen vor allem Kleider, Medikamente und Kosmetika unterwegs sein. Doch genau sagen will es niemand, denn an der Wagah-Grenze kann alles ganz schnell eine hohe politische Sprengkraft entwickeln. Der Zwiebel-Tomaten-Krieg ist nur das vorerst letzte Scharmützel im kleinen Grenzverkehr. ■



Agnes Tandler

ist freie Journalistin in Neu-Delhi und schreibt unter anderem für den Evangelischen Pressedienst (epd).

Mit Freihandel in den Ruin

Protest gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) Anfang 2008 in Mexiko-Stadt. Damals fielen die Zölle auf Agrargüter.

EDUARDO VERDUGO/AP



Das Beispiel Mexiko zeigt, dass die Öffnung der Märkte noch keine Entwicklungsstrategie ist

Mexiko hat 1994 seinen Handel mit den USA und Kanada liberalisiert. Doch die Hoffnungen auf einen Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand für alle haben sich nicht erfüllt. Zwar haben der Export und die Auslandsinvestitionen zugelegt, aber Arbeitsplätze sind verloren gegangen und das Land ist abhängiger denn je von seinem krisengeschüttelten großen Nachbarn im Norden.

Von Timothy A. Wise und Kevin P. Gallagher

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit könnte kaum größer sein. Als Mexiko 1993 das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) unterzeichnete, hatte es einfache, aber ehrgeizige Ziele: den Handel beleben, die Abhängigkeit vom Erdölexport verringern, mehr Industriegüter ausführen, höhere Investitionen aus dem Ausland anlocken und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dauerhaft verbessern. Die politische Führung versprach, dass Mexiko künftig „Güter, nicht Menschen“ exportieren werde. Doch das Gegenteil ist eingetreten: Die Wirtschaft stagnierte, mehr Menschen als je zuvor suchen ihr Glück im Ausland.

Mit Hilfe von NAFTA erlebte Mexiko einen Exportboom und stark steigende Auslandsinvestitionen. Es

erhielt privilegierten Zugang zu den Märkten der USA, der größten Volkswirtschaft der Welt, und genoss diese Handelsvorteile während der längsten Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Kein Land wird jemals mehr so vorteilhafte Wachstumsbedingungen auf der Grundlage eines Handelsabkommens haben. Warum hat dann NAFTA Mexiko keine wirtschaftliche Entwicklung gebracht?

Die Frage gewinnt an Aktualität, weil Präsident Barack Obama kurz davor steht, drei von seinem Vorgänger ausgehandelte Freihandelsabkommen zu genehmigen – mit Südkorea, Kolumbien und Panama. Mit geringen Anpassungen beruhen sie auf dem NAFTA-Modell. Das gilt auch für erste Vorschläge der

USA für eine Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP), ein ambitioniertes Handelsabkommen, an dem so unterschiedliche Länder wie Chile, Vietnam und Neuseeland beteiligt sein werden. Mexiko aber steht als Warnung für jedes Entwicklungsland, das sich der Hoffnung hingibt, Handel und Auslandsinvestitionen führten automatisch zu Wachstum und breit angelegter Entwicklung.

Mexiko wurde mit subventioniertem Getreide und Fleisch aus den USA überschwemmt, sodass Millionen Bauern die Existenzgrundlage verloren.

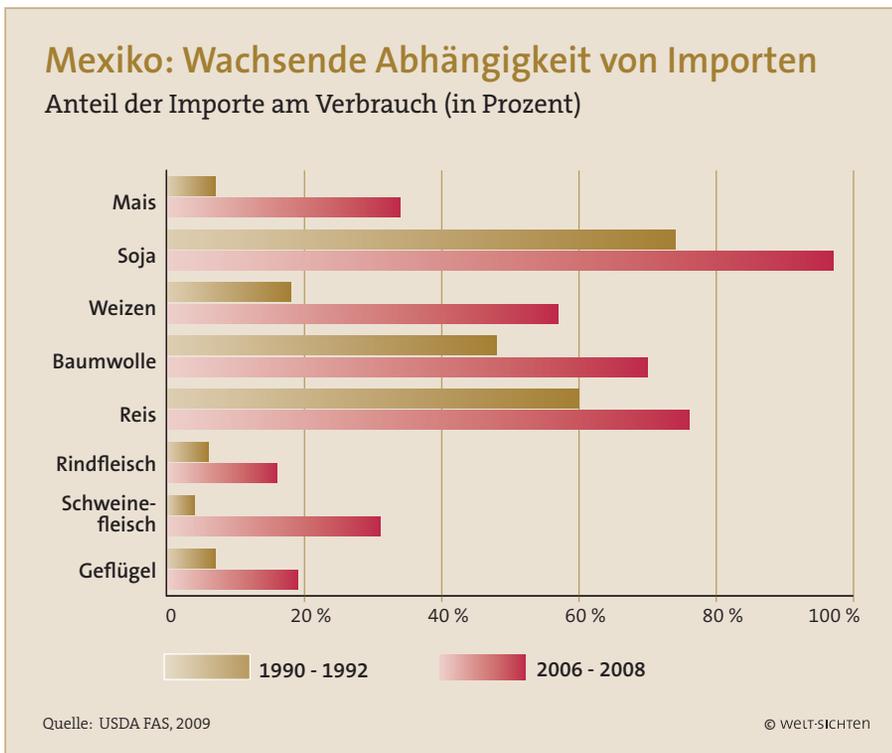
Unter dem Einfluss von NAFTA und in Verbindung mit anderen, in den 1980er Jahren eingeleiteten neo-liberalen Reformen hat Mexiko seine Ausfuhren vervierfacht und den Anteil der Industriegüter daran stark erhöht – von 43 auf 77 Prozent zwischen 1990 und 2007. Nach dem NAFTA-Abkommen übernahmen multinationale Konzerne mit Sitz in den USA mexikanische Fabriken und gründeten Niederlassungen in Mexiko. Die Umstrukturierungen in der produzierenden Industrie erhöhten auch die Produktivität um stolze 80 Prozent. NAFTA und die damit einhergehenden Reformen brachten außerdem ausländische Investoren ins Land. Vor allem dank der US-Konzerne verdreifachten sich die ausländischen Direktinvestitionen zwischen 1992 und 2006. Die Verschuldung des Landes nahm beträchtlich ab, weil die Regierung das Haushaltsdefizit auf das über-



schaubare Niveau von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) senkte. Die Inflation sank von 80 Prozent in den 1980er Jahren auf unter fünf Prozent in der jüngsten Vergangenheit.

Das Abkommen hat also Mexikos Hoffnungen im Hinblick auf Handel, Auslandsinvestitionen und volkswirtschaftliche Stabilität erfüllt. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass Handel und Auslandsinvestitionen nicht mit Wachstum gleichzusetzen sind und Wachstum nicht mit Entwicklung. Wer verhindern will, dass die Menschen auswandern, muss ihnen Arbeit geben. Das jährliche Pro-Kopf-Wachstum der mexikanischen Wirtschaft betrug aber zwischen 1992 und 2007 nur 1,6 Prozent – das ist zu wenig, um in großem Stil Arbeitsplätze zu schaffen. Auch gemessen an der eigenen Geschichte ist das niedrig: Zwischen 1960 und 1979 lag das reale Pro-Kopf-Wachstum bei durchschnittlich 3,5 Prozent. Und Länder mit einer weniger orthodoxen Handels- und Entwicklungspolitik – Indien, Brasilien, China – haben im Vergleichszeitraum viel höhere Wachstumsraten verzeichnen können als Mexiko. Die Finanzkrise sowie die globale Rezession haben die Lage noch verschlimmert.

Je mehr sich die mexikanische Wirtschaft am Export orientierte, desto geringer fiel das Wachstum aus. Denn die Einfuhren stiegen schneller als die Ausfuhren. Wenn mit Hilfe des Außenhandels Arbeitsplätze entstehen sollen, muss man mehr verkaufen, als man einkauft. In Mexiko verschlechterte sich aber die Handelsbilanz ohne Berücksichtigung des Erdöls stetig und wies schließlich im Jahr 2008 ein Defizit in Höhe von 6,4 Prozent des BIP auf. Zwar begrenzt in dieser Zeit hohe Ölpreise das Gesamthandelsdefizit auf etwa ein Prozent des BIP, aber das verschleierte nur die Schwächen.





Mexikaner auf dem Weg in die USA.
Unter NAFTA hat sich die Zahl der
Emigranten auf 600.000 pro Jahr
fast verdoppelt.

ALONSO CASTILLO/REUTERS

Selbst der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen brachte nicht den erhofften Aufschwung. Trotz des Zuflusses an ausländischem Kapital stiegen die Gesamtinvestitionen in Mexiko nicht; das ist jedoch die Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik. Im Ergebnis traten ausländische Investitionen an die Stelle der inländischen: Manche private Unternehmen zogen sich aus dem Geschäft zurück, andere wurden von ausländischen Firmen übernommen. Gleichzeitig sanken die öffentlichen Investitionen, weil der Staat bestrebt war, sich in dieser neuen, stärker vom Markt gesteuerten Volkswirtschaft zurückzunehmen. Die Gesamtinvestitionen dümpelten bei etwa 19 Prozent des BIP. Das ist für mexikanische Verhältnisse wenig und weit entfernt von dem Niveau, das für ein dynamisches Wachstum benötigt wird: Die Weltbank empfiehlt Investitionen in Höhe von mindestens 25 Prozent, und in dynamisch wachsenden Volkswirtschaften wie der chinesischen werden über einen längeren Zeitraum sogar 40 Prozent erreicht.

Als NAFTA 1994 in Kraft trat, brauchten die Mexikaner dringend Arbeitsplätze. Jedes Jahr strömte eine Million Menschen neu auf den Arbeitsmarkt und über 300.000 Mexikaner verließen das Land auf der Suche nach Arbeit in Richtung USA. Selbst im prosperierenden Fertigungssektor entstanden infolge von NAFTA aber nur wenige neue Arbeitsplätze, weil die Umstrukturierung fast ebenso viele Jobs kostete, wie neu geschaffen wurden. So entstanden zwischen 1994 und 2006 nur 500.000 bis 600.000 industrielle Arbeitsplätze. Mit Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation 2001 verloren Mexikos Handelspräferenzen erheblich an Wert, weil die USA sich nun auch für chinesische Importe weiter öffneten. Ein Großteil der mexikanischen Leichtindustrie läuft Gefahr, nach China verlagert zu werden.

Gleichzeitig vernichteten drastische Eingriffe in die mexikanische Landwirtschaft etwa 2,3 Millionen Existenzen im Agrarsektor – viermal mehr als die Jobs, die in der Industrie neu entstanden. Überraschend kam das nicht. Unter den NAFTA-Regeln wurde Mexiko mit günstigem – und subventioniertem – Getreide und Fleisch aus den Vereinigten Staaten überschwemmt. Mexikos drei Millionen Maisbauern – zumeist Kleinbauern, aber auch einige mit großen industrialisierten Betrieben – mussten mit ansehen, wie die Importe um mehr als 400 Prozent anstiegen, während die Erzeugerpreise um 66 Prozent fielen. Es wurde immer weniger möglich, in der Landwirtschaft sein Auskommen zu verdienen. Denn der starke Anstieg mexikanischer Obst- und Gemüseexporte schuf kaum feste Arbeitsplätze, nur die Saisonarbeit für Wanderarbeiter nahm zu.

Die meisten neuen Arbeitsplätze sind im Dienstleistungssektor entstanden. Sie machen heute 60 Prozent der gesamten Beschäftigung aus. Jedoch sind viele dieser neuen Jobs im informellen Bereich der Wirtschaft angesiedelt: Der Anteil der dort Beschäftigten wuchs zwischen 1992 und 2004 von 52 auf 57 Prozent

aller Erwerbstätigen. So ist kaum überraschend, dass es Mexiko nicht gelungen ist, seine Bevölkerung zu Haus zu halten. Die Zahl der Auswanderer in die USA ist von jährlich 350.000 vor dem NAFTA-Abkommen auf zuletzt 500.000 bis 600.000 pro Jahr gestiegen, bis die Wirtschaftskrise die Arbeitschancen in den Vereinigten Staaten verringert hat.

Bei so vielen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten hat sich das mexikanische Lohnniveau nicht an das in den USA „angenhöhert“, wie es laut Handelstheorie hätte geschehen müssen. Der Realwert des mexikanischen Mindestlohns ist seit Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens um ein Viertel gesunken. Sogar im produzierenden Gewerbe hat sich die Kluft zwischen US-amerikanischen und mexikanischen Löhnen vergrößert, so dass US-amerikanische Arbeiter heute 5,8-mal mehr verdienen als ihre mexikanischen Kollegen. Zugleich ist die Qualität der Beschäftigung zurückgegangen. Die Hälfte der zwischen 1993 und 2004 im formalen Sektor neu geschaffenen Arbeitsplätze bietet nicht einmal das grundlegende Leistungspaket (Sozialversicherung, Jahresbonus, zwei Wochen Urlaub), das gesetzlich in Mexiko vorgeschrieben ist.

Dank gezielter staatlicher Programme konnte Mexiko seine Armutsrate leicht senken – von 53 Prozent im Jahr 1992 auf 43 Prozent im Jahr 2006, wobei die extreme Armut von 21 auf 14 Prozent zurückging. Auch die soziale Ungleichheit hatte bis dahin leicht abgenommen. Doch leider traf dann die globale Rezession Mexiko stärker als die meisten anderen Länder und machte einige der Fortschritte wieder zu-

NAFTA: Freier Handel für Nordamerika

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement, NAFTA) schafft eine Freihandelszone aus Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko. Es ist Anfang 1994 in Kraft getreten und regelt in 22 Kapiteln den freien Verkehr für Güter, Kapital und Dienstleistungen auf dem nordamerikanischen Kontinent. Handelsbarrieren und Zölle wurden teils sofort, teils schrittweise abgeschafft. So verlief die Aufhebung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte gestaffelt: Erst zum Januar 2008 entfielen die auf Bohnen, Mais, Milchwasser und Zucker. Im Rahmen von NAFTA wurden außerdem Regeln zum Schutz geistiger Eigentumsrechte und zur öffentlichen Beschaffung getroffen. Ferner enthält das Abkommen Mechanismen zur Schlichtung von Konflikten zwischen Beteiligten aus den verschiedenen Ländern. Begleitend zu NAFTA wurden Abkommen über die Einhaltung von Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards geschlossen. (gka)

**Akkordarbeit zu Billiglöhnen:
Arbeiterinnen in einer Fabrik für
Medizinprodukte in Tijuana.**
BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES



nichte. So bleibt Mexiko eines der Länder in Lateinamerika mit der größten Ungleichheit.

Das NAFTA-Abkommen als Entwicklungsmodell hat Mexiko in mehrfacher Hinsicht verletzlich gemacht. Das Land bezieht sein Steueraufkommen weiter überwiegend aus dem Erdölsektor. Das Steuerwesen ist schwach, 30 bis 40 Prozent aller Steuern zahlt das im Staatsbesitz befindliche Erdölunternehmen. Durch zu geringe Investitionen hat es allerdings an Effizienz eingebüßt, und die nachgewiesenen Ölreserven neigen sich dem Ende zu. Mexiko hat sich somit nicht aus seiner Abhängigkeit vom Erdöl befreit. Zudem ist Erdöl nicht der einzige Rohstoff, der ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit ausgebeutet wird, um das Wachstum in Gang zu halten. Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten für Umweltschäden in Mexiko jedes Jahr auf 10 Prozent des BIP.



Timothy A. Wise

ist Direktor für Politikforschung am Institut für Globale Entwicklung und Umwelt an der Tufts University.



Kevin P. Gallagher

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts und Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen an der Boston University.

Doch Mexikos größter Schwachpunkt ist wahrscheinlich genau das, was mit der NAFTA eigentlich bezweckt war: eine engere wirtschaftliche Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Damit ist Mexiko anfälliger als seine südlichen Nachbarn für ein Überschwappen der US-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskrisen. Die Wirtschaft Mexikos schrumpfte 2009 um sechs Prozent, mehr als anderswo in Lateinamerika. Jetzt hat sogar die Weltbank dem Land empfohlen, seine Wirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen, um weniger von den USA abhängig zu sein.

Besonders deutlich ist das Problem beim Import von Nahrungsmitteln. Bei einer Vielzahl von Agrarprodukten ist Mexiko inzwischen auf US-Importe angewiesen. Es bezieht fast die Hälfte seines Getreides aus

den Vereinigten Staaten. Bei Mais, dem Grundnahrungsmittel der Mexikaner seit Generationen, mussten vor dem NAFTA-Abkommen 7 Prozent des Bedarfs importiert werden, in den vergangenen Jahren waren es 34 Prozent. Bei den hohen gegenwärtigen Rohstoffpreisen ist damit nicht nur die Sicherung der Lebensmittelversorgung gefährdet. Die Importe schlagen auch auf der Ausgabenseite kräftig zu Buche.

Diese Erfahrungen mit NAFTA können anderen Entwicklungsländern als eindeutige Warnung dienen. Mexikos Regierung setzte Handelspolitik fälschlicherweise mit Entwicklungspolitik gleich. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Handel kann bei der Entwicklung eine wichtige Rolle spielen, aber nur, wenn er Teil einer kohärenten nationalen Strategie ist. Vier wesentliche Fehler gilt es zu unterlassen: Erstens sollte man nicht Strategien zur Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit verbieten. China, Indien, Brasilien und andere haben gezeigt, dass Regierungen mit der Lenkung von einheimischer Industrie und ausländischen Investitionen Anreize für eine wirtschaftliche Dynamik setzen müssen. NAFTA aber schiebt einer solchen Politik einen Riegel vor. Der Anstieg der Exporte und die Auslandsinvestitionen ließen sich daher nicht so lenken, dass sie langfristig Nutzen gebracht hätten – zum Beispiel Arbeit für Lieferanten vor Ort, Qualifizierungsmaßnahmen für Anwohner oder Investitionen in dringend benötigte Infrastruktur.

Zweitens sollte die sensible Lebensmittelproduktion mit größter Vorsicht liberalisiert werden – wenn überhaupt. Drittens erfordert die Marktintegration unter einem Freihandelsabkommen Investitionen, um den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Handelspartner auszugleichen. Solche Finanzierungsmaßnahmen waren anfangs auch für die Integration der Europäischen Union ausschlaggebend und wirksam. Der ursprüngliche Vorschlag während der NAFTA-Verhandlungen, eine Nordamerikanische Entwicklungsbank zu gründen, erkannte die Notwendigkeit, etwas gegen die noch größeren Ungleichheiten im NAFTA-Gebiet zu unternehmen, doch am Ende wurden das Mandat und das Budget der Bank sehr stark begrenzt.

Viertens ist es ein Fehler, sein wirtschaftliches Schicksal zu eng mit einem einzigen anderen Land zu verweben. Vielfalt verleiht auch Widerstandskraft. Die Vereinigten Staaten sollten das NAFTA-Modell endgültig aufgeben. Und Entwicklungsländer sollten es sich zweimal überlegen, ob sie für mehr Handel und Auslandsinvestitionen ihre politischen Handlungsspielräume aufgeben wollen. ■

ZUM WEITERLESEN

Unter www.ase.tufts.edu/gdae/policy_research/MexicoUnderNafta.html sind die Studien verfügbar, die das Institut für Globale Entwicklung und Umwelt nach elf Jahren Forschung zur Lage in Mexiko unter NAFTA vorgelegt hat.



WOLFGANG AMMER

Türöffner für Europas Exporte

Die Handelspolitik der EU erschwert Entwicklung und Armutsbekämpfung im Süden

Weil die Gespräche in der Welthandelsorganisation stocken, setzt die Europäische Union auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern oder Regionen. Dabei strebt Brüssel auch Marktöffnungen an, die in der WTO nicht mehr durchsetzbar sind. Sie wären zum Schaden vieler armer Länder, wo sie etwa die Einkommen von Landwirten und Kleinhändlern gefährden und in Teilen Afrikas die regionale Wirtschaftsintegration untergraben würden.

Von Armin Paasch

Zum guten Ton eines jeden Gipfeltreffens gehört es, einen zügigen Abschluss der Doha-Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO) zu beschwören, um den Welthandel weiter zu öffnen. So auch zuletzt beim Weltwirtschaftsforum in Davos,

wo Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren britischen und indonesischen Amtskollegen als absolute letzte Frist für eine Einigung Ende 2011 ausgerufen hat. Solche Verlautbarungen haben wenig politisches Gewicht und können nicht darüber hinwegtäuschen,



Milchbauern im kolumbianischen Medellín protestieren im Mai 2010 gegen das Freihandelsabkommen mit der EU. Es verlangt, die Zölle auf europäische Milchprodukte abzuschaffen.

RAUL ARBOLEDA/AFP/GETTY IMAGES

dass über Handelspolitik inzwischen hauptsächlich auf bilateraler Ebene verhandelt wird. Die im November 2010 veröffentlichte neue Handelsstrategie der Europäischen Union (EU) mit dem Titel „Trade, Growth and World Affairs“ bestätigt das. Danach will die EU-Kommission in den nächsten Jahren einen Großteil ihrer Energie auf den Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen verwenden. Faktisch ist das schon seit Jahren der Fall – sei es gegenüber den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP), den Andenstaaten, Mittelamerika, Südostasien, Südkorea oder Indien.

Die Folgen sind entwicklungspolitisch ebenso vielfältig wie problematisch. Die Entwicklungsländer hatten sich in den vergangenen Jahren in der WTO mittels Zusammenschlüssen wie der G20 oder G77 recht erfolgreich gegen überzogene Forderungen der USA und der EU zur Wehr gesetzt. Auf der bilateralen Ebene aber kommt die übermächtige Verhandlungsposition der Giganten deutlicher zum Tragen: Themen wie öffentliche Beschaffung oder Investitionen, die auf Druck der Entwicklungsländer von der WTO-Tagesordnung verschwunden waren, finden heute wie selbstverständlich Eingang in Abkommen der EU mit Kolumbien, Peru oder Südkorea. Der Abbau der Agrarsubventionen im Norden, den Entwicklungsländer im Rahmen der WTO einfordern, steht bei den bilateralen Verhandlungen gar nicht erst zur Debatte.

Einen Widerspruch zwischen der bi- und der multilateralen Ebene sieht die EU jedoch nicht: „Die bilaterale Ebene ist nicht der Feind der multilateralen“, heißt es in ihrer Handelsstrategie. „Das Gegenteil ist der Fall: Liberalisierung befördert Liberalisierung.“ Zumindest teilweise hat sie damit Recht: Je mehr Verpflichtungen ein Land bilateral eingeht, desto eher wächst mittelfristig die Bereitschaft zu multilateralen Zugeständnissen. Hinzu kommt, dass die EU ihre



weit reichenden bilateralen Forderungen ausgerechnet auf WTO-Regeln stützt. So hat das Gleichbehandlungsprinzip der WTO – Vergünstigungen der EU für einzelne Entwicklungsländer müssen danach allen zugute kommen – ab Ende 2007 die Abschaffung einseitiger Zollpräferenzen der EU für die AKP-Staaten erforderlich gemacht. In den daraus resultierenden Verhandlungen über so genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) und auch bei anderen bilateralen Verhandlungen fordert die EU, „im Wesentlichen den gesamten Handel“ zu liberalisieren. Dabei beruft sie sich ebenfalls auf das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) von 1947, einen der Verträge, die der WTO zugrunde liegen.

Eine anerkannte Definition von „im Wesentlichen dem gesamten Handel“ gibt es bei der WTO nicht. So wird das derzeit recht willkürlich interpretiert. Die EU fordert etwa von den AKP-Staaten, dass sie nach dem Prinzip der „Gegenseitigkeit“ 80 Prozent aller Zölle auf Exporte der EU abschaffen. Bis Ende 2007 konnten die AKP aufgrund der Lomé-Verträge fast alle Pro-



Oben: Tomatenmark aus Europa hat in Ghana den Markt für einheimische Tomaten zerstört.

ULRICH DÖRING/OKAPIA

Rechts: Pharmalabor in Neu-Delhi. Eine strengeres Patentrecht würde die Produktion von Nachahmermedikamenten in Indien deutlich verteuern.

LAIF



dukte (außer Bananen, Zucker und Rindfleisch) zollfrei und ohne Mengenbeschränkungen in die EU exportieren, ohne im Gegenzug ihre Zölle auf EU-Importe senken zu müssen. In den Verhandlungen mit Indien verlangt die EU sogar die Abschaffung von 98 Prozent der Zölle. Zum Vergleich: Im Rahmen der WTO mussten Entwicklungsländer zwischen 1995 und 2004 ihre Zollobergrenzen nur um durchschnittlich 24 Prozent senken. Die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDC) waren davon ausgenommen.

Zur Förderung eines „intelligenten Wachstums“ in Europa sollen laut der neuen EU-Handelsstrategie nicht nur Zölle abgebaut, sondern auch andere, nicht tarifäre Handelsschranken beseitigt werden: Bei den Dienstleistungen will die EU „durch alle verfügbaren Mittel größere Offenheit für unsere Anbieter“ erreichen. Mehr Schutz für europäische Investoren und eine Öffnung der Märkte für sie will die Kommission verstärkt in Handelsabkommen schreiben. Ferner will sie die öffentliche Beschaffung im Ausland für europäische Unternehmen öffnen und hier „insbesondere diskriminierende Praktiken bekämpfen“. Das gilt vor allem für Entwicklungsländer, in denen öffentliche Aufträge 20 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen.

Zu den Prioritäten der Kommission gehört außerdem die Sicherung eines „nachhaltigen und unverzerrten Angebots von Rohstoffen und Energie“, wozu sie Handelsregeln „bis zum Maximum“ ausnutzen und weiterentwickeln will. Sie fordert allem, im Rahmen bilateraler Freihandelsabkommen Exportsteuern zu verbieten. Die Bundesregierung will die Senkung von Exportsteuern sogar zur Bedingung dafür machen, dass Entwicklungsländer im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) weiterhin in den Genuss günstigerer Zölle kommen können als Industrielän-

der. Ebenfalls zum Wohle der „Nachhaltigkeit“ und des Klimaschutzes fordert die EU, Handelsschranken bei Umweltgütern und -dienstleistungen wie zum Beispiel für Solaranlagen zu beseitigen. Für geistige Eigentumsrechte europäischer Konzerne schließlich will die Kommission in Freihandelsabkommen möglichst ein „identisches Schutzniveau“ aushandeln wie innerhalb der EU, wobei freilich der Entwicklungsstand der betroffenen Länder in Betracht gezogen werde.

„Mein Ziel ist sicherzustellen, dass die europäische Wirtschaft einen fairen Deal erhält und unsere Rechte geachtet werden, so dass wir alle von den Vorteilen des Handels profitieren können“, erklärte EU-Handelskommissar Karel de Gucht bei der Präsentation der neuen Strategie. Doch was bedeuten mehr „Fairness“ und „Rechte“ für europäische Unternehmen für die Entwicklung und sozialen Rechte der Menschen in den Ländern des Südens? Nichtstaatliche Organisationen (NGO) und UN-Gremien fürchten etwa, dass die radikale Marktöffnung vielerorts zu einer weiteren Verdrängung von Kleinbauern, zum Verlust von Arbeitsplätzen und damit zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung führen könnte.

Dies gilt zum Beispiel für Ghana, das seit Jahren mit direkt oder indirekt subventionierter Tomatenpaste und Geflügelteilen unter anderem aus der EU überflutet wird. 2003 hatte das ghanaische Parlament zum besseren Schutz der heimischen Landwirte eine Anhebung des Zolls für die Einfuhr von Geflügel von 20 auf 40 Prozent beschlossen. Das musste sie auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) umgehend wieder rückgängig machen, obwohl laut WTO eine Anhebung auf bis zu 99 Prozent erlaubt ist. Die Folge: Die Geflügelindustrie in Ghana ist inzwischen vollständig zusammengebrochen. Die Geflügelhalter, darunter zahlreiche Kleinbauern, haben ihren Absatzmarkt und einen Großteil ihrer Einkommen eingebüßt. Ihr Recht auf angemessene Ernährung wurde stark eingeschränkt. Die wiederholte Forderung des Geflügelverbands nach einer Anhebung des Zolls hat die ghanaische Regierung unlängst abgelehnt. Das verbiete die im so genannten EPA-Interimsabkommen mit der EU vereinbarte Stillstandsklausel, hieß es zur Begründung. Obwohl das Abkommen bislang nicht ratifiziert ist, wird es schon jetzt als Argument gegen die Forderungen der Bauern ins Feld geführt.

Ghana ist kein Einzelfall. In Kolumbien zum Beispiel trieb das im Mai 2010 unterzeichnete Freihandelsabkommen mit der EU die Milchbauern auf die Straße, weil innerhalb von 15 Jahren alle Zölle auf künstlich verbilligte europäische Milchexporte fallen müssen. Auch in Indien pocht die EU auf einen massiven Zollabbau. Gefährdet würden dadurch unter anderem Geflügel- und Milchbauern. Die indische Milchwirtschaft beschäftigt zurzeit rund 90 Millionen Menschen, die meisten von ihnen sind arme Kleinbauern. Europäische Großmolkereien stehen bereits in den Startlöchern, um den asiatischen Markt zu er-

schließen. Das kürzlich aus Humana und Nordmilch fusionierte Unternehmen Deutsches Milchkontor GmbH (DMK) will nach eigenen Angaben in Schweden, besonders in Asien sowie im Nahen und Mittleren Osten, binnen drei Jahren den Jahresumsatz auf 700 bis 900 Millionen Euro verdoppeln.

Brüssel will mehr Schutz für europäische Investoren und offene Märkte für Dienstleistungsfirmen wie Banken und Supermärkte.

Menschenrechtsverletzungen und Entwicklungshemmnisse drohen auch in anderen Bereichen. So könnte die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens für europäische Anbieter viele Länder dabei behindern, heimische Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft und das Bauwesen zu fördern, die bei der Armutsbekämpfung eine Schlüsselrolle spielen. In Indien bedroht der Plan, Marktbeschränkungen für europäische Supermärkte aufzuheben, Arbeitsplätze: Sollten ausländische Ketten 20 Prozent Marktanteil erlangen, müssten nach Berechnungen des srilankischen Center for Policy Alternatives acht Millionen Einzelhändler und Straßenverkäufer aufgeben. Kolumbianische Kleinbauern werden künftig auf-

grund eines strengeren Patentschutzes die Zustimmung kommerzieller Züchter benötigen, um patentiertes Saatgut zu erzeugen oder zu vermehren.

Die Verschärfung geistiger Eigentumsrechte birgt noch eine weitere Gefahr: Für die Zulassung von Nachahmer-Medikamenten (Generika), etwa gegen Aids, dürften in Kolumbien und Indien nach dem Willen der EU künftig die Testergebnisse der Originalmedikamente in den ersten fünf Jahren nicht mehr herangezogen werden. Das bedeutet, für Generika müssten, obwohl die Wirkstoffe bereits getestet sind, neue zeitraubende Tests gemacht werden. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit, Anand Grover, warnt: „Millionen Menschen sind für den Zugang zu erschwinglichen Generika von Indien abhängig. Einschränkungen der Produktion von Generika in Indien werden weltweit einen verheerenden Effekt auf die öffentliche Gesundheit haben und das Menschenrecht auf Gesundheit von Millionen Patienten beeinträchtigen.“

Außer mit den karibischen und mittelamerikanischen Staatengruppen CARIFORUM und CAFTA konnte sich die EU bislang mit keinem ganzen Handelsblock auf ein EPA einigen. Da „komplexe Dynamiken innerhalb der Gruppe“ häufig die Ambitionen schmälern, setzt sie inzwischen auf Verhandlungen

Warum ein Brüsseler Sportclub doch keine Hemden aus Afrika einführt

Den Weg zum Freihandel pflastert die Europäische Union mit Verträgen, die eine Vielzahl unterschiedlicher Regeln enthalten, unter welchen Bedingungen Waren in die EU eingeführt werden können. Derzeit gelten dafür im einfachsten Fall mindestens drei Zollsätze: die bei der Welthandelsorganisation (WTO) angemeldeten Standardzollsätze, die ermäßigten Zölle für Entwicklungsländer nach dem „Allgemeinen Präferenzsystem“ (APS) und die Ausnahmen für die ärmsten Länder, die (fast) „alles außer Waffen“ (Everything But Arms, EBA) zoll- und quotenfrei nach Europa einführen dürfen. Welcher davon angewendet wird, hängt davon ab, nach welchem regionalen oder bilateralen Handelsvertrag die Herkunft einer Ware eingeordnet wird. Derzeit hat die EU rund ein Dutzend solcher Verträge abgeschlossen, zum Beispiel mit Chile, Mexiko, Südafrika oder das „Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen“ (EPA) mit der Gemeinschaft der Karibik-Länder CARICOM.

Allein das offizielle Papier der EU mit den grundlegenden Regeln für Importe und Exporte zählt 856 Seiten. Das Verzeichnis der Zollpositionen, also der Warenkategorien, auf die Zölle anfallen, umfasst 891 Seiten. Kaum einer der derzeit geltenden Handelsverträge kommt mit weniger aus. In den Anhängen wird für jede einzelne Zollposition genau bestimmt, wie hoch der Mindestanteil an Rohstoffen oder Vorprodukten aus dem jeweiligen Land in einer importierten Ware sein muss, damit es für die Berechnung des Zolls als „Ursprungsland“ gilt. Wenn zum Beispiel Baumwolle oder Garn in Textilien aus dritten Ländern stammen, ist entscheidend, ob Vorprodukte aus diesen speziellen Drittländern nach dem jeweiligen Vertrag in den Mindestanteil des

Exportlands eingerechnet werden dürfen oder nicht. „Kumulation“ lautet dafür der Fachausdruck.

Den Unternehmern aus Ländern, die mit der EU über Handelsverträge verbunden sind, bleibt nichts anderes übrig, als sich diese durchzuarbeiten, wenn sie denn wissen wollen, wie hoch ihre Waren bei der Einfuhr verzollt werden. Und selbst das garantiert noch keine Klarheit, wie das Beispiel eines gescheiterten Importgeschäfts von Afrika nach Europa zeigt. Ein Sportclub in Brüssel spielte mit dem Gedanken, bei einer Firma in Johannesburg eine Partie Oberhemden für seine Mitglieder zu bestellen – angeregt von der Reise einiger Vereinsmitglieder zur Fußball-WM in Südafrika. Der Lieferant in Johannesburg hätte den Stoff mit dem Club-Logo in guter Qualität von einer Weberei in Lesotho beziehen können. Zu günstigen Preisen zugeschnitten, gesäumt und genäht hätte die Hemden eine Textilfabrik in Tunesien, zu der ein Vorstandsmitglied des Sportvereins geschäftliche Kontakte hat. Die Frachtkosten von Johannesburg nach Tunis für den Stoffballen hätten sich in Grenzen gehalten, erheblich teurer wäre das letzte Stück von dort nach Europa gewesen.

Es blieb die Frage, wie viel Zoll noch dazu gekommen wäre. Da fällt zunächst die so genannte Zolleskalation ins Auge: Grundsätzlich ist für den Rohstoff Baumwolle an der EU-Grenze kein Zoll fällig; für das Garn zum Gewebe schon 4 Prozent, für Gewebe 8 Prozent, für fertige Kleidungsstücke 12 Prozent. Lesotho allerdings hätte für das gewebte Tuch gar keinen EU-Zoll zahlen, da es unter die „Everything But Arms“-Regel

mit einzelnen Ländern, weil so „oft eine bessere Ernte“ zu erzielen ist. Unterzeichnet wurden solche Abkommen mit Südkorea, Kolumbien, Peru, Kamerun, der Elfenbeinküste sowie einigen Staaten in Süd- und Ostafrika, wobei die beiderseitige Ratifizierung noch aussteht. Viele weitere Abkommen wurden bereits paraphiert, aber weder unterzeichnet noch ratifiziert. Solche Abkommen mit einzelnen Staaten sind zusätzlich problematisch, weil sie die regionale Integration in dem betreffenden Wirtschaftsraum unterwandern. Wollen zum Beispiel Länder wie Burkina Faso oder Ghana künftig nicht über den Umweg der Elfenbeinküste von zollfreien europäischen Waren heimgesucht werden, dann müssen sie sich gegen die Elfenbeinküste abschotten. Der seit Jahren laufende Integrationsprozess der ECOWAS-Region ist blockiert.



Armin Paasch

ist Handelsreferent bei Misereor.

Dass alle bisher paraphierten oder unterzeichneten Abkommen auch ratifiziert und umgesetzt werden, ist angesichts der Probleme und Widerstände noch nicht ausgemacht. So wäre es, weil die EU nicht kompromissbereit war, bei den Verhandlungen über die EPA mit den afrikanischen Staaten beim EU-Afrika-Gipfel Ende 2010 beinahe zum Eklat gekommen. Die afrikanischen Handelsminister hatten ungewöhnlich harsch den „starken Druck“ kritisiert, mit dem die Kommission sie zur Unterzeichnung von Abkommen

dränge, die ihre Sorgen und Interessen nicht ausreichend berücksichtigten.

Unmut über den Verhandlungsstil und die Intransparenz gibt es auch im Europäischen Parlament, das seit dem Lissaboner Vertrag alle Abkommen ratifizieren muss. Der Vertrag schreibt vor, dass in der Außen- und Handelspolitik die Kohärenz mit den Millenniumentwicklungszielen und den Menschenrechten sichergestellt wird. Die Beispiele zeigen, dass dies bislang keineswegs gewährleistet ist. Das Europäische Parlament und der Bundestag sollten von der Kommission umfassende, transparente und partizipative Analysen zur Wirkung der Abkommen auf die Menschenrechte einfordern. Dafür hat Olivier de Schutter, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, unlängst einen Entwurf für Leitlinien vorgelegt. Ohne solche Prüfungen und eine anschließende Revision problematischer Bestimmungen wäre es unverantwortlich, die Abkommen zu ratifizieren. ■

LITERATUR

Alle Zitate im Text aus:

European Commission, Trade, Growth and World Affairs. Trade Policy as a Core Component of the EU's 2020 Strategy, Brüssel 2010 (<http://ec.europa.eu/trade/documents-and-publications>)



Kleiderfabrik in Tunesien. Auf Exporte aus Tunesien gibt es keine Zollermäßigung.

FETHI BELADI/AFP/GETTY IMAGES

Mittelmeer-Freihandelsabkommen mit Tunesien zollfrei in die EU eingeführt werden, wenn die Vorprodukte wie Garn und Stoff aus der EU kommen. Ist das nicht der Fall, dürfen sie höchstens ein Zehntel des Warenwertes ausmachen. In unserem Beispiel wären es aber deutlich mehr gewesen: Der Stoff und die Frachtkosten aus Südafrika allein hätten mit fast 40 Prozent zu Buche geschlagen. Für die Frachtkosten nach Europa wären weitere 33 Prozent des Warenwertes hinzugekommen, und der Zoll wäre auf die Summe erhoben worden.

Die Folge: Weil die Hemden aus Tunesien exportiert werden sollten, die Zollermäßigung aus dem Mittelmeer-Abkommen aber nicht greift, wäre der generelle Zollsatz für fertige Kleidung in Höhe von 12 Prozent angefallen. Für Tunesien gilt allerdings die Ermäßigung um 3,5 Prozent aus dem „Allgemeinen System der Präferenzen“ der EU für Entwicklungsländer. Wären also nur 8,5 Prozent fällig gewesen? Das Brüsseler Hauptzollamt konnte das nicht beantworten. Und eine „Verbindliche Zolltarifauskunft“ erhalten Unternehmen nur, wenn sie nachweisen können, dass ein Geschäft wirklich stattfinden soll.

Fazit: Der Sportverein begrub sein Vorhaben schnell wieder, weil die Kosten unkalkulierbar waren. Und nach Afrika lautet die Botschaft: Je mehr Länder an der Produktion einer Ware beteiligt sind, desto schwieriger wird es, sie nach Europa auszuführen. Entwicklungspolitisch sinnvoll ist das nicht.

Heimo Claasen

fällt. Zudem gilt für Lesotho noch die alte Regelung für die AKP-Länder, denn das EPA für das südliche Afrika, das Lesotho als eines der AKP-Länder im vorigen Jahr unterzeichnet hat, ist noch nicht in Kraft. Doch selbst wenn, wäre das irrelevant. Denn die Firma, die die Hemden verkaufen wollte, sitzt in Südafrika, das einen eigenen Handelsvertrag mit der EU hat. Und danach darf Baumwollgewebe aus Südafrika nur dann zollfrei in die EU eingeführt werden, wenn auch das Garn vom Kap kommt. Mit anderen Worten: Lesothos Zollvorteil geht verloren, sobald eine Ware von einer Firma im Nachbarland Südafrika ausgeführt wird.

Es wird aber noch komplizierter. Denn das Tuch sollte ja erst nach Tunesien gekarrt und dort zu Hemden verarbeitet werden. Herrenhemden aus Baumwolle – EU-Zollposition 61051000 – können gemäß dem



Bescheidene Revolutionäre

Die Internet-Aktivisten
in Ägypten wollen keine
Helden sein

Junge Aktivisten, die sich mit Hilfe des Internet organisieren, haben in Ägypten die Massenproteste gegen Staatspräsident Hosni Mubarak in Gang gebracht. Seit 2005 unterstützen sie bereits Protestbewegungen und prangern Übergriffe der Polizei an. Ob sie künftig zu einer eigenen politischen Kraft werden, ist jedoch offen.

Von Bijan Kafi

Noha Atef ist eine mutige Frau, der man ihre Standhaftigkeit nicht ansieht. Ihr Kopftuch ist sorgfältig gefaltet und unterstreicht ihre zurückhaltende und bedachtsame Art. Sie spricht leise, doch mit fester Stimme. Noha Atef ist eine der bekanntesten Internet-Aktivistinnen Ägyptens. Seit 2006 publiziert sie die führende private Website gegen von der Staatsgewalt verübte Folter. Ihre Fotos prügelnder Polizisten haben geholfen, Täter zu identifizieren und Unschuldige aus dem Gefängnis zu befreien.

Die 26-Jährige ist Teil einer wachsenden Gruppe junger Aktivisten, die moderne digitale Werkzeuge nutzen. 160.000 Blogger wollte die ägyptische Regierung schon 2008 gezählt haben. 5 Millionen Ägypter nutzten im Januar 2011 Facebook, rund 30.000 sind täglich auf Twitter aktiv. Manche haben es zu großer

Wertschätzung gebracht. Sie werden von vielen bewundert und haben internationale Preise erhalten. Denn ihre Blogs und Videos geben denen Stimme und Gesicht, die keine Lobby haben. Glaubt man vielen Kommentatoren der ägyptischen Revolution, sind Noha und ihre Freunde jetzt auch Revolutionäre.

Bis dahin war es ein weiter Weg. „Das erste Mal haben die Blogger 2005 die Kifaya-Bewegung unterstützt“, erinnert sich Gamal Eid, der Direktor des Arabischen Netzwerks für Menschenrechtsinformation. Kifaya bedeutet „Genug“. Junge Aktivisten machten damals den Unmut ägyptischer Arbeiter über Brotpreissteigerungen und kärgliche Mindestlöhne sichtbar. Seitdem haben die Blogger die neuen sozialen Netze entdeckt, besonders Facebook und Twitter. Vor allem Facebook hat viel verändert, denn es erleichtert

Junge Internet-Aktivistinnen – hier am 1. Februar auf dem Tahrir-Platz in Kairo – haben Ägyptens Revolution mit angestoßen.

KHALED DESOUKI/AFP/GETTY IMAGES

Gleichgesinnten, sich in relativer Anonymität zu organisieren. Als im Frühjahr 2008 die Arbeiter in der Industriestadt Mahalla streikten, gründete die Studentin Esraa Abd-El Fattah eine Facebook-Gruppe, die zur Unterstützung aufrief. Tausende legten in wenigen Stunden die Grundlage für die „Jugendbewegung des 6. April“. Diese Bewegung, die heute rund 100.000 Mitglieder zählen soll, gehörte auch im Januar 2011 zu den Initiatoren der Aufstände.

Viele sind überzeugt, dass Esraa und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter den Spielraum für die freie Meinungsäußerung ausgeweitet haben, wie Heba Morayef, eine für Human Rights Watch tätige Wissenschaftlerin in Kairo, bestätigt. Traditionelle Medien, Online-Aktivistinnen sowie Interessengruppen wie die der Arbeiter hätten diesen Wandel jedoch nur gemeinsam verwirklichen können, betont sie. Die vernetzte Jugend zeichnet dennoch ein Nimbus aus. Die jungen Leute haben großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und eine Vorbildfunktion nicht

seien die Ägypter auf Kairos „Platz der Befreiung“. Auch Wael Abbas, der mit vielen Preisen geehrte ägyptische Menschenrechtsblogger, will von einer Facebook-Revolution nichts wissen: „Facebook hat zu Beginn eine Rolle gespielt, doch dann war es eine Revolution des Volkes. Ohne das Volk hätte es die Revolution niemals gegeben.“

Die derzeitige Internet-Begeisterung können sie dennoch verstehen. Die neuen Medien erlauben es, eine große Zahl von Aktionsbereiten schnell, flexibel und effektiv zu mobilisieren. Doch wenn die Aktivistinnen nicht in den vergangenen Jahren ihre Zukunft auch auf der Straße aufs Spiel gesetzt hätten, wäre der 25. Januar 2011 nicht denkbar gewesen. Ihr Engagement im Rahmen von Streiks und Demonstrationen verlieh den Benachteiligten aller Schichten eine energische Stimme – auch in diesem Januar, als die Regierung das Internet in Ägypten tagelang abschaltete. Denn sie sind „online“ und „offline“ durch familiäre und soziale Beziehungen eng verbunden. Die junge Netzgemeinschaft war durch ihre Bürgernähe stets ein sensibler Seismograph für die Benachteiligungen derer, die sich nicht zu äußern wagten. Ihre Beziehung ist von gegenseitiger Solidarität und Achtung geprägt. Sie lehnen es ab, Einzelne zu verehren.

Lange vermochten sich zerstrittene ideologische Bewegungen auch über Religionsgrenzen hinweg hinter den Jugendbewegungen zu vereinen. Die gemeinsam erfahrene Unterdrückung ließ Einzelinteressen zurücktreten. Niemand weiß, ob das so bleibt, wenn es nicht mehr nur darum geht, gemeinsam „Genug!“ zu rufen. Denn die jungen Aktivistinnen haben lange geübt, sich nicht anzupassen. Für den künftigen Dialog werden sie ihre Bescheidenheit ablegen und zu politischen Gesprächspartnern werden müssen. Viele sind unsicher, ob die Jugendbewegungen dies überhaupt anstreben. Der Staat müsste sie auch in den politischen Diskurs einbinden. Danach sieht es nach den ersten Scheinverhandlungen mit dem neuen Vizepräsidenten Omar Suleiman Anfang Februar, an denen auch Vertreter von „6. April“ teilgenommen haben, noch nicht aus.

Die Angst vieler vor einem islamistischen Ägypten teilen die Internet-Aktivistinnen jedoch nicht. Keine einzelne Organisation konnte die Revolution bisher für sich beanspruchen, kein Personenkult sich entfalten, keine islamistischen Parolen wurden gesungen. Das ist laut Noha Atef der Wachsamkeit der Demonstranten selbst geschuldet. Sie und viele ihrer Mitstreiter verstehen sich als pro-westlich und demokratisch, ihre Vision von einer islamischen Gesellschaft als liberal und partizipativ – so wie das Netz, das sie stark gemacht hat. Religion hat ihren Platz in der Gesellschaft. Doch das Bild, das sie von ihr zeichnen, ist unaufdringlich: „Religion ist wie eine Verkehrsampel“, erklärt Noha Atef. „Sie soll dich veranlassen, kurz anzuhalten. Sie gibt dir etwas Zeit und verlangt, dass du dir klar machst, wohin du willst. Aber sie schreibt dir niemals den Weg vor, den du gehen sollst.“ ■

Das Renommee der „Facebooker“ beruht nicht nur auf ihren Berichten. Bei Demonstrationen stehen sie in der ersten Reihe.

nur für Jugendliche – rund 60 Prozent der 83 Millionen Ägypter sind unter 30. Seit der gesamte Medienmarkt 2003 liberalisiert wurde, streben viele Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender nach Unabhängigkeit und Bürgernähe. Sie publizieren deshalb Videos, Berichte und Bilder von Demonstrationen und Streiks, die ihnen nur die Aktivistinnen liefern können.

Doch das Renommee der „Facebooker“ bildete sich nicht nur durch ihre Berichterstattung, sondern auch, weil sie bei Demonstrationen in der ersten Reihe stehen und sich von Rückschlägen nicht entmutigen ließen. Der lange inhaftierte Blogger Karim Amer, der Menschenrechtsaktivist Wael Abbas und der zu Tode gefolterte Khaled Said stehen für jugendlichen Widerstand und staatliche Repression. Der 25. Januar 2011 – der Tag der ersten Großdemonstrationen – ist nach dem 6. April 2008 das neue Identität stiftende Datum. Am Beginn der Revolution standen die Jugendlichen der Gruppen wie „6. April“ oder „Wir sind alle Khaled Said“ sowie Unabhängige – etwa Asmaa Mahfouz, die über YouTube zur Mobilisierung aufrief.

Noha Atef betont, dass dabei niemand einen Plan verfolgte. Das hat Wael Ghonim, der Gründer der „Khaled Said“-Gruppe, nach zwölf Tagen Inhaftierung noch während der Demonstrationen in einem Fernsehinterview bestätigt. Er widerspricht auch denen, die ihn als Helden verehren: „Glaubt denen nicht, die euch sagen, dies sei eine Facebook-Revolution!“ Er wolle nicht das Gesicht der Revolution sein, denn er habe nur seine Tastatur benutzt. Die wahren Helden



Bijan Kafi

ist freier Journalist in Berlin. Er hat mehrere Jahre für gemeinnützige Organisationen und soziale Unternehmen in Ägypten gearbeitet.

Kein zweiter Iran zu befürchten

Um die Lage in Ägypten zu verstehen, hilft ein Blick auf Indonesien

Viele US-amerikanische Experten fürchten, dass die Muslimbrüder nach dem Ende des Regimes von Hosni Mubarak in Ägypten die Macht übernehmen könnten. Sie warnen vor einem islamistischen Regime wie im Iran nach dem Sturz des Schah 1979. Doch dieser Vergleich führt in die Irre. Mehr Parallelen bietet der demokratische Übergang in Indonesien in den 1990er Jahren.

Von Thomas Carothers



Muslimbrüder haben sich an den Protesten gegen Mubarak beteiligt – so dieser am 7. Februar in Kairo. Doch sie beanspruchen bisher nicht, die Opposition anzuführen.

PATRICK BAZ/AFP/GETTY IMAGES

Angesichts des Massenaufstands in Kairo, der Hosni Mubaraks Herrschaft ins Wanken gebracht hat, ziehen manche US-amerikanische Beobachter geradezu reflexhaft Parallelen zum Sturz des Schahs von Persien im Jahre 1979. So warnte Leslie Gelb, ein Publizist und Alterspräsident des einflussreichen außenpolitischen Think Tanks „Council on Foreign Relations“, vor einem zweiten Iran: Wenn die Muslimbruderschaft die Macht in Ägypten übernehme, was für Gelb in greifbare Nähe gerückt ist, „wird es für die Bevölkerung fast unmöglich sein, dies wieder rückgängig zu machen“.

Wenn in fernen Ländern unerwartete und bedeutende politische Veränderungen vorgehen, zieht man Parallelen, um die Orientierung nicht zu verlieren. Auch wenn man weiß, dass Vergleiche immer hinken, lässt man sich nur zu oft von ihnen verführen. Gerade deshalb ist dabei Sorgfalt geboten. Der Verweis auf den Iran schreckt auf, führt jedoch auf gefährliche Weise in die Irre. Ein anderer Vergleich lie-

fert für Versuche, die Lage in Ägypten zu analysieren, mehr gute Anhaltspunkte: das Indonesien der ausgehenden 1990er Jahre und der Sturz Suhartos.

Zwischen der islamischen Bewegung des Ayatollah Khomeini, die im Iran 1979 die Macht an sich riss, und der Muslimbruderschaft im heutigen Ägypten bestehen sehr große Unterschiede. Die Muslimbruderschaft hat der Gewalt schon vor Jahrzehnten in Wort und Tat abgeschoren und tritt seither immer gemäßigter auf. Ihr fehlt ein charismatischer Anführer wie Khomeini, und sie hat bei der inoffiziellen Teilnahme an Parlamentswahlen am Wahlergebnis bereits erfahren, dass ihre Popularität Grenzen hat. Die Ägypter protestieren gegenwärtig nicht aus religiösen Gründen; islamistische Parolen oder Ziele spielen keine Rolle. Auch wenn die Muslimbruderschaft im politischen System nach Mubarak zweifellos eine bedeutende Rolle spielen wird, ist Ägypten von einer radikalen islamischen Revolution weit entfernt.

In Indonesien wurde Ende der 1990er Jahre ein Diktator gestürzt, der mehr als zwanzig Jahre regierte, sich als alleiniger Garant der Stabilität aufgespielt und stets fest an der Seite Washingtons gestanden hatte. Zu Fall kam er nach kurzen, aber heftigen Protesten, angeführt von Studierenden und einem Häuflein nichtstaatlicher Organisationen, die in den wenigen Nischen des politischen Systems überlebt hatten. Die Regierung von Bill Clinton hielt dem alternden Tyrannen bis kurz vor dem bitteren Ende die Treue. Sie mahnte vorsichtig einige Reformen an, weigerte sich zu glauben, dass Suharto so schnell stürzen könnte, und war tief besorgt über die möglichen Folgen: dass Indonesien im Chaos versinken, das Land auseinanderfallen oder die Macht von Islamisten übernommen werden könnte.

Während der Demokratisierung in Indonesien begnügten die USA und Europa sich mit der Rolle des zurückhaltenden und hilfsbereiten Partners.

Doch Indonesien hat auf der Überfahrt zur Demokratie unsicher und schwankend, aber bemerkenswert erfolgreich navigiert – obwohl der Übergang plötzlich und unvorbereitet begann, die Sicherheitskräfte sich mit Blut an den Händen verschanzt hatten, das Land kaum tiefer gehende Erfahrung mit Demokratie hatte und die wenigsten Nachbarstaaten demokratisch waren. Heute ist das Land die größte Demokratie der islamischen Welt, verzeichnet ein starkes Wirtschaftswachstum und ist zu einer Stütze der Demokratie in Südostasien geworden. Im Parlament und im Kabinett sind vier islamische Parteien vertreten, doch ihr Stimmenanteil ist in den vergangenen zehn Jahren gesunken. Bei der letzten Parlamentswahl erreichten sie weniger als 30 Prozent. Gemäßigte islamische Werte haben in der Gesellschaft an Boden gewonnen, während der radikale Islam nach einigen Gewaltausbrüchen zu einer Randerscheinung geworden ist.



Thomas Carothers

ist Vizepräsident für Forschung bei der US-amerikanischen Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden und leitet dort die Programme zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Carnegie Europa. Der Originaltext wurde erstmals am 2. Februar 2011 in „The New Republic“ veröffentlicht.

Nun ist Ägypten nicht Indonesien: In ihrer Geschichte, Gesellschaftsstruktur, Wirtschaftslage und den nationalen Eigenheiten unterscheiden sich beide Staaten erheblich voneinander. Dennoch erinnern einige soziale und politische Erfahrungen und Strukturen in Ägypten an das Indonesien von vor zehn Jahren – von der Protestbewegung, in der sich junge Idealisten, bürgerschaftliche Gruppen und politische Oppositionspartien mischen, bis zu den langjährigen Bemühungen, säkulare und islamische Werte in ein Gleichgewicht zu bringen. Die Ähnlichkeiten genügen, um aus dem indonesischen Demokratisierungsprozess Hoffnung für Ägypten zu ziehen. Es lohnt sich daher, einige entscheidende Faktoren des erfolgreichen Übergangs in Indonesien genauer zu beleuchten. Erstens gelang, obwohl die große Masse die Diktatur scharf ablehnte, ein alle Kräfte einschließender politischer Neuanfang. Der Übergangspräsi-

dent erlaubte schnell Meinungsfreiheit und öffnete den politischen Raum. Die Apparatschiks aus dem Unkreis des Diktators fanden eine neue politische Rolle dank der Umgestaltung der früheren Regierungspartei, die nun ihre technisch-administrative Kompetenz in den Vordergrund stellte. Die Streitkräfte hatten sich geweigert, gewaltsam gegen die Protestierenden vorzugehen, und damit entscheidend zum Niedergang Suhartos beigetragen; ihre politische Rolle wurde nun stark beschnitten, aber nur in kleinen Schritten und mit ständigen Verhandlungen und Kompromissen. Und trotz des anfänglichen Durcheinanders bei den Wahlen und der Regierungsbildung durften sich Parteien jeder Richtung entfalten.

Zweitens verlief, sobald Suharto gestürzt war, der Übergang Schritt für Schritt nach den Buchstaben des Gesetzes. Das Land durchlief endlos scheinende Reformprozesse der Verfassung, des Wahlrechts und vieler anderer Gesetze; stets wurde dabei nach Kompromissen gesucht. Die unklaren und emotionalen Ideale der Reformasi-Ära wurden schrittweise in greifbare Institutionen, Regeln und Verfahren übersetzt. Dass diese detaillierten Reformziele ernsthaft verfolgt wurden, ließ für die Bevölkerung den dubiosen Nachfolger des Diktators, die Gewaltausbrüche, den beklagenswerten Zustand ihrer Volkswirtschaft, die Abspaltung Ost-Timors und manch andere Wirren der Übergangszeit erträglicher erscheinen.

Drittens warfen die USA und Europa ihre lang gehegten Bedenken gegen einen politischen Übergang über Bord. Sie boten wertvolle Hilfe an für die Wahlen, den Aufbau politischer Parteien, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Reform des Rechtssystems. Wohl aufgrund der Größe des Landes und seiner relativ isolierten geographischen Lage verzichtete das Ausland aber darauf, den Prozess selbst anzuleiten, sondern begnügte sich mit der Rolle zurückhaltender, stiller, aber verlässlicher und hilfsbereiter Partner. Die guten Erfahrungen der indonesischen Bevölkerung mit dieser Unterstützung von außen haben mit dazu beigetragen, dass die Indonesier heute entschlossen sind, in ihrer eigenen Region aktiv die Demokratie zu fördern.

Solche Parallelen allein werden Ägypten nicht über schwere Zeiten hinweghelfen. Sein Weg wird eine komplexe Mischung unterschiedlichster Erfahrungen sein. Wer aber nach Wegen sucht zu verstehen, was US-amerikanische Kreise für undenkbar gehalten hatten, der sollte es dringend vermeiden, aus schlecht gewählten Vergleichen plumpe Schreckensszenarien abzuleiten. Genau die haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass die US-amerikanische Politik sich viel zu lange der Wirklichkeit in Ägypten und der ganzen arabischen Welt verschlossen hat. Es wäre klüger, auf Indonesien zu schauen als Beispiel dafür, wie der Übergang zur Demokratie in einem islamischen Staat gelingen kann. ■

Aus dem Englischen von **Marten Henschel**.



Geschäfte in der Grauzone

Beim Aufbau des Landes kämpft Mosambiks Regierungschef an zwei Fronten

Die politische Elite in Mosambik hat sich lange an den Einkünften aus staatlichen Ämtern bereichert. Unter dem neuen Staatpräsidenten Armando Guebuza versucht ein Teil der Führungsgruppe, die einheimische Industrie nach dem Vorbild erfolgreicher Schwellenländer zu stärken. Doch sie muss nicht nur die Regierungspartei überzeugen, sondern auch schädliche Auflagen der Weltbank und der Geber diskret umgehen.

Von Joseph Hanlon

Für arme Länder wird es immer schwieriger, sich zu entwickeln, denn die Industrienationen verstellen ihnen die früher üblichen Wege zum Wirtschaftswachstum. Die USA konnten zur Zeit der Industrialisierung Patente einfach ignorieren – das ist heute aufgrund strengerer Urheberrechte nicht mehr möglich. Der Freihandel und Ausschreibungsregelungen für öffentliche Aufträge lassen eine bevorzugte Behandlung inländischer Firmen, wie in Europa anfangs üblich, nicht mehr zu. Vereinbarungen zwischen dem Staat und Firmen oder Firmengruppen wie in Südkorea gelten heute als Korruption.

In Mosambik versucht die Führung, für das Land einen Weg aus der Armut zu finden. Doch wenn sie einer vernünftigen Strategie der Wirtschaftsentwicklung für Nachzügler folgen will, muss sie angesichts von großem Druck der Geber von Entwicklungshilfe

die Regeln unterlaufen. Nach 1990 war Mosambik nicht in der Lage, der Gebergemeinschaft die Stirn zu bieten – es hatte mehr als zehn Jahre Bürgerkrieg hinter sich, der eine Million Menschen das Leben gekostet und Schäden von 20 Milliarden US-Dollar verursacht hatte. Das Land entschied sich für die entgegengesetzte Strategie: Es erwarb sich durch bedingungslose Unterwerfung das Wohlwollen der Geber. Von 1999 an überstieg die Hilfe jährlich eine Milliarde US-Dollar. Mosambik hielt sich genau an die neoliberalen Regeln, die ihm die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) aufnötigten: Tausende Unternehmen wurden privatisiert, darunter das gesamte Bankwesen; die öffentliche Agrarforschung und -vermarktung wurden eingestellt, die Gehälter im öffentlichen Dienst bis unter die Armutsgrenze gedrückt und die Etats für Gesundheit und Bildung gekürzt. Sie wurden wieder erhöht, als

die Geber dies nach Verabschiedung der Millennium-Entwicklungsziele verlangten.

Unterstützung für die Privatwirtschaft, die noch in den Kinderschuhen steckte, war nicht vorgesehen. So mussten viele privatisierte Firmen schließen. Investitionen aus dem Ausland wurden mit Steuervergüns-

ger mosambikanischer Geschäftsleute versuchen die Grauzonen des von den Gebern Geduldeten zu nutzen, um Spielraum für das Wachstum der eigenen Wirtschaft zu schaffen. Guebuza bewegt sich dabei auch am Rande dessen, was seine eigene Partei FRELIMO zu akzeptieren bereit ist. Korruption und „rent seeking“ – Einkommen aus staatlichen Ämtern zu



Links: Arbeiter von Afrisal bei der Salzgewinnung. Die kurz nach der Unabhängigkeit gegründete Firma ist das größte private Salz-Unternehmen in Mosambik.

CARLOS LITULO/REDUX/LAIF

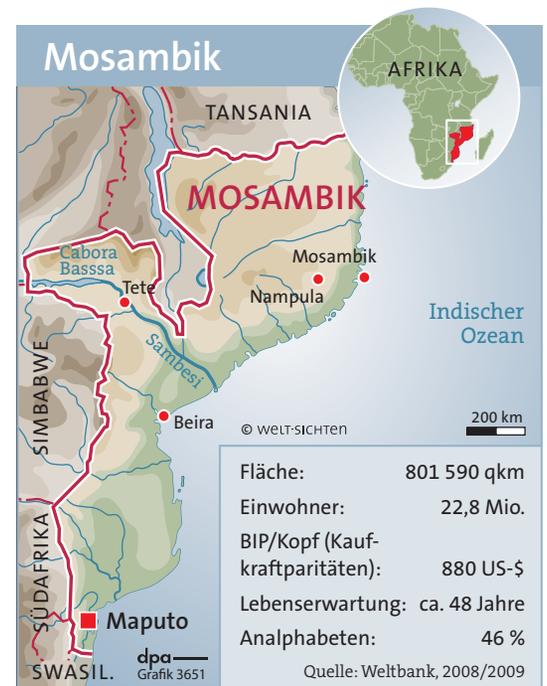
Rechts: Der Brauerei-Konzern SAB Miller hat in Maputo eine Tochterfirma eröffnet. Ein Mitarbeiter erklärt beim Reinigen, wie Bier hergestellt wird.

GRANT LEE NEUENBURG/REUTERS

tigungen gefördert, flossen aber überwiegend in den Energie- und Rohstoffsektor, wo nur wenige Arbeitsplätze entstanden. Da Mosambik als Musterland galt, sahen die Geber über den Anstieg der Korruption wohlwollend hinweg. Trotz der Hilfsgelder wuchs zwischen 1997 und 2003 die Armut, fast zwei Drittel der Bevölkerung lebten unterhalb der Armutsgrenze.

2004 gewann Armando Guebuza die Präsidentschaftswahlen. Der frühere Befreiungskämpfer und Minister hatte die Bedeutung der kapitalistischen Wende in den 1990er Jahren schnell begriffen und war zu einem der reichsten Geschäftsmänner Mosambiks geworden. Der Aufbau der Wirtschaft gehörte von Anfang an zu seinen Prioritäten, und er forderte in seinem Wahlprogramm die Gründung einer mosambikanischen Entwicklungsbank, die einheimische Geschäftsleute unterstützen sollte. Doch schon vor den Wahlen machten ihm die Geber klar, dass Mosambik keine Entwicklungsbank bekommen dürfe: Eine von der Regierung gesteuerte Entwicklungsfinanzierung würde zu Wettbewerbsverzerrungen führen, Banken müssten privat sein.

Wenn Mosambik das einheimische Kapital nicht offen und transparent fördern durfte, wie sollte die neue Regierung dann das Wirtschaftswachstum ankurbeln? Es scheint, Guebuza und eine Gruppe jun-



ziehen – waren in den 1990er Jahren weit verbreitet. Man nennt das in Mosambik auch „cabritismo“ (cabras heißt Ziegen) nach dem Sprichwort, dass angebundene Ziegen alles in ihrer Reichweite kahl fressen.

Das Problem verschärfte sich derart, dass die meisten neuen Firmen unrentabel wurden, weil sie so viele Beamte schmieren mussten. Die alte Garde um den ehemaligen Präsidenten Joaquim Chissano, die in der Partei immer noch über viel Einfluss verfügte, wollte auf diese Pfründe nicht verzichten. Zum Beispiel war die Firma SPI, die der FRELIMO gehört, an dem Unternehmen beteiligt, das im Staatsauftrag im Hafen von Maputo einen neuen Überwachungsgerät, einen Scanner, installiert hat. Er kontrolliert alle Container, wofür jeweils eine Gebühr zwischen 20 und 100 US-Dollar bezahlt werden muss. 2010 wurde eine Lizenz für Mobiltelefone an ein vietnamesisches Unternehmen vergeben, an dem SPI beteiligt ist. Drei Jahre zuvor hatte Guebuza auf mysteriöse Weise Geld geliehen bekommen, um Anteile an Vodacom zu kaufen – diese Firma hält ebenfalls eine Mobilfunk-Lizenz, viele Mitglieder der Nomenklatura halten daran Anteile. Für große ausländische Investoren ist es normal, dass Aktien an die einheimische Elite vergeben werden müssen, wenn man in Mosambik und anderen afrikanischen Ländern investieren will.



Präsident Armando Guebuza wirbt beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2010 für Investitionen in Mosambik.

TONY KARUMBA/AFP/GETTY IMAGES

Aber „rent seeking“ und „cabritismo“ sind nur die eine Seite der Grauzone. Zum Beispiel hatte die Weltbank 1995 die mosambikanische Cashew-Industrie zugrunde gerichtet, indem sie den freien Export unverarbeiteter Nüsse zur Auflage machte. So wurden zunächst die Fabriken ruiniert, die Nüsse verarbeitet hatten, und 10.000 Menschen verloren ihre Arbeitsplätze. Den Bauern fehlte dann ein sicherer Absatzmarkt, und die Produktion brach ein. Ab 2001 begannen die Regierung und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) jedoch, die Grauzone zu nutzen und die von der Weltbank aufgezwungene Politik zu unterlaufen. Eine kleine staatliche Agentur wurde gegründet und die gesamte Wertschöpfungskette der Cashew-Produktion gefördert – mit technischer und kaufmännischer Hilfe, Unterstützung für neue Verarbeitungsfabriken und Ausfuhrbeschränkungen für unverarbeitete Nüsse, solange der Bedarf der ein-

Die Weltbank richtete 1995 die Cashew-Industrie zugrunde, indem sie Mosambik zwang, den Export unverarbeiteter Nüsse völlig freizugeben.

heimischen Fabriken nicht gedeckt war. So wurden bis 2006 rund 6000 Arbeitsplätze geschaffen. Das Ganze geschah in aller Stille, um keine Gegenmaßnahmen der Geber und der Weltbank zu provozieren. Vor allem die Exportbeschränkungen bewegten sich am Rande des Erlaubten; sie wurden diskret mit Händlern und Fabriken vereinbart und nur beiläufig in den Zeitungen publiziert.

Um politischen Rückhalt für die Privatisierung zu schaffen, ermutigten die Geber in den 1990er Jahren die Übertragung kleinere Firmen an Mitglieder der Elite, solange die größeren, staatlichen Unternehmen privaten Käufern aus dem Ausland über-



lassen wurden. Damit akzeptierten sie offen den „cabritismo“. Viele Betriebe wurden ausgeschlachtet und gingen bankrott. Aber nicht alle: Die leistungsfähigsten staatlichen Unternehmen wurden an ihr bisheriges Management verkauft; sie expandierten und arbeiten jetzt mit Gewinn. Und manche Mitglieder der Elite nutzten das damalige Klima und bauten ihre eigenen Firmen auf. Guebuza etwa war als früherer Verkehrsminister an einer Gesellschaft beteiligt, die Aufträge der Hafenverwaltung erhielt, und seine Fischereiunternehmen erlangten Fanglizenzen. Das war kein reines rent seeking – Guebuzas Firmen erbrachten tatsächlich die bestellten Leistungen.

Die entscheidende Frage ist, wie die staatlichen „Renten“ verwendet werden sollen. Dabei geht es nicht nur um das Steueraufkommen, sondern auch um Gewinne und Lizenzgebühren aus Bergbau, Wasserkraft, Pachtzinsen und der Vergabe von Mobilfunkfrequenzen sowie um Einkünfte aus der Vergabe von öffentlichen Aufträgen für die Infrastruktur oder die Beschaffung von Gütern. Laut Carlos Nuno Castel-Branco, einem führenden mosambikanischen Wirtschaftsexperten, bringen ausländische Investoren Finanzkapital in Joint Ventures ein, die einheimi-



Aufgegebene Kohlemine in der Provinz Tete im November 2010. Der brasilianische Konzern Vale hat in diesem Kohlebecken Mosambiks eine Konzession erworben, ein Angestellter von Vale erklärt die Pläne für die Mine (rechts).

AFP/GETTY IMAGES [M]

schen Eliten aber „politisches Kapital“. Es stammt aus der Kontrolle über den Zugang zu Ressourcen – Wasser, Land und Bodenschätze – sowie aus der Möglichkeit, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen.

Derzeit scheint eine Verschiebung stattzufinden von unproduktiver zu produktiver Nutzung der Renten: Sie werden nicht mehr nur für Konsum eingesetzt, sondern auch dazu, mosambikanische Wirtschaftsbetriebe aufzubauen. So ist für den früheren Präsidenten der mosambikanischen Zentralbank, Prakash Ratilal, staatliche Unterstützung für Privatfirmen „entscheidend“.

Das sieht aus wie der Versuch, dem Vorbild anderer Länder auf dem Weg zur Industrialisierung zu folgen. So wurden in Ostasien ausgewählte Privatfirmen staatlich gefördert und aufgebaut und zugleich einheimische Unternehmen gedrängt, leistungsfähiger, innovativer und wettbewerbsorientierter zu werden – zum Nachteil derer, die zu träge oder ineffizient arbeiteten und nur mit Protektion überlebten. Das lateinamerikanische Entwicklungsmodell der 1940er bis 1960er Jahre – vor allem in Brasilien und Mexiko – beruhte auf einer Reihe von Prinzipien: günstige,

zweckgebundene Darlehen von der Entwicklungsbank; staatliche Unternehmen und staatliche Investitionen in private Unternehmen; subventionierte Dienstleistungen; Schutz der Produktion für den Binnenmarkt; Bevorzugung einheimischer Firmen bei staatlichen Aufträgen sowie Exporthilfen. Der gemeinsame Nenner der Politik in all diesen Staaten ist die Erkenntnis, dass Staatsinterventionen unverzichtbar sind, weil die einheimischen Unternehmen schwach sind, zu wenig Kapital haben und es zehn Jahre dauern kann, bis ein Betrieb profitabel arbeitet – viel zu lange für Firmen, die auf sich selbst gestellt sind.

Doch Mosambik steht vor dem Problem, dass die Entwicklungsstrategien, die in den ostasiatischen Tigerstaaten, in Brasilien, Mexiko und Südafrika angewandt wurden, nicht mehr erlaubt sind. Was die stolz und offen praktizierten, gilt jetzt als korrupt; es verstößt gegen die immer strengeren internationalen Regeln und die neoliberale Politik, die ausländische Investitionen gegenüber einheimischen begünstigt. Lassen die Grauzonen in den Regeln zu Auslandsinvestitionen, Lizenzen, Ausschreibungen und Regulierungen der mosambikanischen Elite genügend Raum, eine ähnliche Entwicklungsstrategie unauffällig genug zu praktizieren – wie im Fall der Cashew-Produktion?

Es gibt ermutigende Zeichen: Prakash Ratilal hat die Gesellschaft Moçambique Capitais mit über 220 einzelnen mosambikanischen Kapitaleignern gegründet, von denen keiner mehr als 10 Prozent der Anteile besitzen darf. Die Investoren werden überprüft, in das Unternehmen darf kein Geld aus Geldwäsche oder anderen illegalen Quellen investiert werden. Dann hat Ratilal in Partnerschaft mit einer portugiesischen Bank und mit dem Milliardär Stanley Ho, dessen Vermögen aus Spielbanken in Macau stammt, die Moza Banco und die Holding-Gesellschaft Moza

Eine junge Arbeiterin näht Fußballle.
Die einzige Fußball-Fabrik Mosambiks wurde 2009 gegründet, um Jobs für arbeitslose Frauen zu schaffen.

CARLOS LITULO/REDUX/LAIF



Capital gegründet. Sie gehören zu 51 Prozent Moçambique Capitais und investieren bevorzugt in die Landwirtschaft.

Entscheidend ist, ob die Elite ihre Einkünfte aus staatlichen Ämtern konsumiert oder sie für den Aufbau einheimischer Unternehmen einsetzt.

Präsident Guebuza ist dabei, eine Gruppe von Firmen im Bereich Informationstechnologie zu gründen. Sie stützen sich auf clevere junge Leute aus Mosambik, die gut ausgebildet und kompetent sind. Guebuzas Schützling Celso Correia etwa hat eine neue Unternehmensgruppe namens Insitec gegründet, die mit Guebuzas Unterstützung 18 Prozent der einheimischen Anteile an BCI-Fomento, der zweitgrößten Bank Mosambiks, übernommen hat. Der Rest gehört den portugiesischen Banken Caixa Geral de Depósitos (51 Prozent) und BPI (30 Prozent). Correia ist der Präsident der Bank und hat sie schnell dazu gebracht, entsprechend der Entwicklungsstrategie der Regierung Filialen in kleineren Städten zu eröffnen, in denen es bisher keine Bank gab. Außerdem übernahmen Insitec und BCI die Anteile einer amerikanischen Firma am Management der Eisenbahnen im Norden des Landes, als die 2008 das Interesse daran verlor.



Joseph Hanlon

ist Gastprofessor an der London School of Economics und an der Open University. Er ist Herausgeber des „Mozambique Political Process Bulletin“.

Zur Insitec-Gruppe gehören vier Unternehmen: Intélica und I-Tec sind auf Computer und Informationstechnologie spezialisiert, Insitec-Constroi auf das Baugewerbe und Energia Capital auf den Energiesektor und Biokraftstoffe. Insitec ist ein junges Unternehmen: Correia ist 32 Jahre alt und das Durch-

schnittsalter seiner Partner liegt bei 31. Laut Correia strebt Insitec die Zusammenarbeit mit größeren ausländischen Firmen an, um die eigene Leistung zu verbessern. 2006 übernahm die Gruppe die Beratungsabteilung der Firma Ernst & Young in Mosambik. Gemeinsam mit Segeçoa Moc, einem chinesischen Unternehmen mit Sitz in Mosambik, hat Insitec-Constroi ein neues Gebäude für das staatliche Institut zur Regulierung des Kommunikationswesens gebaut. Energia Capital und die brasilianische Firma Camargo Corrêa haben den Auftrag erhalten, den Mphanda Nkuwa-Damm am Sambesi zu bauen – ein 3,2-Milliarden-Dollar-Projekt – sowie eine 1400 Kilometer lange Hochspannungsleitung, um den Damm mit Maputo zu verbinden. An Energia Capital sind zwei halbstaatliche Unternehmen beteiligt, die der Regierungspartei FRELIMO nahestehen.

Die Firmen im Besitz der Eliten vermehren sich rasant. Sie dringen in den Bereich der Dienstleistungen für den Mineral- und Energiesektor vor und bemühen sich um Aufträge im Baugewerbe. Der Wirtschaftsexperte Carlos Nuno Castel-Branco plädiert dafür, Mosambik aus der Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen und dem Bergbau zu lösen und seine Produktionsbasis zu verbreitern. Diese Auffassung wird von vielen geteilt. Er vertritt auch die Meinung, Mosambik genieße als Nachzügler in der Wirtschaftsentwicklung den Vorteil, dass seine Industrie anderswo bereits vorhandene Technologien nutzen kann. Außerdem könne die Rohstoffindustrie als Entwicklungsbasis dienen, um Investitionen bereitzustellen und verwandte Industriezweige voranzutreiben.

Zugleich weist Carlos Nuno Castel-Branco jedoch darauf hin, dass die mosambikanische Elite Entwicklungshilfe und das eigene politische Kapital bisher nur dazu genutzt hat, ihren persönlichen Reichtum zu mehren, und wenn überhaupt, dann eher in Grundbesitz als in die Produktion investiert. Paul Collier, der Direktor des Zentrums für das Studium der afrikanischen Volkswirtschaften an der Universität Oxford, hat im Oktober 2010 in Maputo gefordert, Mosambik müsse dem heimischen Baugewerbe mehr Gewicht geben, um Arbeitsplätze zu schaffen und das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Und es scheint tatsächlich, als ob Insitec und andere Firmen im Besitz der Elite sich nun ernsthafter in diesem Bereich engagieren.

Zweifelloso gibt es immer noch beide Strömungen: Teile der Elite eignen sich weiter staatliche Mittel als Renten an, während andere Teile ernsthaft versuchen, ihr politisches Kapital und ihre Verfügungsmöglichkeiten über Investitionen im Rohstoffsektor zu nutzen, um eine tragfähige nationale Kapitalbasis aufzubauen. Vorläufig ist noch unklar, ob die internationalen Regeln dafür ausreichend Spielraum in der Grauzone lassen – und ob genug junge Mosambikaner ihn nutzen wollen. ■

Aus dem Englischen von **Anna Latz**.

Äthiopien will hoch hinaus

Bis 2025 will der Staat in Ostafrika ein Land mit mittlerem Einkommen sein

Äthiopien zählt zu den ärmsten Ländern der Erde. Doch vor einigen Jahren hat die Regierung ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm gestartet. Möglichst schnell will Präsident Meles Zenawi eine florierende Exportwirtschaft aufbauen – mit tatkräftiger Hilfe aus Deutschland. Ob das gelingt, ist ungewiss. Und die Kosten für Mensch und Umwelt sind schon jetzt groß.

Von Helmut Falkenstörfer



Am Anfang steht ein Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Aus diplomatischen Quellen ist bekannt, dass Ministerpräsident Meles damals im Januar 2004 zu ihm sagte: „Ihr Deutschen hattet einen Krieg und dann ein Wirtschaftswunder. Wir Äthiopier hatten auch einen Krieg. Jetzt brauchen wir ein Wirtschaftswunder. Und dabei sollt Ihr Deutschen uns helfen.“ Äthiopien will mit aller Kraft in die Moderne – wissenschaftlich, technisch, in der Arbeitshaltung und im Umgang mit der Zeit. Das klingt naiv, man kann darüber spotten. Aber das geht am Kern der Sache vorbei. Der Kern ist der Wille, den Geist des Landes umzukrempeln. Im Zentrum stehen vier Buchstaben: ECBP – das „Engineering Capacity Building Programme“. Erster Partner ist Deutschland, vertreten von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Koordinatorin. Die Universitäten und die Ausbildung in technischen Berufen sollen reformiert, ein neues System von Industrienormen entwickelt und die Privatwirtschaft ertüchtigt werden.

Das ECBP ist Symbol, Leitlinie und natürlich auch Anlass zu Scheitern und Kritik. Aber wenn ein derart armes Land es überhaupt schaffen kann, dann ist es das heutige Äthiopien. Von „hoher eigener Kraft zu Politikformulierung“ spricht man in der Deutschen Botschaft. GIZ-Mitarbeiter loben die Fähigkeit zu strukturellem Denken. Und das UN-Entwicklungsprogramm bescheinigt der Regierung Ehrgeiz für die Sache und Ernst im Engagement.

Die Bewegung ist sichtbar. Die Airport Road mit Hotels, Appartements, Büro- und Geschäftshäusern beginnt direkt am Flughafen. Aufbruchsstimmung liegt in der Luft, aber auch ein Hauch von Immobilienblase. Rechts der Straße wird ein ganzer Quadratkilometer niedriger alter Häuser abgerissen. Am nördlichen Stadtrand entstehen burgartige Villen, die man gut zu vermieten oder zu verkaufen hofft. Wer etwas Geld

Äthiopien im Baufieber: Vor allem in der Hauptstadt entstehen reihenweise neue Gebäude.

AXEL FASSIO/GETTY IMAGES

hat, leiht sich viel dazu und baut damit. Spitzentechnik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen kommen aus Europa, Investitionen aus Ländern, die in Wirtschaft und Lohnniveau Äthiopien näher stehen: ganz vorn China, Indien und die Türkei.

Ein Investor, der als Berater viel herum kommt, schätzt, dass 70 Prozent der großen Farmen in Äthiopien schwerwiegende Probleme haben.

Hundert Kilometer südwestlich von Addis Abeba liegt Adama, die Hauptstadt des Bundeslandes Oromiya. Der Campus der Adama University ist viele Quadratkilometer groß. Sie ist das Flaggschiff unter den neuen Universitäten, bestätigt Gründungspräsident Herbert Eichele. Der frühere Direktor der Ohm-Hochschule in Nürnberg hat in zweieinhalb Jahren aus dem alten Technical College von Adama die Referenzhochschule für technische Forschung und Ausbildung in Äthiopien geschaffen.

14.000 reguläre Studentinnen und Studenten, dazu 8000 Wochenend- und Abendstudenten lernen hier. Eichele führt im Eilschritt über den Campus. „Das war alles Wüste“, sagt er und zeigt auf Grünanlagen und gepflasterte Wege. Was machbar ist, ist gemacht: eine neue Zentralbibliothek, Internetanschluss für alle Studenten, Werkstätten, in denen Berufsschullehrer die Praxis lernen können. Die Ingenieure machen Industriepraktika, ein neues Promotionsverfahren wurde eingeführt. Promoviert wird nicht mehr im Ausland, zum Beispiel in München, wo einer dann viel-

leicht Probleme für BMW löst, sondern in Zusammenarbeit mit einer deutschen Universität über ein für Äthiopien relevantes Thema. Zum Beispiel darüber, wie man aus Eukalyptusstämmen mit ihrer gedrehten Faser Bretter machen kann. Zwölf solche Promotionen sind bereits im Gange.

Äthiopien nutzt seine landwirtschaftlichen Ressourcen zu wenig und will das ändern. Die kommunistische Mengistu-Diktatur hatte ein System der genossenschaftlichen Landverteilung eingeführt, das die Regierung von Meles Zenawi nach dem Sturz Mengistus 1991 übernahm. Das kultivierbare Land wird von der örtlichen Bauerngenossenschaft – Kebele – an die Bauern verteilt; in großen Teilen Äthiopiens reicht das meist für einen halben bis einen ganzen, selten für zwei Hektar pro Familie. Reserven für die wachsende Bevölkerung gibt es nicht. Das Land bleibt in Staatsbesitz, verteilt werden Nutzungsrechte.

Schon bald nach 1991 schuf die Regierung die zusätzliche Möglichkeit, Land an Investoren zu verpachten, zunächst auf regionaler Ebene. Seit drei Jahren hat Addis Abeba die Zuteilung größerer Ländereien an sich gezogen und im Landwirtschaftsministerium ein Direktorat zur Unterstützung von Investoren geschaffen. Dessen Leiter, Esaias Kebede, ist ein viel beschäftigter Mann und bietet einen Gesprächstermin für 7 Uhr 30 an. Er nennt Zahlen: Die Gesamtfläche Äthiopiens beträgt 111,5 Millionen Hektar. Davon sind 75 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbar. Davon wiederum sind 15 Millionen ungenutzt, von denen 3,7 Millionen für Investitionen vorgesehen sind. Und davon sind 1 bis 1,2 Millionen bereits an 8300 Investoren vergeben, zum Teil an Äthiopier, zum Teil an Ausländer.

Das Programm birgt zwei explosive Probleme: Das ins Auge gefasste Land ist nicht leer, sondern meist zumindest dünn oder von Nomaden zeitweise besiedelt. Weite Teile des Investitionslandes müssen zudem bewässert werden. Das Wasser aber kommt vor allem aus Flüssen, die den Nil speisen, und da gerät man in Konflikt mit dem Sudan und mit Ägypten. Und das sind nur die Rahmenprobleme. Denn Landwirtschaft will gekonnt sein und an Klima und Boden angepasst. Ein deutscher Investor, der als Landwirtschaftsberater viel herumkommt, schätzt, dass 70 Prozent der Farmen in Äthiopien gravierende Probleme haben.



Aus Ästen errichten Frauen von Volk der Hamar im Omo-Tal eine traditionelle Hütte (links).

REMI BENALI/GETTY IMAGES

Aus viel Beton und Stahl baut China in Addis Abeba ein neues Konferenzzentrum für die Afrikanische Union (Mitte und rechts).

PICTURE ALIANCE/LANDOV; AFP/GETTY IMAGES

Es machen Geschichten von der Art die Runde, dass ein äthiopischer Investor auf seinem Land zuerst einmal alle Bäume fällen ließ und nun nicht weiß, was er anbauen soll, weil das Klima nicht zulässt, was er ungeprüft vorhatte. Oder von einem anderen, der viele Jahre in London lebte und sich nun, ohne jede landwirtschaftliche Erfahrung, 300 Hektar zuteilen ließ, von denen er nur 15 bebaut, weil er daran gescheitert ist, das Buschland zu roden.

Sebsibe Demissew, Spezialist für Biodiversität an der Universität Addis Abeba, weist darauf hin, dass Äthiopien keinen Landnutzungsplan habe. Dies führe zu

maximaler Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Von einer nachhaltigen Entwicklung könne keine Rede sein. Es gibt noch mehr Baustellen. Das für Regenfeldbau geeignete Land ist fast bis auf den letzten Quadratmeter von Kleinbauern mit Nutzungsflächen zwischen einem halben und zwei Hektar besetzt. Die Erträge sind niedrig, ihre Flächen ausdehnen können die Bauern nicht. Umso dringender ist es, die Qualität der Landnutzung zu verbessern: neue Sorten, Kunstdünger, Futteranbau statt Weidewirtschaft, Obstbau und nachhaltige Bienenzucht, Kleindämme, Terrassierung. Die Regierung hat 70.000 landwirtschaftliche Berater dafür ausgebildet. Geld ist da: Die Weltbank hat im vergangenen Herbst 50 Millionen US-Dollar für die Qualifizierung der Landwirtschaft bewilligt. Kenner zweifeln aber, ob die theoretisch ausgebildeten Berater genug praktische Wirkung entfalten werden.

In einem gläsernen Büro im achten Stock eines Bürohauses gegenüber dem Flughafen sitzt Martin Hansen, Leiter der GIZ International Services in Äthiopien. International Services – das ist der gegen Honorar arbeitende Unternehmenszweig der GIZ, die sonst im Auftrag der Bundesregierung tätig ist. Bis 2005 hat International Services in Addis Abeba 11.000 Wohnungen gebaut. Dann bekam die GTZ den Folgeauftrag, 13 über das ganze Land verteilte Universitäten zu errichten. Drei sind inzwischen fertig, die anderen folgen dieses Jahr. Doch in allen wird schon gearbeitet so weit es geht.

Kaba Urgessa, Staatsminister für Höhere Bildung, wirkt souverän und heiter. Er lässt durchblicken, dass im Fortgang des Riesenprojekts vieles noch im Fluss



ist, auch die Endzahl der Studenten. Man werde eben je nach Bedarf ausbauen oder auch nicht. Bei International Services geht man von 148.000 Studenten insgesamt aus. Die Frage, wo die alle arbeiten sollen, nennt Herbert Eichele in Adama ein Henne-Ei-Problem. Ohne Fachkräfte wird die Wirtschaft nicht wachsen; ohne Wirtschaft wird man keine Absolventen brauchen. Dergleichen geht nie ohne Ungleichgewicht und Spannung. Meist gebe es zuerst zu viele Absolventen. „Aber irgendwo muss man anfangen“, meint ein Dozent der Universität von Addis Abeba.

In der Ras Dasha Shoe Factory in Addis arbeitet Reinhold Link vom Deutschen Entwicklungsdienst (heute GIZ). Die Fabrik ist 25 Jahre alt und hat etwa 80 Beschäftigte. Link ist hier im Rahmen des Programms zur Ertüchtigung der einheimischen Privatwirtschaft.

Im Entwicklungsministerium gab es Bedenken gegen das Programm. Doch inzwischen ist die Zahl der deutschen Experten gesenkt worden.

Firmen wie die Dasha Shoe Factory sollen exportfähige Produkte herstellen. Er zeigt einen Schuh, den man so nur in Äthiopien verkaufen kann: Arbeitsmarkierungen sind zu sehen, Schnittflächen sind ungefärbt, Zwirnfäden nicht abgeschnitten. Für den Export ist der Schuh ungeeignet.

Genau da setzt das deutsch-äthiopische Programm an: Die GIZ hat Schuhfabrikanten über europäische Messen geführt; es sind Kontakte entstanden. An Aldi lieferten Ras Dasha und andere Hersteller 40.000 Bootsschuhe. Jeder fünfte Schuh von Ras Dasha geht ins Ausland. Auf dem Tisch liegt das Muster eines Arbeitsschuhs. Wenn es klappt, werden in italienischem Auftrag 60.000 Oberleder für Arbeitsschuhe hergestellt und in Rumänien mit Sohlen versehen. Beim „Engineering Capacity Building Programme“ geht es darum, die Exportfähigkeit zu verbessern und die Wertschöpfungsketten auf den Feldern Leder, Textil, Pharma, Chemie, Landwirtschaft und Metall zu verlängern.

Nach der Besichtigung sitzen wir mit dem Juniorchef Yared in tiefen Ledersesseln aus Indonesien. Wieso aus Indonesien? Äthiopien ist doch ein Vieh- und Lederland? Schon, aber äthiopische Kühe laufen zwischen Dornbüschen herum und haben Kratzer und Zeckenbisse in der Haut. Nichts für feines Leder. Das bremst die Ausfuhr von Lederkleidung. Auch vom Schuhgeschäft gibt es nicht nur Rosiges zu berichten. Von 30 Fabriken sind in den vergangenen Jahren 21 der chinesischen Konkurrenz erlegen. Yared wirft das nicht den Chinesen vor, sondern den äthiopischen Importeuren. Sie kauften die billigsten chinesischen Schuhe und verkauften sie 30 Prozent billiger als äthiopische Produkte. Inzwischen gibt es Schutzzölle, die Yared freilich für zu niedrig hält.



Helmut Falkenstörfer

ist Theologe und Journalist.

Von 1974 bis 1977 hat er in Äthiopien gelebt und gearbeitet.

Im Bundesentwicklungsministerium gab es Bedenken gegen ECBP und den Einsatz so vieler deutscher Berater (siehe „welt-sichten“ 6/2008). Inzwischen ist ihre Zahl gesenkt worden, von etwa 120 in 2008 auf 70 heute. Als Grund dafür werden Probleme bei der Kofinanzierung genannt. Das kann man auch so interpretieren, dass der äthiopischen Seite nicht alle Ausländer das Geld wert waren, das sie kosten. Denn zwei Drittel der ECBP-Experten bezahlt Äthiopien mit jeweils 70.000 Euro im Jahr und mehr. Fünfzig Deutsche wurden durch billigere Kräfte von den Philippinen ersetzt. Der Anteil der deutschen Experten ist auch deshalb gesunken, weil in Äthiopien für Textil- und Lederprodukte Industriebereiche aufgebaut werden, für die es in Deutschland kaum noch passendes Know-how gibt, erklärt Sabine Becker von der GIZ. Deutsche würden nun „zunehmend in leitenden strategischen Positionen eingesetzt“.

Das ECBP ist ein interessantes Experiment. Hier kommt ein Maximum an Entwicklungswillen der Regierung mit einem Maximum an ausländischer Bereitschaft zur Hilfe in Form von Geld und Sachverstand zusammen. Letztlich versucht Äthiopien, den asiatischen Entwicklungsweg zu gehen: Technik und Wissenschaft aus dem Westen – Kapital, woher man es bekommt. Zugleich kehrt in Äthiopien das technokratische Entwicklungskonzept der 1960er Jahre zurück. Die Kultur hat sich der Entwicklung anzupassen und nicht die Entwicklung der Kultur. Die Folgen hängen davon ab, wie weit der Entwicklungswille der politischen Macher in die Breite der Gesellschaft und in die Tiefe der Kultur vordringt.

Die äthiopische Regierung strotzt vor Optimismus. Das Wachstumsprogramm bis 2015 nennt stolze Zahlen für die vergangenen und noch stolzere für die nächsten fünf Jahre: Die Produktion von Nahrungsmitteln soll von 18 auf 39 Millionen Tonnen steigen; die Einschulungsquote von 87 auf 100 Prozent; der Zugang zu einfacher Gesundheitsversorgung von 90 auf 100 Prozent der Bevölkerung; der Zugang zur Stromversorgung von 41 auf 100 Prozent; die Zahl der Nutzer von Mobiltelefonen von 4 auf 61 Millionen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen soll innerhalb von fünf Jahren um die Hälfte auf 355 Dollar steigen. 2025 will Äthiopien ein Land mit mittlerem Einkommen sein. Das ist hoch gegriffen. Und aller Erfahrung nach läuft solches Wachstum so, dass am Ende vielleicht ein Viertel der Menschen davon profitiert und ein Viertel von der Entwicklung abgehängt wird.

Das nötige Geld ist da. Äthiopien gilt als Partner, mit dem zu arbeiten sich lohnt. Es ist eines der liebsten Kinder des Westens als Bollwerk gegen Destabilisierung in Afrika. Und selbst wenn der Westen sein Engagement reduzieren sollte, würde das die Regierung in Addis wohl nicht bremsen. In einer Parlamentsdebatte im vergangenen Dezember brachte Ministerpräsident Zenawi das auf den Punkt: „Wir werden nicht mit verschränkten Armen dasitzen nur, weil Geld knapp ist.“ ■

Gefangen in der Hindu-Tradition

In Nepal verbüßen Frauen, die in der Ehe aufbegehren, lange Haftstrafen – mit ihren Kindern

Rund 500 Frauen sitzen derzeit in nepalesischen Gefängnissen. Um ihre Kinder will sich oft niemand sonst kümmern. Sie sitzen deshalb mit in den Zellen und leiden unter den unwürdigen Haftbedingungen. Eine einheimische Organisation bietet Hilfe an.

Von Klemens Ludwig



Kinder im Gefängnis von Kathmandu. Das Stigma, ein Häftling und daher kriminell zu sein, trifft auch die Kinder der Strafgefangenen.

TATLOW/LAIF

Ihre Zeit im Gefängnis hat Rupah Tamang noch lebhaft in Erinnerung. „Es gab kein sauberes Wasser, wenn wir krank wurden, waren wir meistens uns selbst überlassen“, sagt die Frau aus einem Dorf im Osten Nepals. Das Essen habe nie gereicht und sei manchmal verdorben gewesen. Am meisten schmerzte Rupah Tamang jedoch, dass ihr dreijähriger Sohn Dipes dasselbe durchmachen musste wie sie. „Mein Sohn hat nie das bekommen, was er gebraucht hat. Es war erbärmlich anzusehen.“ Mehrere Frauen teilten sich eine Betonzelle, die kahlen Wände waren verschmutzt, die Lagerstätte bestand aus dünnen Matratzen, über die einige Decken gespannt sind; Tageslicht war ein seltenes Privileg.

Rupah Tamang war das Opfer einer Intrige. Nachdem ihr Ehemann sie verlassen hatte, wurde sie zum „Freiwild“ für seinen Bruder, der sie vergewaltigte, wann immer er wollte. Irgendwann wurde sie schwanger, das Kind starb bei der Geburt. Das ist im ländlichen Nepal, wo etwa jedes zehnte Kind die ersten Jahre nicht überlebt, nicht ungewöhnlich. Die Familie ihres Ehemannes beschuldigte sie jedoch, den Säugling getötet zu haben. Rupah Tamang kam vor Gericht. Ohne dass ihr ein Vergehen nachgewiesen werden konnte, verurteilte ein Richter sie zu einer Gefängnisstrafe. Da niemand bereit war, für ihren Sohn aufzukommen, musste er mit der Mutter ins Gefängnis.

Doch hier hatte sie – vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben – Glück. Die Organisation Prisoners Assistance Nepal (PA) wurde auf sie aufmerksam. Sie bezahlte einen Anwalt, der eine Revision des Urteils und ihre vorzeitige Entlassung nach zwei Jahren erreichte. Nun hoffen Mutter und Sohn in Sankhu, weit weg von ihrer Heimat, auf eine neue Zukunft. Wie die genau aussieht, ist noch unklar, aber Rupah Tamang lebt nun endlich in einer Umgebung, die ihr mit Wohlwollen und Sympathie begegnet. In Sankhu, etwa eine Autostunde östlich von Kathmandu, hat PA eine große Wohnanlage errichtet, die eine staatlich anerkannte Grundschule einschließt. Dort haben die beiden ein Zuhause gefunden, genauso wie 60 Kinder und Jugendliche, deren Eltern im Gefängnis sind oder während ihrer Haft den Kontakt zu ihnen abgebrochen haben.

Die Menschenrechtsaktivistin Indira Ranamagar hat PA im Jahr 2000 gegründet. Sie wollte diejenigen unterstützen, die keine Lobby haben: Strafgefangene und ihre Kinder. Die Stigmatisierung der Gefangenen geht so weit, dass sich die Angehörigen in der Regel weigern, deren Kinder aufzunehmen. Damit bleibt ihnen nur der Gang ins Gefängnis. Vor allem in Gefängnissen in ländlichen Gebieten herrschen menschenunwürdige Bedingungen. Die Perspektiven für die inhaftierten Frauen und ihre Söhne und Töchter sind so trostlos wie die Zellen selbst. Die meisten Kinder haben nicht einmal die Möglichkeit, außerhalb des Gefängnisses eine Schule zu besuchen, weil die Mütter kein Geld haben für die Schuluniform, die nötigen Materialien oder auch nur für den Bus.

Meistens sind Ehetragödien und Eifersuchtsdramen die Ursache, dass Frauen gewalttätig werden; manche wollen sich aus einer brutalen Ehe befreien. Insgesamt sitzen derzeit in Nepal etwa 8000 Menschen im Gefängnis, darunter 500 Frauen. Doch mildernde Umstände sind im nepalesischen Strafsystem nicht vorgesehen. Dazu trägt eine fatalistische Haltung bei, die ihren Ursprung in einer sehr einfachen, aber gleichwohl weit verbreiteten Sicht des Hinduismus hat: Ein schweres Schicksal ist demnach das Resultat von Verfehlungen in früheren Leben. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn man sein Schicksal annimmt, nicht, wenn man dagegen aufbegehrt. Menschen, die sich gegen unmenschliche Zustände zur Wehr setzen, können deshalb nicht auf allgemeine Sympathie hoffen.

Das mussten auch Sangita und ihre Mutter erfahren. Das 16-jährige Mädchen wirkt auf den ersten Blick wie die meisten anderen Jugendlichen in ihrem Alter. Die Schule mag sie nicht besonders und es fällt ihr schwer, sich zu konzentrieren. Stattdessen träumt sie davon, Kosmetikerin oder Masseurin zu werden. Doch



ihr Lächeln wirkt traurig; mit ihren zusammengepressten Lippen erweckt Sangita den Eindruck, als müsse sie sich ständig beherrschen, um nicht zu explodieren. Ihre Geduld ist rasch erschöpft und bisweilen peinigen sie epileptische Anfälle. Ihr Trauma reicht weit zurück, denn schon vor ihrer Geburt war der Stab über sie gebrochen, wie sie heute fast teilnahmslos erzählt: „Mein Vater wollte kein Mädchen, als meine Mutter mit mir schwanger war. Er hat ihr sogar angedroht, dass er sie verlässt, wenn es ein Mädchen wird. Er ist zwar nicht gegangen, aber er hat sie viel geschlagen, denn er meinte, sie sei schuld, dass es kein Junge geworden ist.“ Die hinduistische Tradition sagt: „Mädchen, das ist wie wässern von Nachbars Garten.“ Sie müssen großgezogen werden und dann brauchen sie noch eine stattliche Mitgift, damit sie verheiratet werden können. Sangita kann sich nicht mehr daran erinnern, was der Vater ihr angetan hat, und das ist vermutlich besser so. Um die Ehehölle zu beenden, tötete ihr Großvater schließlich ihren Vater und tauchte danach unter. An seiner Stelle verhaftete die Polizei Sangitas Mutter. Sechs Jahre war das Mädchen damals alt, und es sollte die Gefängniszelle mit seiner Mutter teilen. PA hat Sangita davor bewahrt; für ihre Mutter konnte die damals noch kleine Organisation nichts erreichen. Die junge Frau weiß nicht, was im Gefängnis aus ihr geworden ist.

Deutlich besser als auf dem Land ist die Situation im zentralen Frauengefängnis der Hauptstadt Kathmandu. Es gibt sauberes Wasser und genug zu essen, wie die Frauen im Besuchsraum eifrig versichern. Sie machen nicht den Eindruck, als gäben sie nur das wieder, was die allgegenwärtigen Aufseherinnen hören wollen. Einige scherzen sogar mit ihnen, ein gewisses Grundvertrauen scheint vorhanden. Es ist jedoch weniger die urbane Humanität, die in Kathmandu für angemessene Haftbedingungen sorgt, sondern viel-



Sangita (links) blieb als Kind ein Gefängnisarrest erspart – dank Indira Ranamagar (Mitte, mit ihrer Mutter). Auch Rupah Tamang und ihr Sohn Dipes (rechts) konnten der Haft entkommen.

KLEMENS LUDWIG



mehr eine hohe soziale Kontrolle von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs). Aber es spricht für die Gefängnisleitung, dass sie diese Kontrolle zulässt. Im Frauengefängnis bieten NGOs wie PA Weiterbildungskurse an, die den Inhaftierten eine Perspektive für das Leben nach der Haft geben. Sie können lesen, schreiben und nähen lernen, sich über Hygiene und Familienplanung informieren. Derzeit nehmen etwa 60 Frauen an diesen Kursen teil. Sogar ausländische Vertretungen engagieren sich für die gefangenen Frauen, die dänische Botschaft etwa unterstützt die Weiterbildungsprogramme.

Die NGOs, die sich für die Gefangenen einsetzen, wollen nicht nur die Haftbedingungen verbessern, sondern auch die Stigmatisierung der Gefangenen abbauen. Sie pflegen enge Kontakte zu staatlichen Institutionen und den Medien und haben bereits einige grundlegende Verbesserungen durchgesetzt. Kinder werden nur noch gemeinsam mit ihren inhaftierten Müttern untergebracht, nicht mehr mit den Vätern, weil es in Männergefängnissen häufig zu Übergriffen gekommen ist. Etwa fünfzig Kinder befinden sich derzeit noch in nepalesischen Gefängnissen, einige sind dort geboren.

PA betreut 300 Kinder und Jugendliche, deren Eltern in Haft sind oder waren, im ganzen Land, und Indira Ranamagar sieht einen allmählichen Wandel. Ihr Einsatz wird inzwischen von der Gesellschaft geschätzt und sie zählt heute zu den angesehenen Persönlichkeiten im Land, wird respektiert und geehrt. Die Medien berichten über ihre Arbeit; 2005 wurde sie in die Ashoka-Gesellschaft gewählt. Diese renommierte Vereinigung – eine Art Denkfabrik für die gesellschaftliche Entwicklung hin zu sozialer Gerechtigkeit und friedlichen Konfliktlösungen – ist nach dem größten Förderer des Buddhismus in Südasien benannt.



Klemens Ludwig

ist freier Journalist in Tübingen mit dem Schwerpunkt Asien.

Zunächst hatte die Umgebung jedoch mit Befremden auf Ranamagars Initiative reagiert: „Als ich mit meiner Arbeit begann, sagten alle, ich sie verrückt, weil ich den Kriminellen helfen würde. Ich würde sie ermutigen, indem ich ihre Familien und Kinder unterstütze“, berichtet sie. „Aber ich habe diese Arbeit nicht begonnen, um Preise einzusammeln. Ich mache das, um ein Lächeln in das Gesicht unschuldiger Kinder zu bringen.“ Das Engagement von PA spiegelt die allgemeine Entwicklung der Zivilgesellschaft in dem Himalaya-Staat wider. Als der ungeliebte König Gyanendra 2008 ohne einen Schuss aus dem Palast vertrieben worden und ein langjähriger Bürgerkrieg beendet war, erfasste ein Aufbruch das Land. Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung machten die Maoistische Partei zur größten Fraktion im Parlament, doch es gibt bis heute keine tragfähige Koalition und keine Verfassung.

Die Enttäuschung darüber ist groß, doch sie führt nicht unbedingt zum Rückzug ins Private. Der Aufbruch zeigt sich in privaten Initiativen und Selbsthilfegruppen, die für einen subtilen gesellschaftlichen Wandel sorgen und die hinduistische Tradition des Duldens und des Mangels an politischer Beteiligung herausfordern. Die Gefangenenlobby, die sich gegen den weit verbreiteten Fatalismus wendet, ist ein Beispiel dafür. Doch wenn der Einfluss des Hinduismus schwindet, stellt sich die Frage nach den Alternativen. Derzeit füllt das Ideal des wirtschaftlichen Erfolgs die Lücke. Sollte es dabei bleiben, wird die Gesellschaft nicht unbedingt menschlicher und gerechter werden. Auch Indira Ranamagar sieht das und betont die alten Werte, während sie gleichzeitig für gesellschaftliche Veränderung kämpft: „Meine Eltern sind Analphabeten und trotzdem habe ich sehr viel von ihnen gelernt. Ehrlichkeit und Einfachheit, das sind die Dinge, die zählen.“

Die Angst vor den Ratten ist immer da

Das Sozialprogramm „bolsa família“ erleichtert das Leben von Familie da Silva in São Paulo

Brasilien hat mit der „bolsa família“ das weltweit größte Sozialprogramm geschaffen. Mehr als 12 Millionen Familien erhalten die staatliche Hilfe, wenn sie ihre Kinder regelmäßig zur Schule und zur medizinischen Vorsorge schicken. Auch Cléa Maria da Silva, ihr Ehemann und ihr jüngster Sohn profitieren davon. Aber aus der Armut befreien können sie sich damit nicht.

Von Susann Kreuzmann

Wenn Cléa Maria da Silva nach Hause kommt, kontrolliert sie zuerst, ob die Bretter vor den Fenstern gehalten haben. Ihr kleines unverputztes Haus liegt nur rund hundert Meter vom Fluss Tiete entfernt, der in der Regenzeit regelmäßig über die Ufer tritt. „Mit dem Wasser kommen die Ratten ins Haus“, erzählt die 43-Jährige. „Ich habe Angst, dass wir alle krank werden.“ Ihr Viertel mit dem schönen Namen Vila das Flores (Blumenviertel) gehört zu den ärmsten am Rande der brasilianischen 18-Millionen-Metropole São Paulo.

Claudio will Feuerwehrmann werden. Dann kann er den Nachbarn im Armenviertel während der jährlichen Überflutungen helfen.

Dieses Jahr standen die Straßen drei Wochen kniehoch unter Wasser, im vergangenen Jahr waren es drei Monate. Vor ein paar Tagen erst ist die stinkende, mit Fäkalien verseuchte Brühe abgeflossen und hat überall Schlamm und Unrat hinterlassen. Der modrige Geruch liegt noch über dem Viertel. Beim Hochwasser im vergangenen Jahr wurde das Haus von Cléa einfach weggeschwemmt, die Fluten waren über Nacht gekommen. Sie

zeigt mit Tränen in den Augen auf die Stelle, die immer noch unter Wasser steht.

Mit Hilfe von Freunden hat sie für sich, ihren schwerkranken Mann und den zwölfjährigen Sohn Claudio eine neue Zuflucht gefunden. Das neue Haus hat keine Tür, nur einen zeretzten Vorhang, die Wände sind feucht und unverputzt. 300 Reais (rund 140 Euro) muss die Familie für die baufällige Behausung im Monat bezahlen. „Ich weiß, dass das zu viel ist“, sagt Cléa mit leiser Stimme. „Doch wo sollen wir hin? Ich habe Angst, auf der Straße zu landen.“ Cléa und ihre Familie bekommen Geld aus dem Sozialprogramm „bolsa família“ sowie eine kleinen staatlichen Mietzuschuss von insgesamt 300 Reais. Das gesamte Geld geht sofort für Miete und Strom weg.

Der Kreislauf, in dem Cléa gefangen ist, ist typisch für die rund 48 Millionen Brasilianer, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Schon mit sieben Jahren fing Cléa an zu arbeiten. „Damals half ich meiner Mutter beim Straßenverkauf, später war ich Babysitterin“, erzählt sie. Die Schule hat sie in Abendkursen besucht und auch abgeschlossen. Heute verkauft die sympathische Frau Eis auf der Straße, stellt in ihrer Kü-

che Süßigkeiten her oder bessert Kleidung für Nachbarn aus. Ihr ganzer Stolz ist eine elektrische Nähmaschine, die sie sich auf Raten gekauft hat. Ihr Mann, der schwer diabetisch ist, hilft auf dem Markt. Das Einkommen der Familie reicht oft nur für Brot, Reis und Bohnen. Cléa ist mit 17 Jahren Mutter geworden und hat außer ihrem Jüngsten Claudio noch vier weitere Kinder, die schon aus dem Haus sind. Genau wie ihre Mutter und Großmutter arbeiten auch sie in informellen Jobs – als Straßenverkäufer, in einem Imbiss und als Haushaltshilfe.

Brasilien gehört immer noch zu den Top Ten der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit. In keiner Stadt prallen die sozialen Gegensätze so extrem aufeinander wie in der Finanzmetropole São Paulo. Beim Gang durch die vom Regen aufgeweichten schlammigen Wege von Vila das Flores wird schnell klar: Das Viertel gehört zu den vergessenen Vororten. Mehr als zwei Stunden braucht Cléa, um mit dem Bus in das 37 Kilometer entfernte Stadtzentrum zu kommen. Dort, im Menschengewimmel vor Metrostationen und an großen Kreuzungen versucht sie, ihren selbst hergestellten Honigkuchen zu verkaufen. An guten Tagen verdient sie 30 Reais (rund 13 Euro). Mit der Hälfte des Geldes kauft sie allerdings gleich auf dem Rückweg neue Backzutaten.

Als Dilma Rousseff am 1. Januar 2011 als neue Präsidentin des fünftgrößten Landes der Erde vereidigt wurde, versprach sie in ihrer Antrittsrede, den Kampf gegen



Baufällig und teuer: Cléa Maria da Silva mit Ehemann und Sohn in ihrem Haus in Vila das Flores.

Hunger und Not in den Mittelpunkt zu stellen. „Die Ausrottung der Armut ist das zentrale Ziel meiner Präsidentschaft“, rief sie ihren Landsleuten zu. Offiziell leben in der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas zehn Prozent der Menschen in absoluter Armut. Wie Cléa erhalten 12,7 Millionen Menschen „bolsa família“ in Höhe von 80 bis 200 Reais (rund 34 bis 87 Euro) pro Monat. Voraussetzung dafür ist, dass Kinder im Haushalt leben und das Familieneinkommen unter 140 Reais (etwa 61 Euro) liegt. Von der „bolsa família“ lebt im Durchschnitt eine vierköpfige Familie. Die meisten Empfänger wohnen im armen Nordosten Brasiliens. In den drei ärmsten Bundesstaaten Maranhão, Alagoas und Piauí ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf Sozialhilfe angewiesen.



Susann Kreutzmann

lebt als freie Journalistin in São Paulo und arbeitet unter anderem für die „Financial Times Deutschland“ und die Deutsche Welle.

Das Programm wurde bereits 2001 von dem konservativen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso eingeführt. Sein Nachfolger, der linke Arbeiterführer Luiz Inácio Lula da Silva, baute es zu einem der weltweit größten Sozialprogramme aus. In seiner achtjährigen Amtszeit gelang es, damit die landesweite Armut um knapp 45 Prozent zu reduzieren. Auch die Weltbank lobt den Erfolg von „bolsa

família“. So gibt es nur eine Datenbank, die online einsehbar ist und in der alle Empfänger gespeichert sind. Damit will die Regierung Transparenz schaffen und möglichem Missbrauch vorbeugen.

Laut staatlichen Untersuchungen haben es bislang 58 Prozent aller Empfänger geschafft, in die sogenannte neue Mittelklasse aufzusteigen. 42 Prozent jedoch verharrten noch immer in der Falle aus Armut, schlecht bezahlter informeller Arbeit und unwürdigen Wohnverhältnissen. Hier setzt auch die Kritik von Experten an. „Bolsa família muss ausgebaut werden, nicht nur finanziell“, sagt Markus Brose, der Direktor der Hilfsorganisation Care in Brasilien. So sollten auch Alleinstehende und kinderlose Paare die staatliche Hilfe bekommen.

Außerdem müssten die Menschen unterstützt werden, um sich für einen besseren Job zu qualifizieren. Denn 70 Prozent der „bolsa família“-Empfänger haben zwar eine Arbeit, aber die ist schlecht bezahlt. Das liegt vor allem an Bildungsmängeln: 82 Prozent der Beziehher von Sozialleistungen haben die neunjährige allgemeine Schule nicht abgeschlossen, 16,7 Prozent von ihnen können überhaupt

nicht lesen und schreiben, rund 40 Prozent haben es zwar gelernt, beherrschen es aber nicht ausreichend. Investitionen in das zwar kostenlose, aber marode staatliche Schulsystem sind deshalb laut Experten unerlässlich. Denn wer genug Geld hat, schickt seine Kinder auf private Schulen.

Im Armenviertel Vila das Flores gibt es inzwischen zwei staatliche Schulen, ein Internet-Café und eine private Sprachschule. Die evangelikale Kirche bietet Kurse für Kleingewerbetreibende an, um sie fit für den Markt zu machen. Für Cléas Sohn Claudio gibt es nichts Schöneres, als sich am Nachmittag mit Freunden zum Computerspielen zu treffen. 50 Centavos kostet die Stunde im Internet-Café. Mathematik sei sein Lieblingsfach, sagt der Zwölfjährige und zeigt sein neues Lehrbuch, das er kostenlos von der Schule bekommen hat. Cléa ist stolz auf ihren Jüngsten, der ein guter Schüler ist. Sie möchte, dass er eine weiterführende Schule besucht, um eine feste Arbeit zu bekommen.

Claudio selbst will Feuerwehrmann werden. Dann könne er den Menschen im Viertel bei den Überschwemmungen helfen, sagt er. „Dann muss niemand mehr sterben.“ Mehr als 60 Menschen sind im vergangenen Jahr in den Fluten umgekommen, auch Nachbarn. Wenn Cléa gefragt wird, wie ihre Wünsche für die Zukunft aussehen, muss sie nicht lange überlegen. „Ich habe es nicht geschafft“, sagt sie traurig. „Aber meine Kinder sollen aus der Armutsspirale herauskommen.“ ■

Hilfe mit Nebenwirkungen

Die Weltbank-Tochter IFC erneuert ihre Sozial- und Umweltstandards

Die International Finance Corporation (IFC), der privatwirtschaftliche Arm der Weltbank, fördert Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Die Unternehmen müssen darauf achten, möglichst wenig Schaden für Mensch und Umwelt anzurichten. Aber ein neues Geschäftsmodell der IFC macht die Kontrolle zunehmend schwierig.

Im vergangenen Jahr machte die IFC Zusagen in Höhe von fast 18 Milliarden US-Dollar. Den größten Teil erhielten Banken und andere Finanzdienstleister, gefolgt von Infrastrukturprojekten und der verarbeitenden Industrie. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie „urgewald“ in Sassenberg kritisieren vor allem Großprojekte wie Ölpipelines, Bergbauvorhaben oder Plantagen für Agrartreibstoffe. Für sie müssen manchmal Menschen umgesiedelt werden, oder sie wirken sich auf andere Weise schädlich auf die Lebensbedingungen und die Umwelt vor Ort aus. Kritiker monieren, dass die Sozial- und Umweltstandards der IFC in der Praxis häufig nicht eingehalten werden.

Zu diesem Ergebnis ist im Mai 2010 auch der unabhängige IFC-Ombudsmann (Compliance Advisor Ombudsman, CAO) gekommen. Hintergrund: Die IFC hatte 2006 ihre Projektstandards komplett überarbeitet. Nach drei Jahren prüfte sie, ob die neuen Standards ausreichen und in welchen Bereichen nachgebessert werden muss. In seinem Gutachten, das die Prüfung der IFC ergänzt, stellt der Ombudsmann mehrere Mängel fest: Die geförderten Unternehmen informierten beispielsweise häufig nur unzureichend über ihre Schutzmaßnahmen. Die IFC-Standards machten zudem nicht klar, in welchen Fällen ein Investor sich um Akzeptanz in der Bevölkerung für ein Vorhaben bemühen muss. Die IFC unterstütze



Palmölplantage in Westjava, Indonesien. Die International Finance Corporation fördert den Anbau von Agrartreibstoffen. Umweltschützer kritisieren sie dafür.

REUTERS

die Unternehmen zu wenig darin, die für die Einhaltung der Sozial- und Umweltstandards erforderlichen Fähigkeiten aufzubauen.

Seit Mitte 2009 überarbeitet die IFC ihre Standards erneut, um die Mängel abzustellen. In den vergangenen anderthalb Jahren hat sie eine Vielzahl von Diskussionsrunden in aller Welt mit Interessierten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft veranstaltet. Die Ergebnisse und ihre Schlussfolgerungen daraus fasst sie in öffentlich zugänglichen Berichten zusammen. Im Laufe dieses Jahres sollen die neuen Standards in Kraft treten. Das Entwicklungsministerium (BMZ) lobt die Offenheit und Gründlichkeit des Verfahrens. Auch bei „urgewald“ sieht man Fortschritte – etwa dass die IFC bei bestimmten Großprojekten das Prinzip der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ der Bevölkerung in die Standards aufnehmen will.

Zugleich bleibt Skepsis: „Die Frage ist, wie viel davon am Ende verwirklicht wird“, sagt „urgewald“-Mitarbeiter Knud Vöcking. In einem wichtigen Punkt sieht auch das BMZ noch Verbesserungsbedarf. Er betrifft die Praxis der IFC, zunehmend in Banken, Investmentfonds oder Beteiligungsgesellschaften zu investieren. Beim

klassischen Geschäft beteiligt sich die Weltbank-Tochter direkt an Projekten. Seit einigen Jahren jedoch fließt der größte Teil ihrer Mittel in Finanzinstitute, die dann in Entwicklungsländern privatwirtschaftliche Investitionen fördern. Im vergangenen Jahr hatten Finanzdienstleister einen Anteil von knapp 40 Prozent am IFC-Portfolio, vor zehn Jahren waren es weniger als 30 Prozent. Bei der IFC heißt es, über Finanzinstitutionen erreiche man Unternehmen in Entwicklungsländern, zu denen man keinen direkten Zugang habe, beispielsweise kleine und mittelgroße Betriebe, die für die wirtschaftliche Entwicklung besonders wichtig seien.

Projekte von Banken und Fonds sind schwer zu kontrollieren

Der Haken daran ist, dass die IFC weniger gut kontrollieren kann, was mit ihrem Geld geschieht – und ob ihre Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden. Zwar müssen auch Finanzdienstleister darauf achten, dass ihre Vorhaben umwelt- und sozialverträglich sind. Aber die IFC habe bislang nur unzureichend geprüft, ob sie das auch tun, heißt es im Bericht des Ombudsmanns: Die zuständigen Mitarbeiter in Washington seien damit überfordert oder nicht sonderlich daran interessiert.

Die IFC hat deshalb nach eigenen Angaben ihr Personal für diese Aufgaben aufgestockt und weiterqualifiziert. IFC-Pressesprecher Aaron Rosenberg räumt aber ein, dass es gegenüber Finanzdienstleistern schwieriger ist, Sozial- und Umweltstandards durchzusetzen, weil die IFC in diesen Fällen nur ein Anteilseigner unter vielen ist. Die IFC habe aber das Recht, alle Vorhaben aus dem Portfolio eines Finanzdienstleisters, die sich gravierend auf Mensch und Umwelt auswirken könnten, gesondert zu inspizieren. Um das zu erleichtern, will die Weltbank-Tochter ihre Investitionen in Banken, Fonds und Beteiligungsgesellschaften künftig nach der Schwere der zu erwartenden Auswirkungen kategorisieren – so wie sie das bereits seit langem mit den von ihr direkt geförderten Vorhaben tut. Für Projekte mit voraussichtlich schweren Auswirkungen gelten strengere Prüfmaßstäbe als für andere.

Derzeit fallen knapp 3 Prozent der direkt geförderten Vorhaben in die kritischste Kategorie. Nach der Verschärfung der Umwelt- und Sozialstandards könnte sich der Anteil auf 5 bis 7 Prozent verdoppeln, schätzt die IFC. Bei den Investitionen in Finanzdienstleister rechnet man mit einem Anteil von 10 Prozent kritischer Vorhaben, sobald die neue Kategorisierung eingeführt ist. Angesichts dieser eher geringen Werte hält IFC-Sprecher Rosenberg die Aufregung zivilgesellschaftlicher Gruppen über die Arbeit der Weltbank-Tochter für nicht nachvollziehbar. Bei „urgewald“ sieht man das freilich ganz anders: Häufig falle die Einstufung viel zu lasch aus – um Kosten zu vermeiden und die Rendite nicht zu schmälern. Ginge es mit rechten Dingen zu, müsste die IFC viel mehr Projekte als kritisch einordnen.

Tillmann Elliesen

„Die Power kommt aus dem Süden“

Appell gegen Landgrabbing auf dem Weltsozialforum in Dakar verabschiedet

Seit 2001 treffen sich Globalisierungskritiker jährlich zum Weltsozialforum, ursprünglich als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos. Pepo Hofstetter von der schweizerischen Alliance Sud erklärt, warum der persönliche Austausch trotz Internet unverzichtbar ist und welche Impulse vom diesjährigen Treffen in Senegal ausgehen.

Soziale Bewegungen organisieren sich zunehmend über Facebook und Twitter. Ist eine Veranstaltung wie das Weltsozialforum überhaupt noch zeitgemäß?

Auf jeden Fall. Trotz der vielen technischen Kommunikationsmittel sind die Treffen und der direkte Austausch zwischen den Leuten nach wie vor sehr wichtig.

Oft wird kritisiert, dass beim Weltsozialforum keine einheitlichen politischen Beschlüsse gefasst werden.

In Dakar wurde über hunderte Themen diskutiert. Eine einheitliche Schlusserklärung, die alle abdeckt, wäre überhaupt nicht möglich oder rein manipulativ. Aber es fanden einige Dutzend so genannter Konvergenzveranstaltungen statt, bei denen die Ergebnisse vorangegangener Workshops zusammengefasst wurden. Dort wurden auch Erklärungen verabschiedet und Beschlüsse gefasst, etwa zum „Landgrabbing“, zum Zugang zu Wasser als gemeinsames Gut und zur Migration.

Die Weltsozialforen werden bereits seit zehn Jahren veranstaltet. Sie selbst sind seit 2004 dabei. Wie haben sich die Veranstaltungen verändert?

Das Weltsozialforum wird immer stark durch den Veranstaltungsort geprägt. 2004 in Mumbai haben vor allem die Kastenlosen die



Pepo Hofstetter arbeitet bei der Alliance Sud, dem Zusammenschluss der großen Schweizer Hilfswerke. Er ist dort für Entwicklungspolitik und Medien zuständig.

ALLIANCE SUD

Diskussionen bestimmt, im brasilianischen Belém waren es die Indigenen aus dem Amazonasgebiet und in diesem Jahr die afrikanischen Frauen. Sie haben das Forum dominiert.

Um welche Themen ging es dieses Jahr?

Zum Beispiel um „Landgrabbing“, die Aneignung von großen Landflächen durch fremde Regierungen und multinationale Konzerne. Beteiligt sind aber auch Reiche aus den Ländern selbst, wie die Marabouts, religiöse Würdenträger im Senegal. Zum Abschluss des Forums wurden ein „Appell von Dakar“ gegen „Landgrabbing“ verabschiedet und aufgelistet, welche Protestaktionen in nächster Zeit in welcher Weltgegend geplant sind. Zurzeit ist Mali von einem Projekt bedroht, wo auf 100.000 Hektar Reis für Libyen angebaut werden soll. Saudi-Arabien will im Senegal auf 200.000 Hektar Reis anbauen. Dagegen wollen Bauernbewegungen im

Senegal, in Mali und Burkina Faso zusammen vorgehen. Es geht zunächst vor allem darum, Transparenz zu schaffen und Informationen ans Licht zu bringen.

Ist die Zivilgesellschaft im Süden in den vergangenen Jahren selbstbewusster geworden?

Ja. Und sie ist auch kritischer geworden gegenüber den eigenen Regierungen. Sie sieht die Schulden für wirtschaftliche und soziale Notlagen nicht mehr nur in den USA, Frankreich oder bei internationalen Institutionen. Die Diskussionen waren sachlich und gut strukturiert – eindeutig eine Verbesserung gegenüber früheren Sozialforen.

Stehen die NGOs aus dem Süden ihren Partnern aus dem Norden kritischer gegenüber?

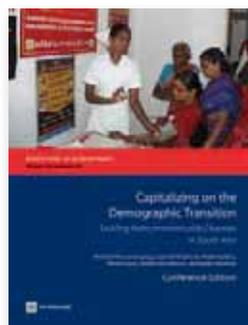
In Dakar hatten die afrikanischen NGOs das Sagen. Unsere Schweizer Delegation traf sich mit Chico Whitaker, einem der Gründer des Weltsozialforums. Er räumte offen ein, dass Europa der Schwachpunkt in der weltweiten Bewegung der Sozialforen ist. Die Power kommt ganz klar aus dem Süden.

Und was lernen die nichtstaatlichen Organisationen aus Europa daraus?

Möglicherweise hat die Finanz- und Wirtschaftskrise einige Organisationen hierzulande ratlos gemacht. Aber es gilt, sich zusammenzuraufen und zu schauen, dass man hier ebenfalls wieder mehr Schwung in die globalisierungskritische Bewegung bekommt.

Das Gespräch führte
Gesine Kauffmann.

STUDIE



Michael Maurice Engelgau u.a.
Capitalizing on the Demographic Transition: Tackling Noncommunicable Diseases in South Asia
World Bank Report, Februar 2011,
127 Seiten, www.worldbank.org

Immer mehr Menschen in Südasien leiden unter sogenannten Wohlstandskrankheiten wie Diabetes, Herz- und Kreislaufbeschwerden, Fettleibigkeit, Krebs

oder anderen nichtübertragbaren Erkrankungen. Diese Krankheiten treten bisher überwiegend in Industrienationen auf. Doch laut einer neuen Studie der Weltbank sind Herzkrankungen mittlerweile auch in den Ländern Südasiens die häufigste Todesursache von Erwachsenen zwischen 15 und 69 Jahren.

Das Durchschnittsalter von Patienten mit Herzinfarkt liegt in Südasien bei 53 Jahren, heißt es in dem Bericht – sechs Jahre früher als in anderen Weltregionen. Außerdem litten Südasiaten zunehmend unter Risikofaktoren wie zu hohen Cholesterinwerten, erhöhtem Blutdruck und Übergewicht. Der Grund dafür ist laut der Studie eine steigende Lebenserwartung in Ländern wie Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan und

Sri Lanka. Doch dass die Menschen in Südasien immer älter werden, heißt nicht, dass sich gleichzeitig ihr Lebensstandard verbessert. Mit steigendem Alter geraten die Südasiaten sogar schneller in Armut, da sie die hohen Kosten für Medikamente nicht tragen können, warnen die

Gesundheitsexperten der Weltbank.

Auch wenn die Länder Südasiens mit ihren wachsenden Wirtschaften ihre Armutsraten verringern konnten, sind ihre Gesundheitssysteme diesen Problemen nicht gewachsen. Die Autoren empfeh-

len den Ländern, rechtzeitig gegen bestimmte Risikofaktoren vorzugehen. Neben Vorsorgemaßnahmen und einer besseren Gesundheitsversorgung kann die Politik dazu beitragen, indem sie über schlechte Ernährungsgewohnheiten und die Nebenwirkungen des Zigarettenkonsums aufklärt. Die

Autoren weisen daraufhin, dass die Tabakindustrie zunehmend in ärmeren Ländern um Konsumenten wirbt. Asien ist ein wichtiger Absatzmarkt geworden, seitdem Europa und Nordamerika immer höhere Hürden für den Verkauf von und die Werbung für Zigaretten aufstellen. (saw)

BERLIN

Wer dient wem?

Nebel nähert die Entwicklungspolitik weiter der Wirtschaft an

Entwicklungsminister Dirk Niebel macht ernst: Neue Initiativen verbinden die private Wirtschaft stärker mit der Entwicklungszusammenarbeit. Ob das die Armutsbekämpfung vorwärts bringt, bleibt umstritten.

Dagmar Wöhrl, Unionspolitikerin und Vorsitzende des Entwicklungsausschusses im Bundestag (AWZ), hatte die Lösung schon parat, bevor dort die Experten-Anhörung zum Thema „Chancen der Kooperation mit der Privatwirtschaft“ überhaupt stattgefunden hatte. „Unser Ziel muss es sein, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gleichberechtigt neben die Kooperation staatlicher Akteure zu rücken.“ Nur durch privates Engagement ließen sich die UN-Millenniumsziele erreichen, erklärte sie.

Wöhrls Pressemitteilung wirkte wie mit Minister Niebel (FDP) persönlich abgestimmt. Der startete – nahezu zeitgleich – erst in der Industrie- und Handelskammer Potsdam die Info-Kampagne „wirtschaft.entwickelt.global“ und feierte dann im Entwicklungsministerium die Vereinbarung der künftig wesentlich intensiveren Zusammenarbeit des Beratungswerks der Wirtschaft Sequa mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem wichtigsten Durchführer staatlicher Entwicklungsarbeit. Die Sequa müht sich – mit bis jetzt eher mäßigem Erfolg –

bereits seit zwanzig Jahren um ein besseres Zusammenspiel von Privatwirtschaft und staatlicher Entwicklungszusammenarbeit. Auf Betreiben von Niebel hat sich die GIZ unlängst mit einer Beteiligung in Höhe von 49 Prozent in die Arbeit der ansonsten von Wirtschaftsverbänden wie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag oder dem Bundesverband der Deutschen Industrie getragenen „Entwicklungsorganisation“ eingeklinkt.

Für Niebel ist die Kooperation mit der Wirtschaft der Schlüssel

Für den Minister ist ausgemacht: Die Zusammenarbeit mit der pri-

Arbeit und Lohn, deutsche Unternehmen erhalten Zugang zu neuen Märkten und obendrein wird der deutsche Steuerzahler von staatlichen Entwicklungsleistungen entlastet.

Doch Idee und Praxis sind nun mal zweierlei. Das machten sowohl die AWZ-Anhörung als auch die Sequa-Feierstunde deutlich. Experten von Organisationen wie „urgewald“ und Germanwatch, aber auch ein Vertreter der UN-Arbeitsorganisation ILO wiesen im Ausschuss darauf hin, dass sich der erhoffte „Trickle-down-Effekt“ – spricht: ein nachhaltiger Gemeinutzen des privatwirtschaftlichen

Engagements – nicht automatisch einstellt. Segensreich wirken könne es allenfalls, wenn es an strenge soziale und ökologische Bedingungen gebunden wird. Und dabei – auch das ein Ergebnis der Anhörung – tun sich nicht nur viele große Konzerne schwer, sondern gerade auch kleine und mittlere Unternehmen, die Minister Niebel besonders am Herzen liegen. Untersuchungen von öffentlich-privaten Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit haben gezeigt, dass diese entwicklungs-politisch wenig wirksam sind.

Es ist eben schwierig, die auf Gewinnerzielung ausgerichtete Wirtschaft und die auf Sozialausgleich und Nachhaltigkeit angelegte Entwicklungszusammenarbeit unter einen Hut zu bringen, befand denn auch freimütig Walter Kiefer, früherer Sequa-Geschäftsführer – und fragte bange, ob es denn gut gehen könne, wenn die Initiative künftig „zwei Herren“ dienen sollte: der deutschen Wirtschaft und via GIZ dem Entwicklungsministerium? Oder zugespitzt: Wer dient am Ende wem? Eine Frage, die im politischen Berlin als noch unentschieden gehandelt wird – außer bei der Linkspartei. Deren Entwicklungspolitiker Niema Movassat ist sich schon jetzt sicher: „Minister Niebel arbeitet daran, sein Ministerium zum internationalen Lobbyverein für die deutsche Wirtschaft umzuwandeln.“

Johannes Schrädi



vaten Wirtschaft ist der Schlüssel. So würden, erklärte er in Potsdam, gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Menschen in den Partnerländern kommen zu

Wirtschaftsnah: Entwicklungsminister Niebel (Mitte) eröffnet Anfang Februar in der IHK Potsdam eine Veranstaltungsreihe seines Hauses.

DPA/PICTURE-ALLIANCE

Globaler Aidsfonds „verwundert“ über Zahlungsstopp

Niebel reagiert auf Medienberichte über Korruption

Bis zu zwei Drittel der Hilfe aus dem Globalen Aidsfonds (GFATM) seien Korruption und Untreue zum Opfer gefallen, hieß es Ende Januar in Zeitungsartikeln. Das Entwicklungsministerium zeigte sich „überrascht“ und stoppte alle Zahlungen. Doch von einem solchen Schwund kann keine Rede sein – und das Ministerium wusste das längst. Oder hätte es wissen müssen.

„Ich nehme die Vorwürfe von Korruption gegen den Globalen Fonds in den Medien sehr ernst und gehe davon aus, dass der Fonds unverzüglich Aufklärung schaffen wird“, ließ Minister Dirk Niebel wissen, kaum hatten einige Zeitungen die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) zitiert, bei der Mittelverwendung gebe es Unregelmäßigkeiten. Und weil der Minister dem bei der Weltbank angesiedelten Fonds ohnehin nicht traut, kündigte er neben dem sofortigen Stopp der Geldflüsse gleich noch eine „Sonderprüfung“ an.

Man könne Sorgen der Geber über Korruption sehr gut verstehen, sagt Fonds-Sprecher Jon Lidén. „Aber wir sind etwas verwundert über die heftige Reaktion Deutschlands.“ Die Fälle, um die es in der AP-Meldung gehe, seien längst bekannt gewesen; der Generalinspekteur des Fonds selbst habe sie im vergangenen Jahr aufgedeckt. Der Aufsichtsrat des Fonds, in dem alle Geber vertreten sind, habe auf seiner Sitzung im Dezember ausführlich darüber diskutiert und die vom Management eingeleiteten Maßnahmen gutgeheißen.

Der Bericht von Generalinspekteur John Parsons ist im Internet frei zugänglich. Demnach ist es in vier Ländern zu teilweise gravierenden Betrugereien gekommen. In Mali seien von ausgezahlten 11 Millionen US-Dollar für die Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose ungefähr 4 Millionen veruntreut worden. Es sei damit zu rechnen, dass auch im Aids-



Programm des Landes, das der Fonds mit bisher mehr als 50 Millionen Dollar unterstützt hat, betrogen worden sei. In Mauretanien seien ebenfalls gut 4 Millionen Dollar verschwunden, 67 Prozent der Fonds-Mittel für die Aids-Bekämpfung dort.

In der AP-Meldung heißt es mit Bezug auf diesen Fall, „bis zu zwei Drittel einiger Zuschüsse“ seien von Korruption aufgefressen worden. Die „Süddeutsche Zeitung“ verzichtete in einer Meldung auf das Wörtchen „einige“ und er-

Aufklärung zur Vorbeugung von Aids in Sambia.

DPA/PICTURE-ALLIANCE

weckte so den Eindruck, es gehe um zwei Drittel der gesamten Fördermittel. Laut Parsons' Bericht summiert sich der Fehlbetrag in den vier Ländern Dschibuti, Mali, Mauretanien und Sambia aber nur auf 0,26 Prozent der bisher weltweit vergebenen Zuschüsse in Höhe von 13 Milliarden Dollar. Der Fonds hat die insgesamt fehlenden 34 Millionen Dol-

lar bereits zurückgefordert und teilweise auch schon erhalten. Strafverfahren seien eingeleitet, weitere Zuflüsse an die vier Länder gestoppt worden.

Auf die Frage, warum Niebel erst auf die Medienberichte reagiert habe, antwortete ein Sprecher des Ministeriums, die Berichte hätten deutlich gemacht, dass die Korruptionsfälle schlimmer sein könnten „als vom Fonds bekanntgegeben“. Die den Medien „zu entnehmende Dimension der Mittelfehlverwendung war um so viel größer als die vom Fonds zugestandene, dass sie das BMZ tatsächlich überrascht hat“. Das ist schwer nachvollziehbar, da die Meldung von AP ausschließlich auf Informationen des Globalen Fonds beruht und keine neuen Sachverhalte nennt.

Schlecht informiert zeigte sich auch Niebels Parteifreund Harald Leibrecht, der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. In einer Mitteilung Leibrechts heißt es, beim Globalen Fonds seien „wahrscheinlich in vier Ländern Mittel von insge-

KOMMENTAR

Eulen nach Athen getragen

Überzeugendes Krisenmanagement sieht anders aus. Fällen von Korruption und Missbrauch gehe das BMZ „unmittelbar und unverzüglich“ nach, heißt es aus dem Hause Niebel mit Blick auf die verschwundenen Millionen beim Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Aber genau das ist nicht geschehen. Anders als Schweden hat der deutsche Entwicklungsminister erst reagiert, als er von den Betrugsfällen in der Zeitung las – Wochen nachdem der Aufsichtsrat des Fonds, in dem auch Deutschland vertreten ist, darüber diskutiert und Beschlüsse gefasst hatte.

Das BMZ liefert keine vernünftige Erklärung für diese Verspätung. Die SPD vermutet, für Niebel seien die aufgebauchten Presseberichte nur ein will-

kommener Anlass gewesen, die Zahlungen an den Fonds einzustellen. Möglicherweise aber wusste die Ministeriumsspitze wirklich nichts und wurde von den Nachrichten überrascht. Das würde bedeuten, dass die Verständigung innerhalb des Hauses nicht klappt.

Jetzt verlangt Niebel lautstark Aufklärung. Das ist bei Korruption immer berechtigt, gerade auch in der Entwicklungshilfe. Aber im Falle des Globalen Fonds trägt der Minister die sprichwörtlichen Eulen nach Athen. Zum einen hat der Fonds die bislang bekanntesten Betrugereien selbst publik gemacht. Zum anderen gibt es laut Kennern wenige Organisationen, die offener und konsequenter gegen Missbrauch und Untreue vorgehen. (ell)

samt etwa drei Milliarden US-Dollar veruntreut“ worden. Das wäre freilich mehr als das Sechsfache dessen, was diese Länder bisher insgesamt erhalten haben. Die Zahl habe „irgend jemand“ auf einer Ausschusssitzung genannt, hieß es auf Anfrage aus dem Büro des FDP-Abgeordneten.

Die SPD wirft Dirk Niebel vor, er habe die Presseartikel nur genutzt, um die vereinbarten Mittel für den Globalen Fonds zu stornieren. Tatsächlich wollte der Entwicklungsminister schon auf der letzten Geberkonferenz im Oktober 2010 in New York die Überweisungen aus Deutschland einstellen. Erst auf Druck von Bundeskanzlerin Angela Merkel lenkte er ein und sagte bis 2013 jährlich 200 Millionen Euro zu.

Deutschland sei der einzige Geber, der aufgrund der Medienberichte Ende Januar seine Zahlungen gestoppt hat, sagt Fonds-Sprecher Lidén. Schweden hatte bereits vor Monaten erklärt, es werde neue Zusagen verschieben,

bis die Korruptionsfälle aufgeklärt seien. Laut Lidén hat sich die Regierung in Stockholm aber mittlerweile zufrieden über das Krisenmanagement des Fonds geäußert und angekündigt, demnächst wieder zu zahlen.

Der Fonds setzt auf Vorschlag des BMZ eine Kommission ein

Bislang hat der Globale Fonds rund 30 seiner insgesamt 145 Projektländer auf Korruption durchleuchtet. Die Forderung des BMZ, die Prüfung auszuweiten und damit unabhängige Fachleute zu beauftragen, sei „eine gute Idee“, sagt Lidén. Der Fonds werde zu diesem Zweck eine internationale Expertenkommission einsetzen. Das Entwicklungsministerium plant dennoch eine „eigenständige Sonderuntersuchung“. Man sei derzeit in Gesprächen mit anderen Gebern wie Schweden, Dänemark und dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP über ein arbeitsteiliges Vorgehen.

Allerdings ist das UNDP gar kein Geber des Globalen Fonds. Im Ge-

genteil: Das UN-Programm verwaltet in einigen Ländern mit schwachen Gesundheitssystemen Fonds-Mittel und ist ein Teil des Problems. Es weigert sich nämlich, seine Bücher zu öffnen, und erschwert die Aufklärung der Korruptionsfälle. In Mauretanien habe man deshalb nur den Ver-

bleib von knapp der Hälfte der Zuschüsse prüfen können, klagt Fonds-Inspekteur Parsons in seinem Bericht. Für 55 Prozent des Geldes seien UNDP-Mitarbeiter verantwortlich und die hätten ihm den Zugang zu Dokumenten und Zeugen verweigert.

Tillmann Elliesen / Johannes Schradi

KURZ NOTIERT

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat ihre Arbeit aufgenommen. Doch bis zu einer echten Neuaufstellung ist es noch ein weiter Weg. „Wir befinden und in einer komplexen und risikoreichen Übergangsphase“ erklärte Entwicklungsminister Dirk Niebel unlängst in trauter Runde der GIZ-Vorstände. Es müsse zu einer „effizienteren und stärkeren politischen Steuerung“ der neuen Gesellschaft durch das Ministerium kommen. Geboten sei zudem eine „neue Kultur der Verständigung“, die neben GIZ und BMZ auch die KfW-Entwicklungsbank einschließen müsse. Während Vorstandssprecher Bernd Ei-

senblätter schon von einer globalen „Marktführerschaft“ der neuen Mammutgesellschaft spricht, verlangt Niebel, dass sie vor allem der Bundesregierung verlässlich dient.

Ein Bericht der im BMZ angesiedelten Projektgruppe Vorfeldreform identifiziert mehrere „Baustellen“, die es dieses Jahr abzarbeiten gelte – von der personellen Stärkung des Ministeriums gegenüber GIZ und KfW über die Auswahl von Pilotländern, in denen ein einheitlicherer Außenaustritt erprobt werden soll, bis hin zur Gründung eines unabhängigen Evaluierungsinstituts. (di)

BRÜSSEL

Kein Geld für Schutz vor dem Klimawandel

Die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionsrechten reichen nicht

Ab 2013 werden die Rechte zum Ausstoß von Treibhausgasen in Europa teilweise versteigert. Voraussetzungen sind, dass nicht genug Erlöse bringen, um die Hilfszusagen der EU für vom Klimawandel bedrohte Entwicklungsländer zu erfüllen. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy fordert deshalb eine Finanztransaktionssteuer.

Ab 2013 sollen die Emissionsrechte in der EU nicht mehr wie bisher weitgehend umsonst an Industriebetriebe und Kraftwerke verteilt, sondern zunehmend versteigert werden. Doch die Einnahmen daraus werden die von Brüssel auf der UN-Klimakonferenz im vergangenen Jahr in Cancún zugesagten Klimahilfen von 30 Mil-

liarden Euro jährlich nicht decken. Um diesen Betrag zu erreichen, müsste beim derzeitigen Preis von unter 15 Euro pro Tonne Kohlendioxid die Gesamtmenge der im europäischen Handelssystem vorgegebenen Emissionsrechte verkauft werden. Aber das ist nicht vorgesehen: Zu Beginn der dritten Phase ab 2013 müssen Kraftwerke und einige andere Industrien, die viel Kohlendioxid produzieren, nur die Hälfte der ihnen zugestanden Rechte kaufen; schrittweise soll diese Quote dann bis 2020 auf 70 Prozent steigen. Einige Branchen wie die Stahlindustrie, die sich von Konkurrenz aus dem Ausland besonders bedroht fühlen, erhalten ihre Rechte auch in Zukunft komplett

umsonst. Je nach Berechnung ergeben sich Erlöse aus dem Verkauf von Emissionsrechten in Höhe von 8 bis 12 Milliarden Euro – bestenfalls.

Zudem sind die Einnahmen nicht zwingend für die Klimahilfen an Entwicklungsländer reserviert. Lediglich die Hälfte soll für „relevante Maßnahmen“ zum Klimawandel verwendet werden, heißt es in der maßgeblichen EU-Regelung. Wobei damit nicht nur die Entwicklungsländer gemeint sind; für diese dürfte angesichts des eigenen Bedarfs der EU-Länder nicht mehr viel übrig bleiben. Zwar fließen die Erlöse in die nationalen Haushalte, aber die stehen unter dem Sparzwang des EU-Sta-

bilitätspaktes. Und auch aus dem allgemeinen EU-Haushalt dürfte nichts an Klimahilfen für die armen Länder zu holen sein.

Sarkozys Vorstoß hat aber auch weniger uneigennützig Motive. Denn das Geld aus der Versteigerung wird danach verteilt, wo die Produzenten von Treibhausgasen sitzen – und da hat Frankreich angesichts seiner geringen Zahl von Kohlekraftwerken und seinen vielen Atommeilern das Nachsehen. Für Paris besteht also Handlungsbedarf; seit über einem Jahr trommelt Sarkozy für die Finanztransaktionssteuer. Als Vorsitzender der G20 dieses Jahr wird er die Gunst der Stunde zu nutzen versuchen. Heimo Claasen

Brüssel gibt sich ahnungslos

Eine Mitteilung der EU-Kommission zur Explosion der Rohstoffpreise lässt viele Fragen offen

Anfang Februar legten gleich drei EU-Kommissare ein gemeinsames Papier zur Frage der Rohstoffsicherung vor. Es soll zeigen, wie wenig Kenntnisse es über den Zusammenhang zwischen Finanzspekulation und den steigenden Preisen für Nahrungsmittel und andere Rohstoffe gibt. Die „Mitteilung“ aus Brüssel ist die Aufregung kaum wert, die es zuvor in und außerhalb der Europäischen Union darüber gegeben hatte.

Die drei Kommissare Michel Barnier (Binnenmarkt und Dienstleistungen), Dacian Ciolos (Agrarpolitik) und Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani (Industrie und Unternehmerschaft) beschworen die versammelte Presse Anfang Februar geradezu, daran zu glauben, dass die Kommission vorerst gar nichts weiter vor habe, als besser Bescheid wissen zu wollen, warum die Rohstoffpreise so stark steigen.

Zuvor war das Schlimmste befürchtet worden, nachdem Tajani Ende November eine eigene „Strategie-Mitteilung“ zur Sicherheit der Versorgung der Europäischen Union mit Rohstoffen angekündigt hatte. Doch der Entwurf von Tajanis Abteilung geriet so dünn, dass er schon von den Einwänden anderer Kommissionsabteilungen gebremst wurde. Ähnlich erging es Barniers Vorhaben, die rein spekulativen Finanzgeschäfte anzugreifen, die auf den Märkten für Rohstoffe sowie Nahrungs- und Futtermittel als Preistreiber gelten.

Auf einen ersten Entwurf hagelte es bissige Kommentare

Auszüge des Tajani-Papiers zirkulierten im EU-Parlament und unter Entwicklungsorganisationen, es hagelte bissige Kommentare. Als auch noch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, frisch gebackener Vorsitzender der G20 für dieses Jahr, dazwischen fuhr und mehr Aufmerksamkeit für die

Spekulation mit Nahrungsmitteln forderte, war das Chaos in der Kommission komplett. Denn Sarkozys Forderung, die Spekulation mit Nahrungsmitteln ins Zentrum zu rücken, wurde Ende Januar von den in Berlin zur „Grünen Woche“ versammelten Agrarministern aufgegriffen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso blies die für Ende Januar angesetzte öffentliche Vorstellung Tajanis ab, verlangte die Zusammenlegung der Papiere von Tajani und Barnier und dazu einen Beitrag von Agrarkommissar Ciolos, der sich bislang geschickt um eine klare Aussage zur Spekulation mit Agrarrohstoffen gedrückt hatte.

Herausgekommen ist eines jener nichtssagenden EU-Papiere, die vielerorts gleich in der Ablage landen. Die stärkste Aussage dieser „Mitteilung“ mit dem Titel „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze“ ist die, dass „zusätzliche zielgerichtete Regulierungsmaßnahmen“ wie etwa ein Mengelimit für so genannte Optionen – Termingeschäfte, die häufig der Spekulation dienen – „erwägenswert“ seien. Das freilich hat sogar die US-Regierung selbst schon zum Gesetz gemacht. Muster für dergleichen Geschäfte war voriges Jahr die Spekulation eines Fonds mit Kakao: Der Fonds erwarb Optionen auf ein Fünftel der gesamten Weltermiete. Die Preise explodierten daraufhin, und der Fonds verkaufte seine Kontrakte mit satten Spekulationsgewinnen von über 40 Prozent.

Bei der Vorstellung ihres gemeinsamen Papiers präsentierten sich die drei Kommissare bemerkenswert ratlos mit Blick auf die Preisanstiege: „Sind es die Spekulationen auf den Terminmärkten, sind es zugrunde liegende Faktoren des Handels mit den Rohstoffen, sind es die Zusammenhänge zwischen beiden Bereichen – wir

wissen nicht genügend dazu.“ Im Übrigen zählt der Text nur auf, welche Regeln die EU ohnehin bereits erlassen und welche anderen Mitteilungen die Kommission bisher schon zu diesen Themen von sich gegeben hat.

Interessant ist die Mitteilung nur insofern, als sie einmal mehr deutlich macht, wie stark der Zugang zu Rohstoffen mittlerweile die Ausrichtung der Entwicklungspolitik der Europäischen

Union bestimmt. So hebt die Kommission den Ausbau von Verkehrsnetzen hervor, die den „regelmäßigen Fluss von Rohstoffen“ gewährleisten sollen. Von Brüssel geförderte „gute Regierungsführung“, eines der Kernziele der EU-Entwicklungspolitik, wird in der Mitteilung als Rahmenbedingung für Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit – kurz: für die „Nachhaltigkeit des Zugangs“ zu Rohstoffen – genannt.

Heimo Claasen

Anzeige



Personaldienst der
deutschen Katholiken für
Entwicklungszusammenarbeit

Arbeitsgemeinschaft
für Entwicklungshilfe

Ripuarenstr. 8, 50679 Köln
Tel.: 0221/8896-0
E-Mail: info@ageh.org



Friedensarbeit – Ihr Anliegen?

Sie wissen, dass Friedensprozesse aus der direkten Begegnung von Mensch zu Mensch entstehen und wachsen. Sie suchen als Sozial- oder Geisteswissenschaftler/ in eine Aufgabe, bei der die Fragen und Nöte von Menschen und Gemeinschaften im Mittelpunkt stehen.

Dann sollten wir uns kennen lernen!

Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit. Seit 50 Jahren bringen wir Menschen in Projekten in über 60 Ländern zusammen, um menschenwürdige Lebensbedingungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir bieten Ihnen die Chance, in Projekten des Zivilen Friedensdienstes in Afrika, Asien und Lateinamerika aktiv zu werden. Mit Ihrer Professionalität unterstützen Sie unsere Partner bei der Suche nach gewaltfreien Konfliktlösungen.

Informieren Sie sich auf www.ageh.de über unsere Stellenangebote in der Friedensarbeit.

SCHWEIZ

Kein Verfahren gegen Textilhersteller Triumph in Asien

Schweizer OECD-Kontaktpunkt legt Beschwerde zu den Akten

Der beim Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft SECO angesiedelte Nationale Kontaktpunkt (NKP) für die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen hat ein Beschwerdeverfahren gegen den Textilhersteller Triumph International überraschend eingestellt. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Hilfswerke kritisieren die Entscheidung.

Triumph hatte im Sommer 2009 rund 2000 Arbeiterinnen in Thailand sowie 1600 auf den Philippinen entlassen. Da in beiden Ländern das Arbeitsrecht nur ungenügend Schutz bietet, hatten die asiatischen Gewerkschaften beim Kontaktpunkt in Bern für die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Beschwerde eingereicht. Sie hatten auf Verhandlungen mit dem globalen Triumph-Management mit Sitz in der Schweiz gesetzt. Die Kampag-

nen für Saubere Kleidung in der Schweiz und in Deutschland hatten die Gewerkschaften unterstützt.

Obwohl Triumph zu Beginn Offenheit für eine Vermittlung durch den Kontaktpunkt signalisiert hatte, sagte das Unternehmen in der Folge Mediationstreffen ab. Dass der Nationale Kontaktpunkt nun das Beschwerdeverfahren beendet hat, ohne dass es je zu einem Treffen kam, empört die von 19 Schweizer regierungsunabhängigen Organisationen getragene „Clean Clothes Campaign“ (CCC). Das werfe „ernsthafte Fragen auf bezüglich der Bereitschaft des NKP, seiner Rolle als unparteiische Vermittlung gerecht zu werden“, kritisiert die Erklärung von Bern (EvB), die die CCC-Kampagne koordiniert. Der Kontaktpunkt habe lediglich die Korrespondenz zwischen Triumph und den Gewerkschaften

hin- und hergeschickt, berichtete eine der Beschwerdeführerinnen, Melona Daclan von Defend Job Philippines. Der Fall sei nie unabhängig untersucht worden.

Der Kontaktpunkt wird seiner Aufgabe nicht gerecht

In seiner Schlusserklärung sagt der NKP nichts dazu, ob Triumph die OECD-Leitsätze verletzt hat. Er gibt auch keine Empfehlung ab, wie die Leitsätze besser verwirklicht werden könnten – obwohl das die Aufgabe der Kontaktpunkte ist. Das NKP-Statement signalisiere den Unternehmen, dass sie für ihre Handlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, kritisiert die Erklärung von Bern im Namen der CCC.

Die Einstellung des Verfahrens zeige, wie nötig Mindeststandards für die Bearbeitung von Beschwerden seien, erklärte Joseph Wilde-Ramsing vom internatio-

nalen Netzwerk OECD-Watch. Derzeit werden die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen überarbeitet. Das biete eine gute Gelegenheit, die Richtlinien für die Nationalen Kontaktpunkte zu verbessern.

Triumph begründete die Massenentlassungen 2009 mit der globalen Rezession. Doch der Gewerkschaft Triumph International Thailand Labour Union (TITLU) zufolge hat das Unternehmen die Produktion in einer gewerkschaftlich nicht organisierten Fabrik in Nordthailand ausgebaut. Die entlassenen Arbeiterinnen hätten zudem die vertraglich vereinbarten Entschädigungen nicht bekommen. In den Philippinen berichten entlassene Arbeiterinnen, Triumph habe ihnen Arbeit bei Zulieferfirmen angeboten. Dort würden sie allerdings um ihre gewerkschaftlichen Rechte geprellt.

Christof Berger, InfoSüd

Gesetz gegen Geldwäscherei in der Kritik

Geltungsbereich soll auf Immobilien ausgeweitet werden

Nach dem Umsturz in Tunesien hat die Regierung in Bern verdächtige Konten des früheren Präsidenten Ben Ali umgehend blockiert, ebenso diejenigen des abgewählten Präsidenten der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo. Grundlage ist das Geldwäschereigesetz. Doch die Suche nach weiteren Vermögenswerten zeigt laut Entwicklungsfachleuten und Politikerinnen, dass das Gesetz Lücken hat.

Die Schweizer Regierung (Bundesrat) handelte relativ schnell, als sie vermutlich unrechtmässig erworbene Gelder des geflohenen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali und seines Umfeldes sperren liess. Dem Rücktritt des ägypti-

schen Präsidenten Hosni Mubarak Anfang Februar folgte dieselbe Verfügung. Im Falle des Clans von Ben Ali waren Ende Januar „mehrere Zehnmillionen Franken“ aufgespürt und blockiert worden. Da der Regierungsbeschluss auch Gelder des in den Präsidentschaftswahlen unterlegenen Laurent Gbagbo umfasste, kamen auch Vermögen zweifel-

Alaa und Gamal Mubarak, die Söhne Hosni Mubaraks, im Oktober 2010. Experten schätzen das Vermögen der Familie des gestürzten ägyptischen Staatspräsidenten auf 40 Milliarden US-Dollar.

REUTERS



hafter Herkunft aus der Elfenbeinküste hervor.

„Um welche Vermögenswerte es sich genau handelt, wollen die Behörden nicht mitteilen“, kritisiert André Rothenbühler, Co-Geschäftsleiter der Aktion Finanzplatz Schweiz AFP. Die Schweiz behauptet gerne, das Geldwäschereigesetz verhindere die Platzierung zweifelhaft erworbener Gelder „politisch exponierter Personen“. Wäre dem so, dürften Vermögen von Ben Ali und Gbagbo gar nicht erst in der Schweiz sein.

Gemäß dem Gesetz müssen die Banken melden, wenn ein „begründeter Verdacht“ besteht, dass Vermögen auf ihren Konten aus Verbrechen stammen. Bei der Meldestelle für Geldwäscherei gehen jedoch nicht viele Verdachtsmeldungen ein. Politisch exponierte Personen gebe es viele, argumentieren Bankiers, man könne eine Personengruppe nicht unter „Generalverdacht“ stellen. Im Fall Tunesien, das ein Rechthil-

fesuch auf Rückgaben von Ben-Ali-Vermögen an die Schweiz gestellt hat, werden derzeit Namenslisten ausgetauscht.

Die Regierung sieht schärfere Regeln skeptisch

Entwicklungsorganisationen und Parlamentsmitglieder der Sozialdemokraten (SP) sehen weitere Mängel des Geldwäschereigesetzes: Vermögenswerte wie Immobilien, Kunstwerke oder Rohstoff-Anlagen fallen nicht darunter. Noch vor dem Umsturz in Tunesien hatte SP-Nationalrätin Birgit Wyss eine Anfrage an den Bundesrat eingereicht, er solle prüfen, den Geltungsbereich auf Immobilien auszuweiten. Es wird vermutet, dass Verwandte Ben Alis Villen am Genfersee besitzen. Die Anfrage von Wyss wird deshalb in der Märzsession wohl mehr Gewicht erhalten. Die SP will eine Revision des Geldwäschereigesetzes, die bürgerliche Regierungsmehrheit hingegen sieht schärfere Regelungen für den Finanzplatz Schweiz skeptisch.

Dabei bemüht sich Außenministerin Micheline Calmy-Rey um ein vorbildliches Image und kann als Leistungsausweis die im Februar in Kraft getretene „Lex Duvalier“ vorweisen. Das nach Haitis Ex-Diktator Jean-Claude Duvalier benannte Gesetz regelt die Rückgabe von Potentatengeldern an Staaten mit schwachen Rechtssystemen und ermöglicht die Einziehung unrechtmäßig erworbe-

ner Gelder. Aber auch bei diesem Gesetz sehen Fachleute Lücken. Denn falls „Baby Doc“ Duvalier Einspruch erhebt, müsse die Schweiz mit dem Despoten verhandeln. Besser wäre es, die Beweislast umzukehren. Dann müssten die Duvaliers die Rechtmäßigkeit der Gelder nachweisen, erklärt Mark Herkenrath, Finanzexperte bei Alliance Sud.

Viera Malach, InfoSüd

KURZ NOTIERT

„Des einen Schatz, des andern Leid: Bodenschätze und Menschenrechte.“ Unter diesem Motto steht die Ökumenische Kampagne 2011 von Brot für alle und Fastenopfer, die am 10. März beginnt. Am gleichen Tag starten die beiden Werke die Unterschriftensammlung „Unternehmen müssen Menschenrechte achten“. Diese fordert die Schweizer Behörden zu einer Außen- und Wirtschaftspolitik auf, die Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt. Der Reich-

tum unter dem Boden vieler Länder nütze kaum der einheimischen Bevölkerung, während Konzerne und korrupte Behörden aus der Nachfrage ihre Profite ziehen, erklären Brot für alle und Fastenopfer. Begleitet wird die Kampagne von der Aktion lokaler Bäckereien „Brot zum Teilen“, den traditionellen Suppentagen und dem Rosenverkauf am 2. April. Die Einnahmen fließen in Projekte und Programme im Süden. (15) www.rechtaufnahme.ch

ÖSTERREICH

Von Managua nach Tiflis

Die Wiener Entwicklungspolitik richtet den Blick nach Osten

Ab 2013 wird Nicaragua kein Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit Österreichs mehr sein; das Koordinationsbüro dort wird geschlossen. Die Regierung begründet das mit dem Sparzwang, öffnet aber zugleich ein neues Büro in Georgien. Vermutlich spielen dafür auch energiepolitische Motive eine Rolle.

Das mittelamerikanische Land stand im Fokus österreichischer Kooperation, seit ein Ärzteteam von der Gruppe Kritische Medizin im Jahre 1978 Flüchtlinge aus Nicaragua in Lagern in Honduras betreute. Als die Revolution im Juli 1979 die Somoza-Diktatur hinwegfegte, machte sich Aufbruchstimmung breit. Die entwicklungspolitischen Kriterien

der nichtstaatlichen Hilfswerke (NGO) und der Bundesregierung wurden von der sandinistischen Regierung weitgehend erfüllt. Für die meisten Helfer war der Einsatz in Nicaragua auch mit politischem Engagement verbunden.

Der Österreichische Entwicklungsdienst (ÖED) und das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ), die später zu Horizont3000 verschmelzen sollten, eröffneten Anfang der 1980er Jahre in der Hauptstadt Managua Regionalbüros. Die Bundesregierung richtete 1986 ein Koordinationsbüro ein, das der Botschaft in Mexiko unterstellt war und auch konsularische Funktionen wahrnahm. Aber erst nach dem Ende der Sandinistischen Revolution infolge der Wah-

len 1990 erhielt Nicaragua offiziell den Status des Schwerpunktlandes – als einziges in ganz Lateinamerika. Nicaragua war auch eines der ersten Länder, in das österreichische Budgethilfe floss.

NGOs werden weniger leicht an staatliche Mittel kommen

Das Koordinationsbüro wird in zwei Jahren geschlossen – die Regierung begründet das mit dem Sparzwang. Auch die noch stark in Nicaragua engagierten NGOs, allen voran Horizont3000, werden weniger leicht an staatliche Kofinanzierung kommen, wenn der Status des Schwerpunktlandes verloren geht. Das Büro in Managua, das auch Projekte in Guatemala und El Salvador betreut, dürfte aber zumindest vorerst

weiter arbeiten. Die GEZA hingegen, der entwicklungspolitische Zweig des Samariterbundes, schließt im April nach jahrelanger Projektarbeit ihre regionale Koordinationsstelle in Managua.

Während Wien sein Engagement in Zentralamerika und Afrika zurückfährt, wird die Kaukasusregion aufgewertet. In Tiflis wird demnächst ein Regionalbüro aufgebaut. Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinationsstelle der Bischofskonferenz (KOO), vermutet, dass die in Bau befindliche Erdgasleitung Nabucco bei den Planungen eine wichtige Rolle gespielt hat: Die Pipeline soll die Abhängigkeit Österreichs und Zentraleuropas von russischen Gaslieferungen verringern. Ralf Leonhard

Paris-Erklärung weitgehend wirkungslos

In Österreichs Entwicklungshilfe ist von Abstimmung wenig zu spüren

Nur fünf Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe Österreichs werden gemäß der Pariser Erklärung vergeben. Laut einer Anfang des Jahres veröffentlichten Evaluierung handelt es sich dabei vor allem um Vorhaben der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Paris-Erklärung aus dem Jahr 2005 ist ein internationales Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessern soll. Sie enthält fünf Prinzipien, darunter die Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer (Ownership), die Abstimmung der Geber untereinander (Harmonisation) und eine gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability).

Als prinzipielles Problem konstatiert der Schweizer Organisationsberater Bernhard Wenger in seiner Studie, dass Österreichs Entwicklungshilfe stetig schrumpfe und zugleich hochgradig gestreut sei. Von 2008 auf 2009 sanken die Leistungen von 0,5 Prozent auf 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Bis 2014 plant die Regierung weitere gravierende Kürzungen. Gegenwärtig verteilt sich die Hilfe Österreichs auf 136 Länder. Eine übergeordnete Strategie sei nicht erkennbar, heißt es in der Studie, die das Außenministerium und die ADA in Auftrag gegeben hatten.

Für die multilaterale Hilfe ist das Finanzministerium zuständig

Der größte Teil der österreichischen Entwicklungshilfe errechnet sich aus Entschuldungen und geht an internationale Organisa-

tionen wie die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die Weltbank. Diese Leistungen liegen in der Verantwortung des Finanzministeriums. Dort habe die Paris-Erklärung durchaus hohe Priorität, heißt es in der Studie. Doch wie das Geld dann ausgegeben werde, liege in der Verantwortung der Organisationen. Letztlich seien die Prinzipien nur in der Programm- und Projekthilfe verankert, die über die ADA abgewickelt wird. 2009 seien rund 45 Prozent der ADA-Leistungen „aktiv nach den Prinzipien der Pariser Erklärung geplant“ worden. Das entspreche 5 Prozent der gesamten öffentlichen Hilfe.

Der Gutachter empfiehlt dem Außenministerium, der ADA und dem Finanzministerium, sich untereinander besser abzustimmen. Zudem müsse die ADA unabhän-

giger vom Außenministerium agieren. Die Agentur sei 2004 eingerichtet worden, um die institutionell zersplitterte Entwicklungshilfe Österreichs wirksamer zu machen. Das sei nicht gelungen, weil die ADA zu schwach sei und zu wenig Geld zur Verfügung habe. Wenger empfiehlt außerdem, die Zahl der Empfängerländer deutlich zu reduzieren.

Der Entwurf des Bericht sei bei den Beteiligten gut aufgenommen worden, schreibt Wenger. Bei den Präsentationen habe Konsens bestanden, „dass die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Österreichs im Moment eine Krise durchläuft“. Zugleich habe Skepsis geherrscht, dass die Krise als Chance für Verbesserungen genutzt wird. **Ralf Leonhard**

www.entwicklung.at

KIRCHE UND ÖKUMENE

Startschuss für Friedenskonvokation auf Jamaika

ÖRK-Zentralausschuss legt Aufruf zum gerechten Frieden vor

Zehn Jahre lang hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) die Überwindung von Gewalt zu seinem zentralen Thema gemacht. Zum Abschluss der Dekade findet im Mai auf Jamaika die größte Friedensversammlung in der Geschichte des Rates statt. Zur Internationalen Friedenskonvokation in der Hauptstadt Kingston werden rund eintausend Christen aus aller Welt erwartet.

Auf ihrer Zentralausschuss-Sitzung in Genf beschlossen die ÖRK-Delegierten den Ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden, die theologische Grundlage der Friedenskonvokation. „Zu oft verfolgen wir das Ziel der Gerechtigkeit auf Kosten des Friedens“,

heißt es darin. Gerechter Friede hingegen sei „darauf ausgerichtet, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden“. Dabei weiß Fernando Enns, der das Internationale Vorbereitungskomitee moderiert, dass dieser gerechte Frieden auch nach zehn Jahren ökumenischer Arbeit noch ein fernes Ziel ist. „Die Friedenskonvokation ist der Moment, an dem wir die Früchte der Arbeit der vergangenen Jahre sammeln“, sagt er. Zugleich wolle man aber auch Versäumnisse und Fehler eingestehen. In den Worten von Enns: „Es ist zugleich der Zeitpunkt, wo wir uns fragen, wie wir weiter machen wollen.“

Jamaika als Ort der Konvokation ist gut gewählt. Die Insel ist ein Hotspot der Kriminalität in der Karibik. Im Mai vergangenen Jahres musste der Ausnahmezustand ausgerufen werden, weil Drogenkartelle sich offene Kämpfe lieferten. Viel Zeit ist deshalb der Begegnung mit Friedensprojekten vor Ort und dem Austausch von Erfahrungen und Geschichten gewidmet.

Wie schwierig es für Kirchen sein kann, Frieden zu stiften, weiß Lala Rasendrasahina, seit Dezember Vorsitzender der Kirchenkonferenz von Madagaskar. Seit einem Putsch im März 2009 ist der afrikanische Inselstaat destabilisiert. Die Regierung des selbsternann-

ten Präsidenten Andry Rajoelina ist international nicht anerkannt, Hilfen sind eingefroren. Darunter leiden die Ärmsten im Land. „Die Kirche muss zwischen den Politikern vermitteln, aber aufgrund verschiedener Faktoren war das Ergebnis nicht immer so erfolgreich, wie wir uns erhofft hatten“, erklärt Rasendrasahina. Der entscheidende Faktor dürfte sein, dass die Kirchen selber im Konflikt verortet sind: Rasendrasahina steht dem gestürzten Ex-Präsidenten Ravalomanana nahe, sein katholischer Vorgänger an der Spitze der Kirchenkonferenz hingegen Rajoelina. Als Moderatoren für einen gerechten Frieden fallen die Kirchenführer deshalb weitgehend aus. **Marc Engelhardt**

Christen zwischen Euphorie und Angst

Die Kirchen im Sudan müssen ihre Rolle neu finden

Während die Christen im Südsudan der Unabhängigkeitserklärung im Juli mit Freude entgegenblicken, sorgen sich ihre Glaubensbrüder und -schwestern im Norden um ihre Zukunft. Als Minderheit könnten sie in einem islamischen Staat einen schweren Stand haben. Die Kirchen im Süden hingegen müssen ihr Verhältnis zur Regierung klären.

Erst kürzlich hat eine Rede von Präsident Umar Hassan al-Baschir für große Unruhe unter den nordsudanesischen Christen gesorgt. Al-Baschir kündigte an, in der neuen Verfassung des Nordsudan den Passus zu streichen, der die Gesellschaft als multiethnisch, multikulturell und multireligiös beschreibt. Zudem soll die Verfassung auf dem islamischen Gesetz der Scharia aufbauen und Arabisch künftig die einzig zulässige Verkehrssprache sein. 98 Prozent der Bevölkerung des Nordsudan seien Muslime, so die Begründung al-Baschirs. Diese Zahl ist offensichtlich geschönt. Denn auch wenn es keine verlässlichen Zahlen zu den verschiedenen Volks- und Religionsgruppen im Sudan gibt, so dürften die christliche Minderheit und die Anhänger von Naturreligionen einen wesentlich größeren Anteil als zwei Prozent haben. Nach dem Referendum im Süden müssen sie sich nun fragen, ob für sie im neuen Nordsudan noch Platz sein wird.

„Unter den Christen im Norden herrscht Angst“, sagt Marina Peter vom Ökumenischen Sudan-Forum, einem internationalen Netzwerk, das 1994 unter dem Dach des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) ins Leben gerufen wurde. Viele hätten bereits den Norden in Richtung Süden verlassen; die Kirchen in Khartum seien spürbar leerer geworden, sagt Peter. Der Ökumenische Nachrichtendienst ENI berichtet, einige Kirchen und christliche Schulen im Norden seien mittlerweile ge-



schlossen, weil alle Christen gegangen seien. Anfang Januar haben die nordsudanesischen Kirchen deswegen beschlossen, den Dialog mit gleichgesinnten Kräften zu suchen. Gemeinsam wolle man auf die Verfassungsgebung Einfluss nehmen und verhindern, dass al-Baschirs Ankündigungen verwirklicht werden.

Der Südsudan wird sich eine säkulare Verfassung geben

Im Süden dagegen haben die Christen eine komfortable Mehrheit. Schätzungsweise zwei Drittel der rund zwölf Millionen Südsudanesen gehören einer Kirche an. Zudem fühlen sich viele Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen gleichzeitig dem christlichen Glauben verbunden. Die Muslime müssen aber nicht fürchten, dass sie als Minderheit im neuen Staat nichts zu sagen hätten. „In der Befreiungsbewegung hat Religionszugehörigkeit keine Rolle gespielt“, sagt Marina Peter. Entsprechend werde sich der Südsudan eine säkulare Verfassung geben.

Doch auch im Süden müssen die Kirchen ihre neue Rolle erst finden. Experten rechnen mit Signalen der regierenden Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung

Christen beim Ostergottesdienst 2010 in Khartum.

REUTERS

(SPLM), dass sich die Kirchen, mit denen man sich bisher gemeinsam für das Selbstbestimmungsrecht eingesetzt hatte, nun aus der Politik heraushalten sollen. Andererseits, so Peter, sei aber auch gut möglich, dass fähige Kirchenmitarbeiter in Regierungsämter berufen werden – so wie das bereits nach dem Friedensabkommen von 2005 geschehen ist. Die Kirchen hätten dann zwar einen gewissen Einfluss auf die Regierung,

KURZ NOTIERT

Mehr als zweitausend Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen schenken bei Veranstaltungen nur noch fair gehandeltem Kaffee aus. Dies meldet „Brot für die Welt“ zum Abschluss seiner Kampagne „Gerecht genießen – 2000 Gemeinden trinken fair“. Ursprünglich hatte sich das Hilfswerk vor fünf Jahren das Ziel gesetzt, tausend Gemeinden von fair gehandeltem Kaffee zu überzeugen, was bereits im Februar 2009 erreicht war. Nun haben sich sogar Gemeinden in Italien

doch eine zu enge Bindung wäre nach Ansicht von Peter auch nicht gut. „Die Kirchen sind die einzige zivilgesellschaftliche Institution im Süden, die stark genug ist, um eine sogenannte Watchdog-Rolle zu übernehmen.“

Offen ist auch, wie die Kirchen im Norden und im Süden künftig zusammenarbeiten werden. Der Sudanesischen Kirchenrat (SCC) hatte bisher 14 Mitglieder, darunter protestantische und Pfingstkirchen sowie die katholische Kirche. Auf einer Konferenz im Mai soll entschieden werden, ob der Rat sein Hauptquartier künftig in Juba haben soll und der bisherige Sitz in Khartum eine Zweigstelle wird. Die Zusammenarbeit der Kirchen im Sudan ist insbesondere für die Versöhnung zwischen den beiden Landesteilen wichtig.

Und schließlich kann der SCC über seine internationalen Kontakte dafür sorgen, dass die Christen im Norden nicht aus dem Blick der Weltöffentlichkeit geraten. Denn das ist eine der großen Befürchtungen unter den Christen, aber auch in weiten Teilen der muslimischen Zivilgesellschaft im Norden: dass sich niemand mehr für sie interessiert, sobald im Süden ein neuer Staat entstanden ist.

Katja Dorothea Buck

und den USA der Aktion abgeschlossen. Obwohl die Kampagne offiziell zu Ende ist, werde bis Sommer 2011 weitergezählt, heißt es in einer Mitteilung. Kirchengemeinden würden auch weiterhin die entsprechende Plakette erhalten, wenn sie die Voraussetzungen erfüllten. „Kirchliche und diakonische Einrichtungen müssen Vorbild sein“, sagte Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“. Es könne nicht sein, dass Kaffee-Erzeuger in Armut lebten. (kb)

Vorschläge für die Stadt von morgen

Laut einer Studie müssen Metropolen mehr zum Klimaschutz beitragen

Städte sind die größten Verursacher von Treibhausgasen. Bislang haben sie jedoch keine überzeugenden Konzepte entwickelt, wie sie unabhängiger von fossilen Rohstoffen wie Erdöl oder Kohle werden könnten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie internationaler Stadtextperten, die der Weltzukunftsrat und die Universität Hamburg herausgegeben haben.

Der Weltzukunftsrat ist eine gemeinnützige Stiftung, die Experten aus allen fünf Kontinenten zusammenbringt, um politisches und gesellschaftliches Denken und Handeln zu fördern, das auch zukünftige Generationen berücksichtigt. Laut dem Bericht mit dem Titel „Regenerative Cities“ (Erneuerbare Städte) hat die Urbanisierung besorgniserregende Folgen für die Umwelt. Zwar gebe

es sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern Ansätze zur umweltfreundlichen Stadtentwicklung sowie zahlreiche Modellprojekte. Besonders in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten erhielten solche Modellprojekte erhebliche Finanzmittel und große mediale Aufmerksamkeit. Doch handele es sich hierbei zumeist um einzelne staatlich finanzierte Prestigeprojekte ohne Breitenwirkung.

Städte müssten ihren CO₂-Ausstoß verringern und effizienter mit Energie, aber auch mit ihren Wasservorräten, mit Land und der biologischen Vielfalt umgehen, heißt es in der Studie. Die Umwandlung der Metropolen in erneuerbare Städte verlange „langfristige strategische Entscheidungen statt kurzfristiger Kompromisse“.



Rush Hour in Zürich. Die Schweizer Metropole will den Energieverbrauch bis 2050 um ein Drittel senken.

PICTURE-ALLIANCE

Zu solchen langfristigen Strategien zählen die Autoren den Ausbau erneuerbarer Energien und moderner öffentlicher Verkehrsnetze sowie die Steigerung der

Energieeffizienz vor allem bei Gebäuden nach dem Züricher Modell der 2000-Watt-Gesellschaft: Die Stadt in der Schweiz will den Pro-Kopf-Energieverbrauch bis 2050 mittels technologischer Maßnahmen auf ein Drittel des heutigen Verbrauchs senken – ohne Einbußen beim Lebensstandard. Außerdem empfehlen die Autoren die Landwirtschaft in Städten zu fördern, Innenstädte stärker zu bepflanzen, um CO₂ zu binden, sowie Abwässer stärker als Quelle für Nährstoffe zu nutzen und effizienter mit städtischen Wasserreserven umzugehen.

Claudia Mende

KURZ NOTIERT

Die Europäische Kommission wirbt für einen öffentlichen Einkauf nach sozialen Standards. Mit ihren Leitlinien für eine „Sozialorientierte Beschaffung“, die sie Ende 2010 vorgelegt hat, will sie bei öffentlichen Einrichtungen das Bewusstsein für die Vorzüge des sozialen Einkaufs schärfen. Gleichzeitig wird erklärt, welche EU-Vorschriften dabei berücksichtigt werden müssen. Zum Beispiel müssen Ausschreibungen so formuliert sein, dass sie nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Wettbewerber im EU-Binnenmarkt verstoßen. Praktische Beispiele aus Großbritannien, Frankreich, Spanien, Deutschland und den skandinavischen Ländern ergänzen die Ausführungen.

Die öffentliche Hand in der Europäischen Union gibt rund 17 Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens aus. Das entspricht etwa der Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung. Gäben sie dieses Geld nach sozialen Kriterien aus, könnten die Länder Europas einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten.

(cm)

<http://ec.europa.eu/social>

Neustart für die Entwicklungspolitik in NRW

Die Landesregierung in Düsseldorf arbeitet an einem neuen Konzept

Nordrhein-Westfalen will bis Ende 2011 neue entwicklungspolitische Leitlinien verabschieden. Die rot-grüne Landesregierung hat Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu einem Dialog eingeladen.

Nach Ostern will die Regierung einen ersten Entwurf im Internet veröffentlichen. Nichtstaatliche Organisationen, Verbände und Eine-Welt-Gruppen haben dann bis nach der Sommerpause die Möglichkeit, ihre Vorschläge einzubringen. Danach will die zuständige Ministerin Angelika Schwall-Düren (SPD) den überarbeiteten Entwurf zunächst im Kabinett und anschließend dem Landtag vorstellen.

Nordrhein-Westfalen nimmt bundesweit mit rund 3000 entwick-

lungspolitischen Organisationen eine Vorreiterrolle in der Eine-Welt-Politik ein. Unterstützt werden die Organisationen von derzeit 15 Eine-Welt-Koordinatoren. Die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne haben bereits in ihrem Koalitionsvertrag von 2010 die Absicht geäußert, die Eine-Welt-Politik in allen Ressorts stärker zu berücksichtigen (siehe „welt-sichten“ 9/2010). Sie wollen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit neu aufstellen und das zivilgesellschaftliche Engagement verstärken.

Zuvor hatte die Vorgängerregierung aus CDU und FDP die Mittel für die Eine-Welt-Politik seit 2005 von rund 4,6 Millionen Euro im Jahr auf 2,4 Millionen Euro gekürzt. Davon ausgenommen wa-

ren Fördermittel für InWent und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Ziel der neuen Koalitionspartner sei es, „sich allmählich wieder dem alten Niveau anzunähern“, erklärte Ministerin Schwall-Düren. Auf einen Zeitrahmen dafür wollte sie sich allerdings nicht festlegen.

Außerdem kündigte die Ministerin an, die Regierung wolle die öffentliche Beschaffung in Nordrhein-Westfalen auf fair gehandelte Produkte umstellen. Die Landespartnerschaft mit Ghana soll mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien vertieft werden. Damit will die Regierung auch neue Perspektiven für mittelständische Unternehmen und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen schaffen.

Claudia Mende

PERSONALIA

KfW-Entwicklungsbank

Neue Leiterin des Kompetenzzentrums Energie (L3b5) ist seit Januar **Claudia Loy**. Zum 1. März ist **Ulrike Laßmann** mit der Leitung des Schwerpunktteams Finanzsektor und Privatwirtschaft Südosteuropa (L3a2) betraut worden.

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)

Günther Ohrner ist als Sachbereichsleiter Verwaltung in Ruhestand gegangen. Seine Nachfolgerin ist die Diplomkauffrau **Regina Bartsch**. Sie hat zuvor bei mehreren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Deutschland gearbeitet und im Tschad und im Südsudan Erfahrungen in der internationalen Arbeit gesammelt.

Brot für die Welt

Thomas Hirsch ist seit Januar Entwicklungspolitischer Beauftragter von „Brot für die Welt“ in Berlin. In Zusammenarbeit mit dem Berliner Büro des Evangelischen Entwicklungsdienstes und der evangelischen Geschäftsstelle der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am Gendarmenmarkt soll Hirsch die entwicklungspolitische Präsenz von „Brot für die Welt“ in der Bundeshauptstadt stärken. Hirsch war bisher als Berater zu Klimawandel und Ernährungssicherung für „Brot für die Welt“ tätig.

Die Juristin **Julia Duchrow**, bisher Referentin in der deutschen Sektion von Amnesty International, leitet seit Ende Februar das Team Menschenrechte. Sie folgt auf **Michael Windfuhr**, der als stellvertretender Direktor an das Deutsche Institut für Menschenrechte gewechselt ist.

Die Pfarrerin und Diplom-Kauffrau **Karin Bassler** arbeitet seit Mitte Januar auf der neu eingerichteten Projektstelle „Finanzmarktordnung und ethische Geldanlagen“. Sie befasst sich dort unter anderem mit der Weiterentwicklung von entwicklungspolitischen Kriterien für ethische Investments.

CIDSE

Die internationale Allianz katholischer Entwicklungsorganisationen CIDSE hat einen neuen Präsidenten: **Chris Bain** vom britischen

Hilfswerk CAFOD löst **René Grotenhuis** von der niederländischen Organisation Cordaid ab, dessen dreijährige Amtszeit im Januar zu Ende gegangen ist.

SCHWEIZ**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**

Maya Tissafi ist seit 1. März neue Vizedirektorin der DEZA und Leiterin des Bereichs Regionale Zusammenarbeit. Die Entwicklungsexpertin arbeitet seit 2002 bei der DEZA. Neuer Vizedirektor und Lei-



ter des Bereichs Globale Zusammenarbeit wird zum 1. Mai **Michel Mordasini**, derzeit schweizerischer Exekutivdirektor bei der Weltbank. Tissafi und Mordasini folgen auf **Edita Vokral** und **Jörg Frieden**, die im Auswärtigen Amt neue Aufgaben übernehmen. ■

Anzeige



sez

Stiftung Entwicklungs-
Zusammenarbeit
Baden-WürttembergMesse Stuttgart
Mitten im Markt**FAIR
HANDELN**

Internationale Messe für
Fair Trade und global ver-
antwortungsvolles Handeln

Von A wie Afrika bis Z wie Zertifizierung

Unser Verhalten und Handeln – als Individuen wie als Gesellschaft – hat weitreichende Auswirkungen auf andere Menschen und auf die Natur. Globale Herausforderungen fordern zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung und zu einem nachhaltigen und fairen Handeln auf, global wie lokal.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Nachhaltiger Tourismus
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Corporate Social Responsibility (CSR)

**Global denken –
verantwortungsbewusst handeln!**

14. – 17. April 2011 • www.fair-handeln.com

Messe Stuttgart Öffnungszeiten: Donnerstag 14 bis 22 Uhr, Freitag – Sonntag 10 bis 18 Uhr

REZENSIONEN

Das Lager als eigene Welt



Katharina Inhetveen
Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers
Akteure-Macht-Organisation. Eine Ethnographie im südlichen Afrika
 Tanscript Verlag, Marburg 2010,
 444 Seiten, 35,80 Euro

Hunderttausende Flüchtlinge weltweit sind langfristig in Lagern untergebracht, weil sie aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Verschiedene Interessensgruppen wie Regierungsvertreter, UN-Organisationen und eine Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen (NGO) bringen ihre Perspektiven, Ressourcen und Außenbeziehungen in diese Lager ein. Die Münchner Soziologin Katharina Inhetveen untersucht deren Ordnungsmechanismen. Die vorliegende Studie basiert empirisch hauptsächlich auf einer sechsmonatigen Feldforschung mittels Interviews und teilnehmender Beobachtung in zwei Lagern angolanscher Flüchtlinge in Sambia.

Die Autorin stützt sich im einführenden Teil ihres Buches auf empirische Diskussionen und das theoretische Instrumentarium wie Neo-Institutionalismus, Biomachtanalyse, Theorien der Kasernierung und Flüchtlingsforschung. Der zweite Teil befasst sich mit den einzelnen Akteuren des Flüchtlingslagers und ihren Beziehungen zueinander. Hier werden unter anderem Aspekte der nationalen Souveränität sowie die Zusammenarbeit, Konkurrenz und Abhängigkeiten zwischen NGOs und UNHCR beleuchtet. Auch die Rolle und das Label des „Flüchtlings“ werden unter psychologischen und organisatorischen Aspekten untersucht. Im Anschluss analysiert Inhetveen die institutionellen Kennzeichen von Flüchtlingslagern als kulturell und organisato-

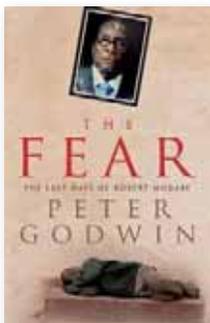
risch heterogene Ordnungen der humanitären Kasernierung.

Im Schlusskapitel fasst die Autorin die wichtigsten Ergebnisse zusammen. In einer kapitelübergreifenden Zusammenschau wird die politische Ordnung des Flüchtlingslagers in fünf Dimensionen dargestellt: die Akteure in ihrer institutionellen Prägung, mit ihren Eigen- und Fremdbildern und Widerständen; die Beziehungen zwischen ihnen, soziale Bezüge wie Herkunft, Organisationsebenen, Geldgeber; Ressourcen sowie Raum und Zeit. Eine Verallgemeinerung der Schlussfolgerungen sei allerdings nur schwer zu bestimmten „Typen“ zusammenfassen lassen, so das Fazit der Autorin.

Über die Analyse von Flüchtlingslagern hinaus könne diese Forschungsmethodik jedoch auch als Instrument dienen, mit dem sich die Entwicklung von anderen humanitären Kasernierungen konzeptionell präziser verfolgen ließe. Insgesamt wird auf fast 450 Seiten ein sehr differenziertes Bild von Flüchtlingslagern unter ethnographischen und soziologischen Aspekten entworfen. Die Lektüre dürfte allerdings einer breiten Leserschaft weniger zugänglich sein. Dagegen ist sie im Bereich der humanitären Hilfe und speziell in diesem Arbeitsfeld tätigen Fachleuten durchaus zu empfehlen.

Michael Marx

Schrecken ohne Ende in Simbabwe



Peter Godwin
The Fear
 Picador, London 2010,
 353 Seiten, 12,95 Euro

„Es gibt viele Dinge, die Menschen sich nicht vorstellen können, aber nichts, was Menschen nicht fähig wären zu tun.“ Das Zitat aus einem Buch über die chinesische Kulturrevolution könnte das Motto von Peter Godwins Bericht aus Simbabwe in den letzten Jahren der Herrschaft von Robert Mugabe und seiner Zanu-PF sein: „The Fear“. So nennen Simbabwe die Wellen von Säuberungen, mit denen der greise Präsident 2008 einen Wahlsieg der Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) zu verhindern suchte, und die Racheaktionen danach, als trotz aller Einschüchterung und Manipulation Mugabe die Macht mit dem Wahlsieger Morgan Tsvangirai teilen musste.

Drei Monate lang hat Godwin das Land bereist und mit Hunderten von Menschen gesprochen, mit Verstümmelten, Vergewaltigten, knapp dem Tode Entronnenen, mit Politikern beider Seiten und mit

den wenigen verbliebenen weißen Farmern. Bei den Gewaltaktionen der Regierung und ihrer Hilfstruppen, der sogenannten Kriegsveteranen, standen nicht Schwarze gegen Weiße. Es ging und geht um puren Machterhalt, so Godwin, um den brutalen Kampf Mugabes auf dem Rücken des eigenen Volks.

Der Autor, heute Journalist in New York, ist in Simbabwe aufgewachsen. Als er das Hospital besucht, in dem seine Mutter früher Ärztin war, fehlt es dort an allem. Dennoch versucht man, den Opfern der Säuberungsaktionen zu helfen. Die Leichen wirft man mangels Särgen und Leichenwagen aus dem Fenster.

Das Buch rüttelt auf, weil da einer schreibt, der das Land und seine Menschen kennt und liebt. Godwin zeigt und zitiert. Er lässt den Leser das Ausmaß des Grauens und der Zerstörung in Einzelschicksalen

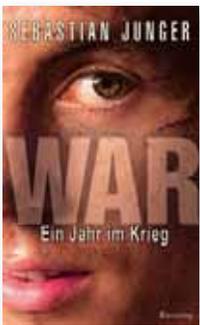
miterleben. Die meisten Gesprächspartner sind nicht prominent. Sie sind Bürger, deren einziges Vergehen darin besteht, den MDC, eine legale demokratische Partei, unterstützt zu haben oder dessen verdächtig worden zu sein. Auf einer Straße kommen Godwin Gruppen von Menschen in Rollstühlen entgegen, entlassene Folteropfer, die von ihren Angehörigen in eine ungewisse Zukunft gefahren werden.

Godwin spricht aber auch mit Morgan Tsvangirai und besucht Roy Bennett im Gefängnis. Dort landet der designierte stellvertretende Landwirtschaftsminister, auf den Mugabe einen besonderen Hass hegt, immer wieder. Er ist ein Weißer, der auch nach der Enteignung seiner Farm zu Simbabwe steht, sich im MDC engagiert und über eine große schwarze Anhängerschaft verfügt.

In Gesprächen mit Menschen, die Mugabe nahesteht – wie seinem Seelsorger –, versucht Godwin, den am längsten amtierenden afrikanischen Präsidenten zu ergründen: seine strategische Begabung, seinen unbedingten Machtwillen, seine in Hass umgeschlagene Liebe zu allem Britischen. Godwin wendet sich gegen die Lesart, da habe einer mit besten demokratischen Absichten begonnen und könne nun nicht aufhören. Schon die Morde in Matabeleland vor 25 Jahren zeigten Mugabes Gewaltbereitschaft. Damals entmachtete er seinen früheren Kampfgefährten und späteren Konkurrenten Joshua Nkomo und ließ Tausende von dessen Anhängern umbringen. Das Buch sei allen empfohlen, die ein genau recherchiertes Bild aus dem Inneren eines geschundenen Landes suchen. Eine politische Analyse bietet es nur in Ansätzen.

Edith Werner

Krieg ohne Sinn und Ziel



Sebastian Junger
War. Ein Jahr im Krieg
 Karl Blessing Verlag, München 2010,
 336 Seiten, 19,95 Euro

Im Buch von Sebastian Junger erscheint von Afghanistan nicht mehr als ein 40 Kilometer langes Tal im Osten des Landes, nahe der Grenze zu Pakistan. Dort hat der 49-jährige Journalist insgesamt 15 Monate „eingebettet“ in einem Außenposten der US-Armee verbracht. Der Auftrag der Soldaten lautete, das enge und strategisch wichtige Korengal-Tal zu halten und gegen Angriffe der Taliban zu verteidigen. Junger befasst sich nicht mit den Fragen, die die Diskussionen an den „Heimatfronten“ bestimmen – etwa ob der Krieg in Afghanistan moralisch gerechtfertigt, verhältnismäßig oder Erfolg versprechend ist. Er berichtet aus der Perspektive der Soldaten – und denen geht es nur ums Überleben.

Junger versteht es, eine Ahnung von der ständig lauernenden Todesgefahr zu vermitteln, in der sich die Männer befinden – selbst im scheinbar sicheren Lager: „Als ich einmal an einigen Sandsäcken lehnte, spürte ich verblüfft, dass mir etwas Erde ins Gesicht geflogen kam. Ich hatte keine Erklärung, bis ich eine Sekunde später die Schüsse hörte.“ Angesichts dieser permanenten Bedrohung stehen die Soldaten ständig unter Hochspannung – mit der paradoxen Folge, dass sie Gefechte mit den Taliban regelrecht herbeisehnen. Im Kampf bauen sie den aufgestauten Druck und die Aggressionen ab. Krieg, so wie Junger ihn erlebt hat, ist eine nervenaufreibend monotone Angelegenheit: Wochenlang passiert gar nichts, die Soldaten sitzen im Lager, langweilen sich und warten auf das nächste Gefecht – kurze Eruptionen der Gewalt, die jeweils durch heftige Bombardements amerikanischer Kampfhubschrauber oder -flugzeuge beendet werden. Dann warten sie wieder.

Junger stellt all die Politiker in den Hauptstädten des Westens bloß, die angesichts gefallener Soldaten gern Krokodilstränen vergießen und von „feigen“

oder „hinterhältigen“ Angriffen der Taliban sprechen. Hinterhältigkeit ist in Afghanistan die wichtigste Kriegstaktik – und zwar auf beiden Seiten. Es gehe darum, „den Feind in eine Position zu manövrieren, in der er aus sicherer Entfernung niederzumachen ist“. Mit Ehre habe der Krieg nichts zu tun, sondern nur mit Sieg, „was bedeutet, dass der Feind unter möglichst ungleichen Bedingungen getötet werden muss“.

Junger ist aber kein Zyniker, der emotionslos vom Schlachtfeld berichtet. Er beschreibt, wie der Krieg die Männer verändert und viele psychisch kaputt macht. Der Krieg ist schrecklich, aber eben auch „wahnsinnig aufregend“: „In mancher Hinsicht verschaffen zwanzig Minuten Kampfgeschehen mehr Lebensintensität, als man sie während eines Daseins zusammenkratzen kann, das mit anderen Dingen beschäftigt ist.“ Damit werden viele Soldaten nicht fertig. Sie haben sich im Kugelhagel am Hindukusch behauptet und wissen nun im zivilen Leben nichts mehr mit sich anzufangen. Einer von ihnen steht nach seiner Rückkehr aus Afghanistan am Rande des Wahnsinns und ist überzeugt, dass die Army plant, ihn umzubringen. Nach ein paar Monaten in der Heimat teilt er Junger mit, dass er wieder in den Krieg will.

Ins Korengal-Tal wird er nicht zurückgekehrt sein, denn das hat die US-Armee im Frühjahr 2010 verlassen. Die Militärführung war zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anwesenheit der Soldaten den Aufruhr in der Bevölkerung angefach und die Lage noch unsicherer gemacht hat. Insofern lässt sich Jungers Buch dann doch als Stellungnahme gegen den Krieg in Afghanistan lesen – gegen einen Krieg ohne Sinn und Ziel, in dem es nur ums Töten und Sterben geht.

Tillmann Elliesen

Mehr als Sozialromantik



Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie.
Das Wirtschaftsmodell der Zukunft
 Deuticke Verlag, Wien 2010,
 160 Seiten, 15,90 Euro

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Währungs- und Krisen: Das Credo des kapitalistischen Wirtschaftsmodells – immerwährendes Wachstum als Grundlage des Wohlstands – scheint ähnlich fragwürdig geworden zu sein wie die angeblichen Selbstheilungskräfte des Marktes oder die sozialistische Planwirtschaft. Viele Menschen glauben nicht mehr, dass globale Probleme wie Umweltzerstörung, Klimawandel, Hunger und Armut mit den Mechanismen des ungebremsten Kapitalismus zu lösen sind.

Christian Felber stellt diesem Wirtschaftsmodell ein System entgegen, in dem Unternehmen Wettbewerbsvorteile genießen, die am effizientesten kooperieren und sich vorrangig am Wohl der Gemeinschaft orientieren. Wessen Produkte haben die beste Ökobilanz? Wer fördert seine Mitarbeiter am besten? Als Belohnung für ihre sozial-ökologische Ausrichtung erhalten die Unternehmen sogenannte Gemeinwohlpunkte. Anhand der erreichten Punkte werden die Steuersätze berechnet, die öffentlichen Förderungen kalkuliert und Kredite vergeben.

Felber bricht dabei nicht mit dem System der Gewinnorientierung, wohl aber mit dem Prinzip der Gewinnmaximierung: Überschüsse dürfen nur für die Schaffung sozialen und ökologischen Nutzens sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwendet werden. Größere Investitionen sind erlaubt auf der Basis einer Gemeinwohlkalkulation. Verboten werden die Ausschüttung von Unternehmenser-

trägen an Personen, die nicht an der Wertschöpfung beteiligt waren, feindliche Übernahmen und Fusionen, Finanzinvestments, Parteispenden und extreme Einkommensungleichheit zwischen Arbeitnehmern.

In der Gemeinwohl-Ökonomie kehren Banken zu ihren Wurzeln zurück: Die „Demokratische Bank“ fördert mit ihren Krediten regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologisch nachhaltige Investitionen. Fonds und Aktiengesellschaften sind abgeschafft. Mit diesem System werden Wirtschaftsbosse „entmachtet“, die erfolgsbesessen, egoistisch, gierig und unverantwortlich ihre Ziele verfolgen. Felber will Menschen den Weg in Führungspositionen der Wirtschaft ebnen, die in ihrem Sozialverhalten eher dem humanistischen Menschenbild entsprechen: sozial, empathisch, dem Gemeinwohl verpflichtet, kreativ, wertorientiert.

In einer Zeit wachsender Existenzängste und drohender Armut auf der einen und der Anhäufung von immer größerem Vermögen auf der anderen Seite könnte Christian Felbers Modell mehr sein als nur ein sozialromantisches Gedankenspiel. Der in konkrete, nachvollziehbare Schritte gefasste Entwurf könnte zumindest als Grundlage dienen für eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie ein humanes, sinnstiftendes, teilhabeorientiertes und ökologisches Wirtschaftssystem aussehen könnte. Desse Leitmotiv lautet: Gut ist, was allen, und schlecht ist, was nur einigen wenigen dient. **Annette Lübbers**

Problemanzeigen zur Mission



Partnerschaft in Bewährung.
Ökumenische Beziehungen im
21. Jahrhundert
 EMW-Jahresbericht 2009/2010,
 Hamburg 2010, 66 Seiten, Bezug und
 Download: www.emw-d.de

Einen ungewöhnlichen und interessanten Jahresbericht hat das Evangelische Missionswerk in Deutschland (EMW) vorgelegt: Statt vor allem die eigene Arbeit zu loben, legt er wachsende Probleme im Verhältnis zwischen deutschen evangelischen Kirchen und ihren Partnerkirchen aus armen Ländern offen. Er diagnostiziert eine „schleichende Erosion des partnerschaftlichen Miteinanders zwischen Kirchen auf Weltebene“.

Zunächst wird erklärt, wie die Emanzipation der Länder und Kirchen des Südens die Bedingungen der Mission verändert und den Anspruch der Partnerschaft begründet hat. Die Kirchen des Nordens hätten jedoch entwicklungspolitische Motive – das Helfen – zunehmend ins Zentrum gerückt, das gemeinsame Zeugnis und das gegenseitige Lernen seien zurückgetreten. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sei nun das Kirchturmsdenken auf dem Vormarsch: Im Zuge von Finanz- und Mitglieder einbußen sowie

inneren Reformen schwinde – allen Lippenbekenntnissen der Synoden zum Trotz – in Deutschland das Personal und der Rückhalt für die ökumenische Arbeit, Theologie aus dem Süden werde kaum rezipiert.

Partnerschaften zwischen Gemeinden und einzelnen Kirchen seien wichtig, um deutsche Kirchen weltoffener zu machen. Ihre Arbeit sei aber in die Jahre gekommen und sollte evaluiert werden: Wie wirksam sind die Projekte solcher Partnerschaften, inwieweit beruhen sie auf einem Dialog auf Augenhöhe? Der Bericht benennt auch, wo es beim Dialog immer wieder schwierig wird: etwa bei Homosexualität, Frauenordination und der Bewertung der Globalisierung. Manche Kirchenvertreter aus dem Süden beklagten auch eine Abkehr des Nordens von Institutionen der Ökumene. Nach ihrem Empfinden sei der Aufbau des Netzwerks „Action by Churches Together“ (ACT), dem kirchliche Hilfswerke aus Nord

und Süd angehören, zu stark vom Norden gesteuert. Eine Partnerschaft zwischen Reichen und Armen bleibt offenbar schwierig.

Differenzen zwischen deutschen Missions- und Entwicklungswerken scheinen im Beitrag über Korruptionsvermeidung auf: Er bezeichnet Verhaltenskodizes und das Prinzip „Null Toleranz für Korruption“ als wenig partnerschaftlich. Mit Blick auf Spender und Geldgeber in Deutschland zwingen Entwicklungswerke – also „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst – Kirchen im Süden Maßstäbe auf, die der Realität ihrer Gesellschaften nicht immer entsprechen. Missionswerke hätten die Chance, „besser angepasste und abgestimmte Bedingungen für Mitteltransfers und notwendige Kontrollmechanis-

men zu schaffen“. Das Gegenargument, manche Eigenheiten der zwischenkirchlichen Beziehungen begünstigen Korruption und erschweren Transparenz, erklärt der Bericht für veraltet. Diese Thesen scheinen wenig geeignet, die Debatte zu beenden.

Das EMW fordert im Kern ein Gesamtkonzept ökumenischer Mission, das Entwicklungsarbeit einschließt, sich aber nicht darauf beschränkt, und das festhält, inwieweit die weltweite Ökumene zum Wesen der Kirchen gehört. Der Bericht ist über weite Strecken von erfrischender Ehrlichkeit. In vielen Passagen wird sie allerdings von theologischem Jargon gemildert oder verdeckt. Dennoch ist zu hoffen, dass der Bericht gelesen und dass darüber gestritten wird.

Bernd Ludermann

KURZREZENSIONEN

European Social Watch Report 2010 Time for Action. Responding to Poverty, Social Exclusion and Inequality in Europe and Beyond

Brüssel 2010, 112 Seiten

Bezug über : www.eurostep.org

Armut und soziale Ausgrenzung prägen nicht nur den Alltag von Millionen Menschen in Entwicklungsländern. Auch 17 Prozent der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU) leben unter der Armutsgrenze; in vielen Ländern sind 20 Prozent der arbeitsfähigen Frauen und Männer ohne Job. Der vorliegende Bericht erfüllt diese Zahlen mit Leben. Die Autorinnen und Autoren von neun thematischen Kapiteln gehen der Frage nach, welche Bevölkerungsgruppen besonders häufig von Armut bedroht sind und wie es sich mit dem Zugang zu Gesundheitsversorgung, Finanzdienstleistungen oder bezahlbaren Wohnungen verhält. In zwölf Länderberichten wird die soziale Lage der Bevölkerung etwa in Bulgarien, Zypern, Frankreich und Spanien unter die Lupe genommen. Den nationalen Regierungen wie auch der EU wird ein verheerendes Zeugnis ausgestellt: Es werde viel zu wenig getan, um Armut und Ungleichheit abzubauen. Verschärfend komme hinzu, dass viele Länder aufgrund der Finanzkrise ihre Investitionen im Sozialbereich stark gekürzt hätten. Auch die europäische Außenpolitik ge-

genüber Entwicklungsländern blende soziale Fragen weitgehend aus. Die Europäische Union müsse gemeinsame Standards für eine soziale Grundsicherung und eine Politik entwickeln, sie auch zu verwirklichen. Sonst verliere sie an Glaubwürdigkeit auch in ihrer Außenpolitik, heißt es in dem Bericht, der eine Fülle interessanter Informationen und Überlegungen versammelt. Aufmachung und Schriftgröße allerdings sind leider wenig lesefreundlich. (gka)

50 Jahre afrikanische Un-Abhängigkeiten. Eine (selbst-)kritische Bilanz
Edition AfricAvenir/Exchange & Dialogue, Berlin 2010, 266 Seiten, 19,90 Euro

Diese auch in ihrer Aufmachung sehr empfehlenswerte Publikation enthält Vorträge namhafter afrikanischer Denker (Eboussi Boulaga, Daho Djerbal, Kum'a Ndumbe III., Ibrahima Tioub), die der europäisch-afrikanische Verein Afric Avenir 2010 nach Berlin eingeladen hatte. Sie werden ergänzt von Texten weiterer afrikanischer Autorinnen und Autoren, etwa Achille Mbembe, Micere Mugo, Julius Nyerere und Thomas Sankara. Daneben stehen Auszüge aus politischen Reden der „Väter“ der Unabhängigkeit wie Patrice Lumumba und Kwame Nkrumah. Vom Fachartikel über

Gedichte, Songtexte und literarische Beiträge bis zur historischen Rede eröffnet der Band einen vielfältigen Zugang zu politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten der Unabhängigkeit Afrikas – und dies aus-

schließlich aus afrikanischer Perspektive. Herausgekommen ist ein abwechslungsreiches und zum Nachdenken anregendes Buch, das wertvolle Denkanstöße auch zur Dekolonisierung des europäischen Geistes liefert. (dh)

Anzeige

Jenseits des Wachstums?!

**Ökologische Gerechtigkeit.
Soziale Rechte.
Gutes Leben.**



Die aktuellen Krisen zeigen in aller Deutlichkeit die Grenzen des Wachstums. Können andere Formen sozialen oder nachhaltigen Wachstums ein Ausweg sein? Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig. Beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ werden wir kontrovers diskutieren: Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.



Kongress // 20.-22. Mai '11 // TU Berlin
in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

www.jenseits-des-wachstums.de

KULTURTIPPS

Von Liebe und Revolution

„Den Himmel berühren“ – diesen Satz von Novalis zitiert Ernesto Cardenal in seinem Werk und er steht über dem Programm der Konzertreise 2011, das vor allem seinem literarischen wie politischen Vermächtnis gewidmet ist. Ernesto Cardenal wird dabei der Frage „Was bleibt?“ nachspüren – einer Frage die auf Englisch „What's left?“ heißt und somit auch eine klare politische Dimension hat. Mit ausgewählten Texten will der nicaraguanische Dichter und Revolutionär seine Erfahrungen als Mensch, als Poet und als Vertreter der Zeitgeschichte dem Publikum nahebringen. Die Liebe habe den ehemaligen

Die Grupo Sal geht mit dem nicaraguanischen Dichter Ernesto Cardenal auf Tournee.

GRUPO SAL



Priester und sozialistischen Politiker zu Gott geführt und Gott zur Revolution, schreibt Ernesto Cardenal in seinem Werk.

Seine Leser und Anhänger verehren ihn für seine klare und eindringliche Sprache, seine starken Bilder und sein Engagement für politische Veränderungen. Die Konzert- und Lesereise vereint die Poesie Cardenals mit den Klängen

von Grupo Sal. Den Dichter und die Musiker verbindet eine jahrzehntelange Freundschaft und Zusammenarbeit. Die Musikgruppe präsentiert ihre eigene Interpretation lateinamerikanischer Musik. Die unterschiedliche Herkunft der Musiker ist ihr Merkmal: Inspiriert von der Musik der „Armen“, vereint sie indianische, afrikanische, europäische und typisch lateinamerikanische Rhyth-

men und verknüpft sie mit eigenen Kompositionen und jazzigen Arrangements.

Tournee

11. bis 28. März 2011
 „Den Himmel berühren – Lieder und Gedichte über Liebe, Revolution, Gott und die Welt“
 Ernesto Cardenal und Grupo Sal
www.grupo-sal.de

Berlin

bis 8. Mai 2011
Der Traum vom Fliegen – The Art of Flying
 Was wäre, wenn die Menschheit auf die technologischen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts wieder verzichten müsste – wie würde sie dann den Traum vom Fliegen verwirklichen? Die Ausstellung dreht sich um die Faszination des Fliegens. Sie vermittelt elementare Kenntnisse der Vogelperspektive und der Flugtechnologie, dokumentiert prähistorische und ethnologische Zeugnisse menschlicher Wurf- und Schussmethoden sowie „Vogelmenschen“ und Raketen. Besucherinnen und Besucher lernen die Flugtechniken von Insekten und Vögeln kennen und das Leben von Flugpionieren und Schamanen.
Haus der Kulturen der Welt
 Kontakt: Tel. 030-39787-0
www.hkw.de

Berlin

bis 17. April 2011
Cut & Mix – Zeitgenössische Kunst aus Peru und Chile
 Das Institut für Auslands-

beziehungen stellt in seiner Galerie neue Arbeiten von neun Künstlerinnen und Künstlern aus Santiago de Chile und Lima vor. Die Mehrzahl der Künstler hat an Hochschulen in Europa oder den USA studiert, einige leben auch dort. Ihre Installationen, Skulpturen, Videos und Zeichnungen spiegeln diese Einflüsse wieder. Doch in den Fragestellungen und Herangehensweisen beziehen die Künstler ihre Herkunft mit ein.
ifa-Galerie
 Kontakt: Tel. 030- 284491-40
www.ifa.de

Hamburg

bis 21. Dezember 2012
Herz der Maya
 Die Kultur der Maya gehört zu den facettenreichsten der Menschheit. Ihre Errungenschaften in Kunst und Wissenschaft beeindrucken noch heute: Sie bauten Großstädte und 70 Meter hohe Pyramiden, hatten ein eigenes Schriftsystem und einen exakten Kalender, verfügten über ausgedehnte Fernhandelsnetze und stellten vielseitige Kunstwerke her. Die Ausstellung beleuchtet die Geschichte der Maya

in verschiedenen Epochen – von der vorspanischen Zeit bis zur Gegenwart. Sie zeigt archäologische Funde wie Tonfiguren und Malereien und erzählt von der grausamen Unterdrückung durch die Kolonisation sowie von den modernen Mayas, die nach wie vor viel Wert auf ihre kulturelle Identität legen.
Museum für Völkerkunde
 Kontakt: Tel. 040-4288790
www.voelkerkundemuseum.com

Köln

29. März bis 3. April 2011
HEIMSPIEL 2011 – Theaterfestival
 Mehr als 100 Theaterschaffende, Architekten, Theaterwissenschaftler und Medientheoretiker laden ein zu einer Debatte über aktuelle Entwicklungen im zeitgenössischen Theater. In Form von Workshops, Vorträgen, Salons und Lecture Performances werden neue Möglichkeiten des Theaters angesichts sozialer und urbaner Realitäten diskutiert, vorgestellt und ausprobiert. Mehrere Gastspiele aus dem In- und Ausland, darunter Irland und Argentinien, geben Einblicke in neue Theaterprojekte und bisher

ungewöhnliche Modelle für das Stadttheater.
Schauspiel Köln
 Kontakt: Tel: 0221-221 28 400
www.heimspiel2011.de

ÖSTERREICH

Wien

bis 2. Mai 2011
Bali. Kunst im Wandel
 Die Ausstellung bietet Einblicke in die balinesische Kunstszene im Spannungsfeld zwischen Tradition, Jugendstil und Art Déco. Sie präsentiert Werke aus der Sammlung der in Indonesien geborene Österreicherin Helene Potjeyd, die diese zu Beginn der 1930er Jahre als Geschäftsführerin eines Souvenirgeschäfts erworben und 1946 geschenkt hatte. Zu sehen sind unter anderem zahlreiche Arbeiten der Mitglieder eines Künstlerkreises, der von dem russisch-deutschen Künstler und Musiker Walter Spies gegründet wurde und die balinesische Kunst des 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeprägt hat.
Museum für Völkerkunde
 Kontakt: Tel. 0043-1-52524- 0
www.khm.at

VERANSTALTUNGEN

Bad Boll

17. bis 18. März 2011
**Unternehmen als
 Entwicklungshelfer**
 Zwischen sozialem Engagement
 und Eigeninteresse
 Ev. Akademie Bad Boll
 Kontakt: Tel. 07164-79-225
 www.ev-akademie-boell.de

Bad Herrenalb

25. bis 27. März 2011
Der Mensch – Maß aller Dinge?
 Theologie und Naturwissenschaft
 im Gespräch
 Evangelische Akademie Baden
 Kontakt: Tel. 0721-9175-356
 www.ev-akademie-baden.de

Berlin

17. bis 18. März 2011
**Migration, Integration und
 soziale Mobilität in Europa**
 Internationale Konferenz

Heinrich Böll Stiftung
 Kontakt: Tel. 030-285-34-0
 www.migration-boell.de

Düsseldorf

12. bis 13. März 2011
**Wie soll es mit Afrika
 weitergehen?**
 Afrika Fach-Konferenz
 Béto e.V. Projekt zur Förderung
 der afrikanischen Kultur und
 Entwicklungszusammenarbeit
 Kontakt: Tel. 0211-665875
 www.beto-ev.org

Essen

7. April 2011
Kirche in Kuba
 Christsein ein halbes Jahrhun-
 dert nach der kommunistischen
 Revolution
 Akademie Franz Hitze Haus
 Kontakt: Tel. 0251-98180
 www.franz-hitze.haus.de

Erfurt

31. März 2011
**Krieg in Afghanistan –
 Destabilisierung in Pakistan?**
 Evangelische Akademie Thürin-
 gen
 Kontakt: Tel. 036202-984-22
 www.ev-akademie-thueringen.de

Kochel am See

14. bis 18. März 2011
Afghanistan am Abgrund?
 Die Zukunft einer Krisenregion
 und die Rolle Deutschlands und
 der EU
 Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.
 Schloss Aspenstein
 Kontakt: Tel. 08851-78-0
 www.vollmar-akademie.de

Oldenburg

25. März 2011
**10 Jahre nach dem Sturz der
 Taliban – Frauen in Afghanistan**

Akademie der Ev.-Luth. Kirche in
 Oldenburg
 Kontakt: Tel. 0441-7701-431
 www.akademie-oldenburg.de

Tutzing

7. bis 8. April 2011
**Große Transformation zu einer
 klimaverträglichen Gesellschaft –
 Die Herausforderung für die
 Umsetzung meistern**
 Evangelische Akademie Tutzing
 Kontakt: Tel. 08158-2510
 www.ev-akademie-tutzing.de

Würzburg

16. März bis 18. März 2011
**China – eine aufsteigende
 Großmacht zwischen Tradition
 und Moderne**
 Akademie Frankenwarte Würz-
 burg
 Kontakt: Tel. 0931-80464-340
 www.frankenwarte.de

MARKTPLATZ

TV-TIPP

Mittwoch, 09.03.

21:45-22:15, Das Erste
**ARD-exklusiv: Die Pangasius-
 Lüge. Das große Geschäft mit
 dem Billigfisch.**



Michael Höft und Christian
 Jentsch berichten aus dem
 Mekong-Delta über die schäd-
 lichen ökologischen Folgen der
 Aquakulturen.

Freitag, 11.03.

22:35-00:10, ARTE
Im Tal der großen Buddhas.
 Dokumentation von Christian
 Frei über die von den Taliban
 zerstörten Statuen.

Samstag, 26.03.

01:00-02:25, ARTE
**Kady, ihre sieben Kinder
 und das ABC.**



Dokumentation von Claude
 Mourieras über eine Frau aus
 der Elfenbeinküste, die in Paris
 die Traditionen ihrer Heimat zu
 bewahren versucht.

RADIO-TIPP

Sonntag, 13.03.

17:30-18:00, DKultur
**Nachspiel. Laufen und nicht
 vergessen!**
 Von Claudia Altmann.
 Ein Sahara-Marathon soll an
 das Schicksal vertriebener No-
 maden erinnern.

Dienstag, 15.03.

19:15-20:00, DLF
„Ich, Europas blasses Judenkind“.
 Das außerordentliche Leben der
 Ruth Weiss.
 Von Birgit Morgenrath.
 Die deutsch-jüdische Jour-
 nalistin Ruth Weiss floh als
 Jugendliche vor den Nazis,
 wurde als Apartheidgegnerin
 aus Südafrika und Rhodesien
 ausgewiesen und wohnt nun
 wieder in Deutschland. Kritisch
 beobachtete sie wirtschaftliche
 und politische Entwicklungen.

Weitere TV- und Hörfunk-Tipps unter
 www.welt-sichten.org



ONE WORLD
 Reisen mit Sinnen



Europa Asien Afrika
 ... spannend, nachhaltig
 aktiv, vielseitig!

Mit dem WWF ins Wattenmeer oder
 zu den Orang Utan von Borneo
 • Überraschende Europareisen
 mit Insider • Inseln im Atlantik
 erwandern – Kapverden, Madeira,
 Azoren, São Tomé und vieles mehr

www.reisenmitsinnen.de
info@reisenmitsinnen.de
 Fon (0231)589792-0

Partner für
Nachhaltigkeit




forumandersreisen

Fachkräfte im Entwicklungsdienst gesucht

Eine Fachärztin oder einen Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe

zur Facharztzubereitung für das Lehrkrankenhaus der Presbyterian Church of Ghana (PCG) in Agogo, Ghana

Eine Fachärztin oder einen Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe

für die medizinische Fakultät der katholischen Universität in Beira, Mosambik

Eine Pharmazeutin oder einen Pharmazeuten für den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und eines Informationsdienstes für eine Partnerorganisation in Nairobi, Kenia

Eine Fachkraft für landwirtschaftliche Vermarktung biologischer Produkte

und für Fairen Handel für eine Partnerorganisation in Manila (Quezon City) Philippinen

Eine Fachkraft für Organisationsentwicklung

für eine Partnerorganisation in Phnom Penh, Kambodscha



Durch die Vermittlung europäischen Personals und die Reintegration überseeischer Fachkräfte in ihre Herkunftsländer unterstützt der EED die Partnerorganisationen bei der Lösung von Personalproblemen.

Ausführliche Aufgabenbeschreibungen auch zu weiteren Stellen mit Angaben zu den Bewerbungsvoraussetzungen und den Leistungen finden Sie unter:

www.eed.de/fachkraefte

Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
Referat Fachkräfte
Ulrich-von Hassell-Straße 76
53123 Bonn

Impressum

Chefredakteur: Bernd Ludermann (bl)
Redaktion: Tillmann Elliesen (ell), Gesine Kauffmann (gka),
Volontärin: Saara Wendisch (saw)

Adresse: Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt/Main
Briefe/Letters: Postfach/POB 50 05 50, D-60394 Frankfurt/Main
Telefon: 069-580 98 138; Telefax: 069-580 98 162
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org

Korrespondent in Berlin: Dr. Johannes Schradi (di), Tel. 030-850 756 01,
E-Mail: schradi.berlin@t-online.de

Korrespondent in Brüssel: Heimo Claasen (hc), Tel. 0032-2-2178607,
E-Mail: ep@revobild.net

Korrespondent in der Schweiz: Infosüd (is), Tel. 0041-(0)-313 984 050;
E-Mail: redaktion@infosued.ch

Ansprechpartner in der Schweiz: Brot für alle/Fastenopfer c/o Urs A. Jaeggi,
Tel. 0041-(0)-33 251 16 62, E-Mail: ursjaeggi@bluewin.ch

Ansprechpartner in Österreich: Michael Obrovsky (ÖFSE), Tel. 0043-1-3174010,
E-Mail: m.obrovsky@oefse.at; Gottfried Mernyi, Kindernothilfe Österreich,
Tel. 0043-1-5139330, E-Mail: gottfried.mernyi@kindernothilfe.at

Ansprechpartner in Tschechien: Dr. Jiri Silny (Ökumenische Akademie),
Tel./Fax 00420-272 737 077; E-Mail: ekumakad@volny.cz

Anzeigenleitung: Yvonne Christoph, m-public Medien Services GmbH, Georgen-
kirchstraße 69/70, 10249 Berlin, Telefon: 030-28874833, Telefax: 030-80692095,
Internet: www.m-public.de

Die Rubrik „Global-lokal“ erscheint in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt/InWEnt gGmbH. Beate Horlemann liefert die TV- und Hörfunk-
tipps, Doris Regina Gothe die Personalien. Dieter Hampel betreut die Rezensionen.

www.welt-sichten.org

Herausgeber:
Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V.

Vorsitzender: Hans Spitzbeck, EED, Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn,
E-Mail: Hans.Spitzbeck@eed.de

Mitglieder: Brot für alle (Bern), Brot für die Welt (Stuttgart),
Christoffel Blindenmission (Bensheim),
Evangelischer Entwicklungsdienst (Bonn),
Fastenopfer (Luzern), Kindernothilfe (Duisburg), Misereor (Aachen),
Assoziation Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Oberursel)

Geschäftsstelle: c/o „welt-sichten“

„welt-sichten“ erscheint monatlich.

Preis der Einzel-Nr.: 4,50 Euro / 7,60 sFr zuzügl. Versandkosten

Preis im Abonnement: 39,00 Euro; für Studierende: 29,25 Euro

Der Herausgeberverein ist gemeinnützig (Vereinsregisternr. VR 14271;
Amtsgericht Frankfurt am Main).

Redaktionssekretariat: Ilse Odermatt, Bettina Dier

Grafische Gestaltung: Angelika Fritsch, Silke Jarick

Druck: Henrich Druck+Medien, Frankfurt am Main

Verlegerischer Dienstleister:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen
Publizistik gGmbH, Frankfurt am Main

ISSN 1865-7966 „welt-sichten“

**welt-sichten ist die Nachfolgezeitschrift von „der überblick“ und
„eins Entwicklungspolitik“.**



Gedruckt auf FSC-Papier:
Mindestens 70 Prozent des Roh-
stoffs stammen aus FSC-zertifizierter
Holzwirtschaft.

Verschenken Sie **welt-sichten**. Es lohnt sich!



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Sie schenken Denkanstöße:

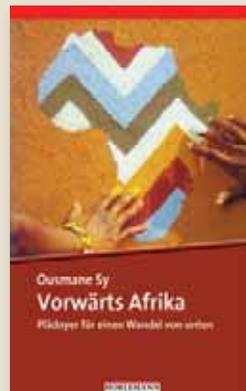
welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bietet Reportagen, Interviews und Berichte über die Länder des Südens und globale Fragen. Jeden Monat direkt ins Haus.

Unser Dankeschön:

Sie machen mit einem **welt-sichten**-Abonnement jemandem eine Freude – wir bedanken uns dafür mit einem Buch. Sie haben die Wahl: Verfolgen Sie die Lebensgeschichte eines tamilischen Widerstandskämpfers („Mit dem Wind fliehen“); oder lesen Sie, was der afrikanische Entwicklungsökonom Ousmane Sy von der internationalen Entwicklungshilfe hält („Vorwärts Afrika“).



Ranjith Henayaka
Mit dem Wind fliehen
Horlemann-Verlag, 2010
320 Seiten



Ousmane Sy
Vorwärts Afrika
Horlemann-Verlag, 2010
168 Seiten

Im nächsten Heft

SÜDOSTASIEN:

Kambodscha, Laos und Vietnam waren im 20. Jahrhundert Schauplatz blutiger Kriege mit den USA und Frankreich, aber auch untereinander. Wie haben sich die drei Länder in den vergangenen Jahren politisch und wirtschaftlich entwickelt? Wie sind ihre Beziehungen zueinander? Am Mekong, der Lebensader der Region, gefährdet der Bau von Staudämmen das fragile Ökosystem. Gibt es Ansätze für eine integrierte Nutzung?

KAFFEE:

In einem kleinen, aber feinen Segment des Kaffeemarktes wird in El Salvador richtig Geld verdient. Das Geheimnis: Qualität der Luxusklasse und die Wertschöpfungskette liegen in einer Hand. Auch die Arbeiter auf den Fincas profitieren davon.

Ihre Bestellmöglichkeiten:

Telefon: 069/58098-138
Fax: 069/58098-162
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org
Post: Einfach den Coupon ausfüllen und abschicken an:
 Redaktion „welt-sichten“
 Postfach 50 05 50
 60394 Frankfurt/Main

Ja, ich verschenke ein Jahresabonnement von **welt-sichten** (12 Ausgaben). Es beginnt mit

- Ausgabe 3-2011 Ausgabe 4-2011

Bitte schicken Sie die Zeitschrift an:

NAME, VORNAME _____
 STRASSE, HAUSNUMMER _____
 POSTLEITZAHL, ORT _____

Ich bezahle das Geschenkabonnement.

Es kostet 39 Euro inklusive Porto in Deutschland, bei Versand in Europa (Landweg) kommen 12 Euro hinzu. Das Geschenkabonnement läuft ein Jahr und verlängert sich nicht automatisch. Als Dankeschön erhalte ich, sobald das Abonnement bezahlt ist:

- „Mit dem Wind fliehen“ von Ranjith Henayaka
 „Vorwärts Afrika“ von Ousmane Sy

NAME, VORNAME _____
 STRASSE, HAUSNUMMER _____
 POSTLEITZAHL, ORT _____
 DATUM, UNTERSCHRIFT _____
 Ich bezahle bequem per Bankeinzug. Ich bezahle per Rechnung.
 KONTONUMMER _____
 BLZ, GELDINSTITUT _____
 DATUM, UNTERSCHRIFT _____



**Verein zur Förderung der
entwicklungspolitischen Publizistik e.V.**
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt/Main



Zukunft gestalten.

Nah dran.


Die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) fördert weltweit nachhaltige Entwicklung. Mit der Entsendung von qualifizierten Fachkräften als Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer leistet sie einen Beitrag zur dauerhaften Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. In **Benin** und **Mali** berät die GIZ Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsangestellte bei der Bewältigung von neuen Aufgaben durch den Dezentralisierungsprozess. Für die Förderung der Kommunal- und Wirtschaftsentwicklung und für die Stärkung von lokalen Interessengruppen aus der Privatwirtschaft im Zusammenspiel mit zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen wir

Zwei Berater/innen für Regionale Wirtschaftsentwicklung in Mali (PP-Nr. 11474 und PP-Nr. 11475)

Ihre Aufgaben:

- » Mitwirkung bei der Erstellung einer Wirtschaftsentwicklungsstrategie, basierend auf dem wirtschaftlichen Profil der Region, in Abstimmung mit lokalen, regionalen und nationalen Akteuren.
- » Stärkung der fachlichen und institutionellen Kompetenzen der Regionalverwaltung durch bedarfsorientierte Capacity Development Maßnahmen.
- » Unterstützung bei der Konzeption von regionalen, wirtschaftsrelevanten Infrastrukturinvestitionsplänen sowie bei der Ausschreibung und Bauherrenschaft derselben.
- » Beratung weiterer Partnerorganisationen bei Planung, Monitoring und Evaluierung von Programmaktivitäten und Wirkungserreichung.

Ihr Profil:

Für diese spannende Herausforderung bringen Sie einen Studienabschluss in Dezentralisierung, Kommunalentwicklung, in Stadt- und Regionalplanung oder Infrastruktur mit. Sie haben mindestens drei Jahre Berufserfahrung in regionaler Wirtschafts- und Regionalentwicklung gesammelt. Insbesondere Erfahrung in der Ausschreibung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturprojekten können Sie nachweisen. Gute Französischkenntnisse und interkulturelle Sensibilität runden Ihr Profil ab.

Wir bieten Ihnen eine Mitarbeit in einer innovativen, weltweit tätigen entwicklungspolitischen Institution. Ihre Kompetenzen sind in einem interdisziplinären Team vor Ort gefragt. Der GIZ|Entwicklungsdienst bietet ein umfangreiches Leistungspaket. Die Stellenbeschreibungen und die Anforderungsprofile finden Sie im Internet unter www.ded.de/stellenmarkt mit Angabe der jeweiligen **PP-Nr.** Bei Fragen steht Ihnen Frau Renate Holzer, Tel. 0049-(0)228/2434-269 gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihre Online-Bewerbung mit Hinweis auf die Kennziffer **Kzf. S012.**

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bündelt seit 1. Januar 2011 die Kompetenz und langjährige Erfahrung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) gGmbH, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.giz.de.

**Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
Entwicklungsdienst | Bewerberauswahl | Kzf. S012
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn | www.giz.de**

Für den Aufbau einer Koordinierungsstelle für Fortbildung und Wissensmanagement suchen wir eine/n

Berater/in eines regionalen Kommunalverbandes in Benin (PP-Nr. 6786)

Ihre Aufgaben:

- » Ermittlung des konkreten Fortbildungsbedarfs der Mitgliedskommunen.
- » Konzeption und Durchführung von Fortbildungen bedarfsgerecht.
- » Evaluation und Qualitätskontrolle der Fortbildungen, um dem Bedarf der Kommunen zu entsprechen.
- » Beratung bei der finanziellen und administrativen Abwicklung der Fortbildungen.
- » Wissensmanagement und Aufarbeitung von Erfahrungen.

Ihr Profil:

Für diese interessanten Aufgaben bringen Sie eine berufliche Qualifikation als Sozial- oder Erziehungswissenschaftler/in sowie Kenntnisse der Erwachsenenbildung mit. Berufliche Erfahrung in der Organisationsberatung können Sie nachweisen, ebenso haben Sie bereits Arbeitserfahrungen in Kommunen gesammelt. Außerdem erwarten wir interkulturelle Kompetenz, Frustrationstoleranz und gute Französischkenntnisse.

giz | Entwicklungsdienst

